

JAHRESBERICHT 2016

DEUTSCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG SPEYER

FORSCHUNG ÜBER UND FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Jahresbericht 2016

JAHRESBERICHT 2016

**DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

2016

Gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland

ISSN 1865-1917

Die aktuellen Teile (Mitglieder und Mitarbeiter, Organisation, Rechtsgrundlagen)
befinden sich auf dem Stand von **Juni 2016**.

Herstellung:

DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagentwurf:

© 8/97 TRIFTY ART Grafik Design • 67550 Worms • Hauptstr. 32 • Tel.: 0 62 41/95 15 38

Inhaltsverzeichnis

1.	Grußwort des Direktors	1
2.	Grundlagen des Forschungsinstituts	2
2.1	Leitbild	2
2.2	Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts	3
2.3	Personal	5
2.3.1	Senior Fellows	5
2.3.2	Ehrenmitglieder	6
2.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	7
2.4.1	Forschungsreferentinnen und –referenten	7
2.4.2	Ausgeschiedene Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten	8
2.4.3	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung	9
2.5	Organe des Forschungsinstituts	12
2.5.1	Direktor/Direktorin	12
2.5.2	Institutsverwaltungsrat	12
2.5.3	Wissenschaftlicher Beirat	13
2.5.4	Nutzerbeirat	14
3.	Forschungstätigkeit	15
3.1	Programmbereiche	15
3.1.1	Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung	15
3.1.2	Der Europäische Verwaltungsraum	18
3.2	Bereich Politik- und Verwaltungsberatung (früher: Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung - ZvP)	23
3.2.1	Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation	23
3.2.2	Zentrum für Verwaltungskommunikation	37
3.2.3	Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung	41
3.2.4	Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)	46

3.3	Weitere Projekte	47
3.3.1	Laufende Projekte	47
3.3.2	Abgeschlossene Projekte	53
3.4	Projektverbünde	55
4.	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	78
5.	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	83
6.	Veranstaltungen	84
7.	Nationale und internationale Beziehungen	85
7.1	Aufbau und Pflege von Netzwerken	85
7.2	Kooperationsvereinbarungen	87
7.3	Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern	89
8.	Strategische Partnerschaften	90
8.1	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	90
8.2	Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)	91
9.	Statistischer Teil	92
9.1	Organisation	92
9.2	Finanzierung	92
9.2.1	Gesamtbudget	93
9.2.2	Drittmittel 2015 aufgeteilt nach Zuwendungsgebern	94
9.2.3	Haushaltsausgaben	96
9.3	Personaldaten	97
9.3.1	Personalübersicht	97
9.3.2	Merkmale des wissenschaftlichen Personals	99
9.4	Stellenplanung für den Programmzeitraum	100
Anhang I:	Rechtsgrundlagen	101
Anhang II:	Alle Veröffentlichungen und Vorträge der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2015	117

Anhang III: Tagungen und Symposien des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung im Jahr 2015	145
Anhang IV: Auszug aus den Speyerer Forschungsberichten	149
Anhang V: Auszug aus den Selbständigen Verlagspublikationen	153
Anhang VI: Auszug aus den FÖV Discussion Papers	157
Anhang VII: Vorträge	161

1. Grußwort des Direktors

Liebe Freunde und Partner des FÖV,

die neue Struktur des FÖV nimmt Gestalt an: Nachdem das unsere Rechtsstellung enthaltende Gesetz zum 27. November 2015 geändert wurde (GVBl. 2015, S. 417) und die auf ihm basierende Landesverordnung (GVBl. 2015, S. 531) zum 1. Januar 2016 in Kraft trat, waren die institutionellen Weichen für die Neuausrichtung unseres Institutes gestellt, so dass das FÖV zu Beginn dieses Jahres seine Forschung in den Programmbereichen „Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung“ und „Der Europäische Verwaltungsraum“ intensiviert in Angriff nehmen konnte. Auch die Binnenorganisation des FÖV hat sich geändert: Anstelle von Mitgliedern verfügt das FÖV jetzt über Senior Fellows, die aufgabenbezogen berufen werden. Als neues Organ versorgt ein Nutzerbeirat (als eine der beiden Kammern des Beirats) das FÖV mit wertvollen Hinweisen aus der Praxis.

Die Programmbereiche haben — ebenso wie der Bereich Politik- und Verwaltungsberatung — mit großem Elan ihre Arbeit aufgenommen und haben von außen bereits ein positives Feed-Back erhalten.

Das FÖV freut sich ebenfalls darüber, dass die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften die Jahrestagung anlässlich ihres 60jährigen Jubiläums am 24. und 25. November 2016 in Speyer zum Generalthema „Verwaltungspraxis und Verwaltungswissenschaft“ durchführen wird. Im Rahmen der Tagung soll – neben anerkannten Verwaltungswissenschaftlerinnen und Verwaltungswissenschaftlern aus Bund und Ländern – auch der „verwaltungswissenschaftliche Nachwuchs“ ein Forum geboten bekommen.

Auf einen produktiven Neubeginn!

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.foev-speyer.de

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



Prof. Dr. Dr. h.c. (NUM) Jan Ziekow
Direktor des FÖV

2. Grundlagen des Forschungsinstituts

2.1 Leitbild

Selbstverständnis

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung ist ein Maßstäbendes Kompetenzzentrum deutscher, europäischer und internationaler verwaltungswissenschaftlicher Forschung.

Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze stellen einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik sicher. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Mitglieder aus *scientific communities* verschiedener Nationalitäten angehören.

Forschung, Beratung und Transfer

Gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

nimmt das Forschungsinstitut als ein maßgebender Akteur an den internationalen verwaltungswissenschaftlichen Diskursen teil und reagiert in besonderem Maße auf aus der Verwaltungspraxis ableitbare Forschungsbedarfe. Die am FÖV durchgeführten Forschungskonzepte sind multidisziplinär angelegt. Das Forschungsinstitut orientiert sich am Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung. Die Beratung in Fragen der Verwaltungspolitik erfolgt durch die Serviceelemente des FÖV.

Das Forschungsinstitut publiziert seine Forschungsergebnisse und stellt den Transfer in die Praxis sicher.

Personalorientierung, Gleichstellung und Familienfreundlichkeit

Das Forschungsinstitut versteht sich als Motor der Rekrutierung und Ausbildung verwaltungswissenschaftlicher Exzellenz.

Im Dienste einer konsequenten Nachwuchsförderung nimmt das Forschungsinstitut eine auf hohe Qualität aufbauende Personalauswahl vor und fördert die wissenschaftliche Weiterqualifikation.

Das Forschungsinstitut fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (*Gender Mainstreaming*).

Besonderen Wert legt das Forschungsinstitut auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die bei allen Entscheidungen von den Führungskräften berücksichtigt wird. Das Forschungsinstitut unterstützt dabei ein partnerschaftliches Familienmodell, nach dem insbesondere für Partnerinnen und Partner, für Kinder oder nahe Angehörige Verantwortung bei Erziehung und/oder Pflege getragen wird.

2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer¹ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet.

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des

1 Durch das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19.10.2005 (GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488) wurde das Forschungsinstitut in „Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung“ umbenannt.

Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen nationalen *scientific communities* angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardsetzende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Die Rechtsstellung des FÖV ist im Gesetz über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUVwG) näher geregelt. Das Institut wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet. Derzeit ist das Landesgesetz über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (Verwaltungshochschulgesetz – DHVG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. 2010, S. 503, Nr. 223-20), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 27. November 2015 (GVBl. 2015, S. 417), in Kraft. Das Forschungsinstitut ist Regelungsgegenstand der §§ 67-70 des Verwaltungsuniversitätsgesetzes. Die Neufassung der Landesverordnung (GVBl. Rh.-Pf. 2015, S. 531), die die Tätigkeit des Instituts im Einzelnen regelt, ist zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Die Institutsordnung vom 7. Dezember 2004 verkündet im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz am 17. Januar 2005, S. 16 ff. regelt die satzungsmäßigen Aufgaben des Forschungsinstituts. Sie wird in Kürze an die geänderten anderen Rechtsgrundlagen angepasst werden.

Das Institut hat die Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts im Ressortbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Das Institut wird von Bund und

Ländern gemeinschaftlich finanziert. Die Einnahmen und Ausgaben des Instituts sind in einem selbständigen Kapitel des Haushaltsplans des Landes Rheinland-Pfalz – Einzelplan Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – veranschlagt.

Organe des Instituts sind der Direktor/die Direktorin, der Institutsverwaltungsrat, der Wissenschaftliche Beirat und der Nutzerbeirat. Der Institutsverwaltungsrat besteht aus je drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einer Vertreterin oder einem Vertreter der übrigen Bundesländer. Der Beirat des Instituts besteht aus dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Nutzerbeirat. Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung der Forschungsleistung und die Unterstützung von Evaluierungen des Instituts sowie die Durchführung von Zwischenevaluationen im Rahmen der Programmbudgetierung. Der Nutzerbeirat dient insbesondere der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis und vermittelt den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis.

2.3 Personal

Unsere Projekte verbinden Senior Fellows sowie Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten, die gemeinsam über und für die öffentliche Verwaltung forschen und vielfältige Beratungsleistungen anbieten. Für besondere Verdienste um das FÖV verleiht das Institut zudem eine Ehrenmitgliedschaft.

Geleitet wird das Institut von einem Direktor oder einer Direktorin, der/die von einer Geschäftsführerin/einem Geschäftsführer sowie weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Leitungsbereichs unterstützt wird.

2.3.1 Senior Fellows

Senior Fellows des Forschungsinstituts sind folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

Univ.-Prof. Dr. *Stephan Grohs*

Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

Univ.-Prof. Dr. *Michael Hölscher*

Univ.-Prof. Dr. *Mario Martini*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Karl-Peter Sommermann*

Univ.-Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*

Univ.-Prof. Dr. *Wolfgang Weiß*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c.* *Jan Ziekow*
(*NUM)

2.3.2 Ehrenmitglieder

Das Forschungsinstitut kann Persönlichkeiten, die sich besonders um das Institut verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern bzw. Honorary Fellows ernennen.



Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke* (1927-2011) war emeritierter Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie. Er hat Nationalökonomie und Rechtswissenschaft studiert, war Redakteur einer juristischen Fachzeitschrift, Assistent, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 1969 an die Universität Mannheim berufen. Er war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV von 1995 bis 2001. 2002 wurde er zum Ehrenmitglied des FÖV ernannt und bekam zugleich die Ehrenmedaille des FÖV verliehen.



Der Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsinstituts endete zum 23. Januar 2005. Herr *Bull* studierte von 1956 bis 1960 Rechtswissenschaft in Hamburg, Marburg und an der FU Berlin und promovierte 1963. Nach seiner Habilitation im Jahre 1972 war er von 1973 bis 1978 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Danach übernahm er die Funktion des Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Zwischen 1983 und 1988 war er erneut Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, um von 1988 bis 1995 dann das Amt des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein zu übernehmen. 1996 kehrte er an die Universität Hamburg zurück und übernahm dort das Seminar für Verwaltungslehre als Geschäftsführender Direktor. Er wurde 2000 zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV berufen und übernahm 2001 den Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke*. Die Ehrenmitgliedschaft und die Ehrenmedaille des FÖV wurden ihm am 21. Juni 2005 in Speyer verliehen.

2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2.4.1 Forschungsreferentinnen und -referenten

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten die am Institut durchgeführten Forschungsprojekte:

Dr. rer. publ. *Christian Bauer*, M.A., Mag. rer. publ.

Simon Bogumil, M.Sc.

Dr. *Nadja Braun Binder*, MBA, lic. iur.

Assessor *Maximilian Demper*

Tyko Dirksmeyer, M.A.

PD Dr. iur. *Cristina Fraenkel-Haeberle*

Ursula Giesen-Winkler, M.A.

Benjamin Gröbe

Ingo Hamann, M.A.

Marius Herr, M.A.

PD Dr. rer. soc. *Hans-Willy Hohn*

Dr. rer. pol. *Silke I. Keil*

Thomas Kienle, Rechtsreferendar

Außerplanmäßiger Professor Dr. iur. *Christian Koch*

Assessor *Michael Kolain*

Assessor iur. *René Kubach*

Benjamin Kühl, Ref. iur.

Paul Langer, M.A.

Jesse Paul Lehrke, PhD

Dipl.-Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*

Assessor *Jochen Lietz*

Burkhard Margies, M.A.

Dr. rer. publ. *Kai Masser*, M.A., Mag. rer. publ.

Emmanuelle Mathieu, PhD, M.A., M.A., M.A., LL.M.

Assessor *Michael Mirschberger*

Manuel Misgeld, Mag. rer. soc. oec.

Assessor David Nink

Axel Piesker, M.A.

Jan Porth, M.Sc., M.A.

Assessor Tobias Rehorst

Daniel Schmitt, M.A.

Prof. Dr. phil. Rahel Schomaker

Assessor Johannes Socher, M.Sc.

Dr. phil. Dorothea Steffen, M.A.

Carolin Steffens, M.A.

David Wagner

Assessor Quirin Weinzierl

Jonas Werner, M.Sc.

Dipl.-Volkswirtin Hanna Willwacher, M.A.

Markus Wojtczak, M.A.

Dr. iur. Johanna Wolff, Ass. iur., LL.M.

Dipl.-Volkswirt Dirk Zeitz

2.4.2 Ausgeschiedene Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten

Isabell Balzer

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Boris Binkowska, M.A.

Assessorin Saskia Fritzsche

Vincent Göttel, M.Sc.

Assessor Viktor Kilinski

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Bernd Luig, Mag.rer.publ.

Oliver Menges

Sarah Schmitt, M.A., Mag.rer.publ.

Dipl.-Kaufmann Marc-Julian Thomas

Michael Wenzel

Dipl.-Volkswirt Wolf-Eckhard Wormser

2.4.3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung

Geschäftsführerin

Regierungsdirektorin Privatdozentin Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, M.A.

Stellvertretender Geschäftsführer

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug*

Berlin-Büro

Assessor *Michael Mirschberger*

Mitarbeiter der Geschäftsführung

Christian Wagner, M.A.

Internationale Kontakte

Jesse Paul Lehrke, PhD

Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*

Web-Auftritt









Tyko Dirksmeyer, M.A.

Sekretariat

Irene Eggensberger

Elisabeth Gerhards

Ursula Jungkind

	<p>Geschäftsführerin Regierungsdirektorin Privatdozentin Dr. iur. Margrit Seckelmann, M.A.</p>	<p>E-Mail: seckelmann@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-387</p>
	<p>Stellvertretender Geschäftsführer Dipl.-Kaufmann Andreas Jug</p>	<p>E-Mail: jug@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-380</p>
	<p>Berlin-Büro Assessor Michael Mirschberger</p>	<p>E-Mail: mirschberger@foev-speyer.de Tel.: 030/18 9100-603</p>
	<p>Mitarbeiter der Geschäftsführung Christian Wagner, M.A.</p>	<p>E-Mail: cwagner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-386</p>
	<p>Internationale Kontakte Jesse Paul Lehrke, PhD</p>	<p>E-Mail: lehrke@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-140</p>
	<p>Öffentlichkeitsarbeit Dipl.-Betriebswirtin (FH) Alexandra Lessau</p>	<p>E-Mail: lessau@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-393</p>
	<p>Web-Auftritt Tyko Dirksmeyer, M.A.</p>	<p>E-Mail: dirksmeyer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-396</p>
	<p>Sekretärin Irene Eggensberger</p>	<p>E-Mail: eggensberger@foev-speyer.de</p>

	Sekretärin Elisabeth Gerhards	E-Mail: gerhards@foev-speyer.de
	Sekretärin Ursula Jungkind	E-Mail: jungkind@foev-speyer.de

2.5 Organe des Forschungsinstituts

2.5.1 Direktor/Direktorin

Der Direktor bzw. die Direktorin leitet und vertritt das Forschungsinstitut in alleiniger Verantwortung nach innen und außen, gerichtlich und außergerichtlich, soweit nicht eine Zuständigkeit anderer Organe ausdrücklich begründet ist. Sie oder er entwirft insbesondere das Leitbild und das Forschungsprogramm des Forschungsinstituts, erstellt den Haushaltsvoranschlag, beruft und entlässt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Programmbereichsleiterinnen oder Programmbereichsleitern sowie zu Senior Fellows im Benehmen mit dem Institutsverwaltungsrat und dem Beirat; weitere Kompetenzen sind in § 2 Abs. 2 der Landesverordnung über das FÖV geregelt. Er nimmt gegenüber den Beschäftigten des Forschungsinstituts die Arbeitgeberfunktion wahr. Bei seiner Tätigkeit wird er durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer sowie weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung unterstützt.

Die Berufung der Direktorin oder des Direktors des Forschungsinstituts erfolgt auf Vorschlag des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium für die Dauer von sieben Jahren. Wiederholte Berufungen sind zulässig. Zum Direktor hat das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz nach Durchführung eines Findungsverfahrens im Mai 2014 Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Jan Ziekow* ernannt.

2.5.2 Institutsverwaltungsrat

Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis. Er setzt sich aus je drei Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einem Vertreter der übrigen Bundesländer zusammen. Ihm gehören an:

Staatssekretär Prof. Dr. *Salvatore Barbaro*, Vorsitzender (Rheinland-Pfalz)

Staatssekretär N.N., Stellvertretender Vorsitzender (Rheinland-Pfalz)

Vizepräsident des Bundesrechnungshofes *Christian Ahrendt* (Bund)

Ministerialrat Dr. *Heribert Schmitz* (Bund)

Ministerialdirektorin *Beate Lohmann* (Bund)

Ministerialdirigent Dr. *Reinhard Klee* (Baden-Württemberg)

Ministerialdirigent *Peter Pathe* (Bayern)
 Ltd. Senatsrat Dr. *Erik Nils Voigt* (Berlin)
 Ministerialdirigent *Jörg Wollny* (Brandenburg)
 Senatsdirektorin Dr. *Anke Saebetzki* (Bremen)
 Leitender Regierungsdirektor *Christoph Lucks* (Hamburg)
 Ministerialdirigent *Günter Hefner* (Hessen)
 Ministerialdirigent Dr. *Joachim Krech* (Mecklenburg-Vorpommern)
 Ministerialrat *Nils Hilmer* (Niedersachsen)
 Ministerialrat Dr. *Marten Pfeifer* (Nordrhein-Westfalen)
 Ministerialdirigentin *Simone Schneider* (Rheinland-Pfalz)
 Ministerialrat *Peter Schunath* (Saarland)
 Ministerialdirigent *Jörg Schröder* (Sachsen)
 Ministerialdirigent *Christian Parschat* (Sachsen-Anhalt)
 Regierungsdirektorin *Heike Zogs* (Schleswig-Holstein)
 Ltd. Ministerialrat Dr. *Klaus Hinkel* (Thüringen)

2.5.3 Wissenschaftlicher Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Instituts. Dem fünfköpfigen Wissenschaftlichen Beirat gehören folgende Mitglieder an:

Univ.-Prof. Dr. *Max-Emanuel Geis* (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Vorsitzender))

Prof. *Tony Bovaird* (Institute of Local Government Studies, School of Government and Society, University of Birmingham)

Univ.-Prof. Dr. *Elke Gurlit* (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Univ.-Prof. Dr. *Antoinette Weibel* (Universität St. Gallen)

N.N.

2.5.4 Nutzerbeirat

Funktionen des Nutzerbeirats sind die Verbindung der Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts mit der Verwaltungspraxis. Mitglieder des Nutzerbeirats sind hochrangige Personen aus der Verwaltungspraxis von Bund und Ländern, sowohl aus der Ministerial- als auch der Vollzugsebene, sowie aus den Kommunen und anderen Institutionen. Derzeit gehören ihm folgende Mitglieder an:

Ministerialrat Dr. *Dominik Böllhoff*, Bundespräsidialamt, Berlin (Vorsitzender)

Präsident *Olgierd Adolph*, Verwaltungsgericht Ansbach

Ministerialdirigent *Peter Batt*, Bundesministerium des Innern, Berlin

Ministerialdirigent *Hartmut Beuß*, Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO), Düsseldorf

Dr. *Christine Brockmann*, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, Mannheim

Ministerialdirigent *Christoph Charlier*, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz

Landtagsdirektorin Dr. *Birgit Eberbach-Born*, Thüringer Landtag, Erfurt

Amtsleiter Prof. Dr. *Andreas Engel*, Amt für Informationsverarbeitung der Stadt Köln

Beigeordneter Dr. *Helmut Fogt*, Deutscher Städtetag, Berlin

Vizepräsidentin *Begoña Hermann*, Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Rheinland-Pfalz, Koblenz

Ministerialdirektorin *Beate Lohmann*, Bundesministerium des Innern, Berlin

Präsidentin Prof. Dr. *Brigitte Mandt*, Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ministerialdirigent *Peter Pathe*, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, München

Ministerialrat Dr. *Marten Pfeifer*, Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ministerialrat Dr. *Christof Sangenstedt*, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin

Regierungsdirektorin *Pia Schmahl*, Bayerische Staatskanzlei, München

Dr. *Karsten Schneider*, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin

Ministerialdirigentin *Cornelia Weis*, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz, Mainz

3. Forschungstätigkeit

Die Forschung des FÖV vollzieht sich seit der Umstrukturierung der Institutsforschung, die im Jahr 2015 durchgeführt wurde, in Programmbereichen (3.1). Diese werden von einem Beratungsbereich ergänzt (früheres Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung, 3.2). Projekte, die vor der Umstrukturierung der FÖV-Forschung begonnen wurden, werden unter „Weitere Projekte“ aufgeführt (3.3), dazu gehören insbesondere auch solche, die im Rahmen der teilweise bis Ende 2015 in Funktion befindlichen Projektverbände (3.4) durchgeführt wurden.

3.1 Programmbereiche

Die Programmbereiche werden von einer bzw. einem von dem Direktor oder der Direktorin eingesetzten Programmbereichsleiterin oder einem Programmbereichsleiter geleitet. Im Rahmen dieser Bereiche betreuen Senior Fellows, die aufgabenbezogen und nach Vorlage eines Forschungsplans vom Direktor berufen wurden, Projekte. Deren Fragestellungen bewegen sich in dem konzisen Rahmen der Forschungsprogramme der Programmbereiche und ergänzen sich in deren Rahmen interdisziplinär.

3.1.1 Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung

Programmbereichsleiter: Univ.-Prof. Dr. *Mario Martini*

Programmbereichskoordinatorin: Dr. *Nadja Braun Binder*

Der digitale Wandel ist ein umfassender Prozess der Umgestaltung der Lebensverhältnisse, der weit über die elektronische Gestaltung von Kommunikations- und Arbeitsprozessen sowie die erweiterte Speicherbarkeit von Daten hinausgeht. Er erfasst vielmehr Staat und Gesellschaft in einer grundlegenden Veränderung von Verhalten und Einstellungen, Organisationen, Interaktionen und Kontextbeziehungen, die den nationalstaatlichen Rahmen übersteigen. Der Staat als gesellschaftliches Ordnungssystem und Institutionenordnung wird sich im Zuge fortschreitender Digitalisierung in seiner äußeren und inneren Form (weiter) umgestalten und eine Assimilation an die digitalisierten Lebens- und Funktionswelten seiner Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlichen Teilsysteme erfahren.

Der mit dem Begriff des digitalen Wandels verbundene Epochenwechsel bildet den Rahmen für die interdisziplinär angelegte wissenschaftliche Analyse der damit dem Staat abverlangten Transformationsleistungen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen Fragen an die Tauglichkeit von Recht, Verfahren und Organisation als Steuerungsressourcen in der digitalen Gesellschaft und an die notwendigen binnenorganisatorischen Umformungen des Staates, insbesondere der öffentlichen Verwaltung.

Zwei übergeordnete Fragestellungen ziehen sich als roter Faden durch sämtliche Projekte des Programmbereichs:

- Wie wird die Digitalisierung das Handeln des Staates, insbesondere der Verwaltung verändern?
- Wie kann der Staat, insbesondere die Verwaltung, die Chancen der Digitalisierung nutzen, ohne Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und des Persönlichkeitsschutzes gefährden?

Die einzelnen Projekte zielen mit unterschiedlicher fachlicher Schwerpunktsetzung folgerichtig darauf ab, Transformationseffekte des digitalen Wandels auf die Verwaltung zu erfassen und Empfehlungen für Anpassungen der Steuerungsressourcen Recht, Verfahren und Organisation zu entwickeln. Dabei ist den Anforderungen an Führung und Personalmanagement ebenfalls Rechnung zu tragen.

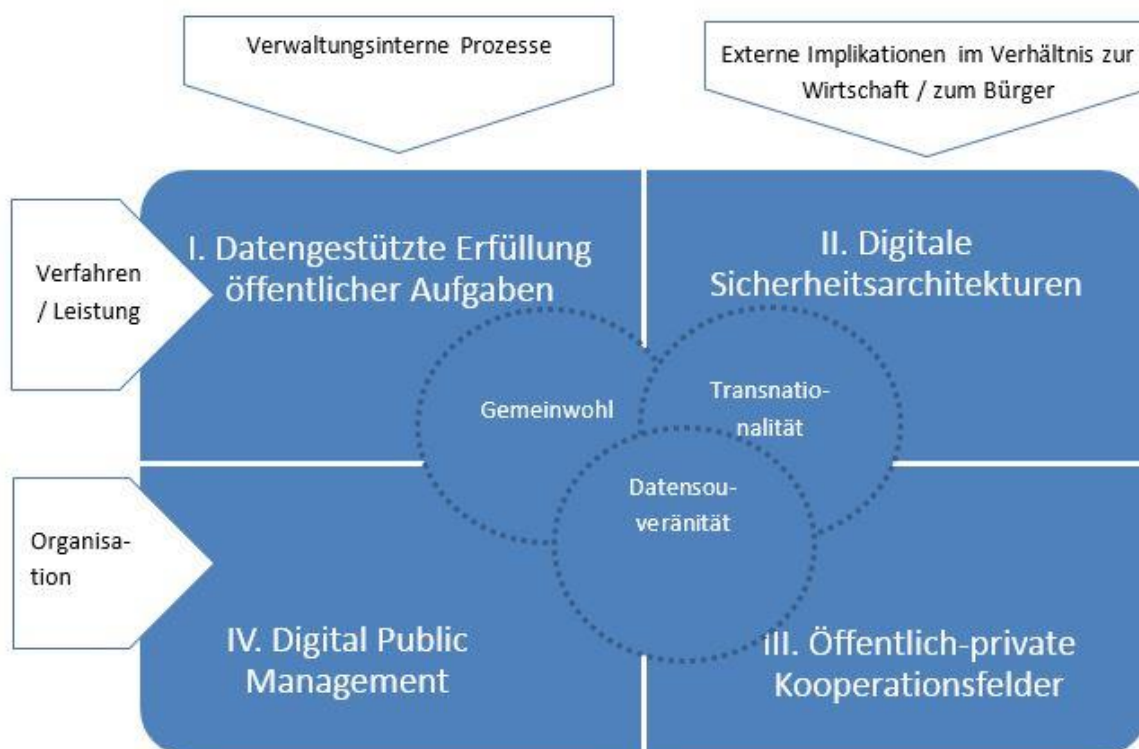
Dazu gehören zum einen Fragen nach den Erfolgsfaktoren der Implementierung von eGovernment-Lösungen, der Erzielbarkeit von Effizienzgewinnen und Kostenreduzierungen bei einer Verlagerung von offline erbrachten Leistungen in den Online-Bereich, der Umsetzung der eGovernment-Gesetze, der verwaltungsebenen- und zuständigkeitenübergreifenden Integration durch Vernetzung, der Personalgewinnung, -entwicklung und -führung unter den Vorzeichen der Digitalisierung, der IT-Sicherheit und der Fortentwicklung des rechtlichen Rahmens, z. B. eines Mobile Government.

Zum anderen bezieht sich der Programmbereich auf die Transformation der staatlichen Kommunikationsbeziehungen sowie des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft im Cyberspace. Die Entwicklung und Umsetzung von Open Government und Open Innovation-Konzepten sind dabei von zentraler Bedeutung. Ein Kernbestandteil des Open Government-Konzepts ist die Einbeziehung und Nutzung des Wissens und der Fähigkeiten der gesellschaftlichen Gruppen (Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, etc.). Diese Partizipationsstrategie hat im privatwirtschaftlichen Bereich unter dem Begriff der Open Innovation eine erfolgreiche Umsetzung erfahren. Mit der Integration von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen u. a. in die

Innovationsprozesse der öffentlichen Hand wird nicht nur wertvolles, bisher nicht verfügbares Know-how erschlossen, sondern es erfolgt auch eine „kundenorientierte“ Ausrichtung der Innovationsaktivitäten.

Der Programmbereich erfasst darüber hinaus auch den Ausbau digitaler Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft, den Wandel des Einkaufs- und korrespondierend des Angebotsverhaltens durch E-Beschaffung, horizontale und vertikale Kooperationen, die in zahlreichen Staaten bereits etablierte unmittelbare Kommunikation mit der Verwaltung über mobile Anwendungen sowie Veränderungen im Verständnis des demokratischen Gemeinwesens und der Wahrnehmung von Verantwortung sowie der Gewährleistung hinreichend sicherer IT-Infrastrukturen und des Daten- und Persönlichkeitsschutzes unter den Bedingungen der Industrie 4.0 sowie Big Data (z. B. Mobile Health, Smart Metering, Social-Media-Analytics, automatisierte Entscheidungsfindung in Verwaltungsverfahren und Algorithmenkontrolle).

Die Forschungsgegenstände des Programmbereichs sind in vier Kernforschungsthemen gebündelt:



Der Programmbereich „Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung“ ist vorerst auf eine Dauer von drei Jahren (2016-2018) angelegt. Die Zwischenresultate werden laufend publiziert. Bei Fragen stehen Ihnen der Programmbereichsleiter und die Koordinatorin gerne zur Verfügung.

Die folgenden Projekte laufen bereits im Programmbereich:

- *Ziekow/Braun Binder*: Regelungsbedarf und rechtliche Grenzen elektronischer vollautomatisierter Verwaltungsverfahren, 1.1.2016 – 31.12.2018
- *Martini/Kolain*: Algorithmenkontrolle als Regulierungsaufgabe, 1.1.2016 – 31.12.2018
- *Martini/Kolain/Wagner*: Social-Media-Monitoring durch die öffentliche Verwaltung, 1.2.2016 – 31.12.2016
- *Martini/Nink*: Ein digitales Ordnungsrecht, 1.2.2016 – 30.6.2017
- *Martini/Nink/Weinzierl*: Nationale Ausgestaltungsspielräume nach der EU-DGSVO und Wandel der Datenschutzprinzipien in Zeiten von Big-Data, 1.2.2016 – 31.12.2018
- *Martini/Rehorst*: Datenschutzrechtliche Verantwortungsstrukturen in komplexen Online-Akteursnetzwerken, 1.3.2016 – 31.12.2017
- *Martini/Rehorst*: Kooperative eingebettete Systeme: Vernetzung der öffentlichen Verwaltung mit intelligenten Industrie 4.0 Umgebungen, Smart Cities, 1.3.2016 – 31.12.2018

3.1.2 Der Europäische Verwaltungsraum

Programmbereichsleiter: Univ.-Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*

Programmbereichskoordinatorin: PD Dr. *Cristina Fraenkel-Haeberle*

Die Integration Europas beeinflusst die Praxis des Regierens und der Verwaltung der Mitgliedstaaten tiefgreifend: Insbesondere seit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte sind mit zunehmender Dynamik immer weitere Befugnisse zu Entscheidungen über wesentliche Fragen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung der Mitgliedstaaten und der Außenpolitik auf die Europäischen Institutionen übertragen worden. Das Unionsrecht führt damit zu einer immer weiter gehenden Angleichung der nationalen Rechtsordnungen und immer intensiveren Kooperationen der nationalen Verwaltungen untereinander und mit den Organen, Einrichtungen und Stellen der Europäischen Union. Gerade Letzteres hat dazu geführt, dass die Europäische Union in der europäischen Politik-, Verwaltungs- und Rechtswissenschaft zunehmend als „Europäischer Verwaltungsraum“ begriffen wird, innerhalb dessen die kooperierenden Behörden und Stellen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union als „Europäischer Verwaltungsverbund“ im Sinne einer

„integrated administration“ agieren. Der Leitbegriff des Europäischen Verwaltungsraums geht damit davon aus, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur eine Rechtsgemeinschaft bilden, sondern sich zunehmend auch zu einer Verwaltungsgemeinschaft bzw. Verwaltungsunion entwickeln.

Politik-, rechts- und verwaltungswissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit diesem Europäisierungspänomen auseinandersetzen, sind mittlerweile sehr zahlreich. Insbesondere hat die Veränderung der jeweiligen nationalen Rechtsgrundlagen, der Verwaltungsverfahren, des Verwaltungsschutzes und der Verwaltungsorganisation sowie das Phänomen der Verwaltungskooperation zwischen mitgliedstaatlichen Behörden untereinander und mit den Organen, Stellen und Einrichtungen der Europäischen Union seit etwa Mitte der 1990er Jahre sowohl in Deutschland wie den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union immer stärkere Aufmerksamkeit gefunden. Die Perspektive dieser Untersuchungen ist jedoch zumeist auf die Analyse ausgerichtet, in welchen Bereichen sich die Europäische Integration in welchem Umfang auf das politisch-administrative System der Mitgliedstaaten auswirkt und insoweit harmonisierend wirkt und damit die nationalen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume und Prioritätensetzung begrenzt. Ferner ist Analysegegenstand, welche rechtlichen und politischen (Akzeptanz-)Grenzen für eine (weitere) Europäische Integration bestehen und ob diese in bestimmten Bereichen bereits überschritten worden sind. Die aktuelle Forschung widmet sich damit vornehmlich der Darstellung der neuen Phänomene und ihrer Auswirkungen auf die nationale Souveränität. Sie entwickelt sich entlang der Herausbildung des Europäischen Verwaltungsraums, die vor allem sekundärrechtlich vorangetrieben wurde und wird.

Soweit die Rolle der Mitgliedstaaten im Europäischen Verwaltungsraum in den Blick genommen wird, konzentriert sich die Forschung damit vor allem auf die sich aus der Europäischen Integration bzw. einzelnen Europäischen Politiken ergebenden Handlungszwänge und Veränderungen für die nationale Politik und Verwaltung. Die einschlägigen Untersuchungen vermitteln damit aber auch ein Bild einer weitgehend europäisch determinierten mitgliedstaatlichen Politik und Verwaltung, das sich in der oft plakativen Wiederholung des „80% Mythos“ (der auf eine Äußerung des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors aus dem Jahre 1988 zurückgeht) widerspiegelt: Hiernach gehen „bereits 80 Prozent der in Deutschland erlassenen Gesetze auf Regelungen der EU zurück“.

Spätestens die Finanzkrise – aktuell aber vor allem auch die Flüchtlingskrise – hat jedoch die verbleibenden enormen Unterschiede in der Rechts-

und Verwaltungskultur der Mitgliedstaaten der Europäischen Union verdeutlicht und gezeigt, dass die Mitgliedstaaten nach wie vor ganz erhebliche politische und rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der vom EU-Recht determinierten Bereiche in Anspruch nehmen. Dies scheinen sie – auch aus der Sicht der EU-Institutionen – grundsätzlich auch zu dürfen. Anders lässt sich nicht erklären, dass die bestehenden erheblichen strukturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten von den EU-Institutionen offenbar nicht als grundlegendes Problem verstanden werden, obwohl sich diese Unterschiede sowohl in der politischen Prioritätensetzung (auch bei der Implementierung unionsrechtlicher Vorgaben), dem Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis, den Aufgaben, der Organisation, Ausstattung und Struktur der öffentlichen Verwaltung und ihrem Verhältnis zur Regierung und der in diesem Zusammenhang auch wichtigen Fragen der Ausbildung und Rekrutierung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Juristenausbildung zeigen. Rechtlich wird die sich hieraus ergebende „Vielfalt“ der Mitgliedstaaten auch als Grundlage der Union sowohl von Art. 4 Abs. 2 EUV mit seinem Verweis auf die Notwendigkeit der Achtung von „grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung“ und Art. 197 Abs. 2 AEUV mit seiner sehr begrenzten „Unterstützungsbefugnis“ der Union im Hinblick auf die „Bemühungen“ der Mitgliedstaaten „um eine Verbesserung der Fähigkeit ihrer Verwaltung zur Durchführung des Unionsrechts“ vorausgesetzt.

Der wissenschaftlich-innovative Ansatz des Programmbereichs „Europäischer Verwaltungsraum“ soll daher darin bestehen, den Fokus auf die bestehenden politisch-administrativen Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten in der Europäischen Integration zu legen. Es soll zum einen die These belegt werden, dass der europäische Rechts- und Harmonisierungsrahmen oftmals wesentlich weiter und großzügiger ist, als dies von der nationalen Verwaltungspraxis und Verwaltungswissenschaft (auch und gerade in Deutschland) angenommen wird, und dass viele Probleme, die die Mitgliedstaaten bei der Implementierung von Unionsrecht haben, in der Verkennung der Reichweite europäischer Vorgaben liegen. Zum anderen ist ein Fokus auf die Frage zu legen, wie und in welchem Umfang die nationale Politik und Verwaltung durch die Organe, Einrichtungen und Stellen der Union bei der Gestaltung europäischer Politiken mitwirken können und welche grenz- und ebenenüberschreitenden – nur partiell formalisierten – Strukturen und Prozesse der Interaktionen in diesem Zusammenhang beobachtet werden können, beachtet und entwickelt werden müssen – aber eben auch genutzt werden können.

Schwerpunkt der wissenschaftlichen Analysen des Programmbereichs wird daher die Auslotung der politisch-administrativen Gestaltungsspielräume und Handlungsoptionen der Mitgliedstaaten innerhalb des durch die Europäische Integration gesetzten Rahmens und neben ihm sein. Die Analyse der Chancen, Risiken und Herausforderungen zur eigenen Politik- und Verwaltungsgestaltung in einer immer engeren Kooperation zwischen den öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union ebenso wie die der Reichweite der Bindungswirkung der europäischen Vorgaben, innerhalb derer eine solche Gestaltung stattfinden kann, steht daher im Mittelpunkt der Forschungsanstrengungen des Programmbereichs. Der Programmbereich „Europäischer Verwaltungsraum“ wird insoweit in ausgewählten, für die öffentliche Verwaltung besonders relevanten Forschungsfeldern innovative, international herausragende und verwaltungspraxisrelevante Projekte durchführen.

Der Programmbereich sieht die Praxisrelevanz der Projekte vor allem darin, dass die Erkenntnisse aus seiner Forschung der deutschen Politik und Verwaltung helfen können, Handlungsoptionen adäquat zu analysieren und geeignete Reaktionen auf die neuen Herausforderungen zu entwickeln. Der Erkenntnistransfer aus der Grundlagenforschung in die Verwaltungspraxis hat daher für den Programmbereich zentrale Bedeutung. Die Verknüpfung von grundlagentheoretischer Reflexion und Praxisrelevanz ist dabei das explizite programmatische Leitbild des Programmbereichs.

Die folgenden Projekte haben im Programmbereich begonnen:

- *Sommermann/Fraenkel-Haeberle/Socher*: Europäisierung und Internationalisierung nationaler Verwaltungen im Vergleich, 1.10.2013 – 31.12.2018
- *Weiß/Demper*: Politikimplementierung im internationalen Kontext in gemischten Foren, 1.4.2014 – 30.6.2017
- *Stelkens/(Mirschberger)/N.N.*: Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung bei direktem Vollzug des EU-Rechts, (1.4.2014-31.12.2015) Fortsetzung zum 1.9.2016 geplant
- *Ziekow/Bauer*: EU-Rechtsakt für Umweltinspektionen – Austausch über mögliche Veränderungen im Vollzug des EU-Umweltrechts (Umweltbundesamt), 1.10.2015 – 30.9.2017
- *Stelkens/(Gonta)/N.N.*: Die Herausbildung paneuropäischer Rechtsgrundsätze guter Verwaltung durch den Europarat und ihre Bedeutung im Verwaltungsrecht seiner Mitgliedsstaaten (DFG), (Mittelverwaltung durch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften), 1.1.2016 - 14.9.2019

- *Grohs/Gröbe/Porth/Zabler*: Europaaktivitäten der Kommunen in NRW – Beleitforschung Leitprogramm Europaaktive Kommune (Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen), 1.3.2016 – 31.8.2016
- *Grohs/Gröbe*: Verwaltungsstile und die Entdeckung von nationalen Handlungsspielräumen im Europäisierungsprozess, 1.4.2016 – 31.3.2018
- *Weiß/Tauschinsky*: Zwischen veränderter Komitologie und Digitaler Agenda: Zunahme der supranationalen Durchführung von (Zoll)Unionsrecht (DFG), 1.5.2016 – 30.4.2018 (Mittelverwaltung durch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)

3.2 Bereich Politik- und Verwaltungsberatung (früher: Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung - ZvP)

Das Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung (ZvP) hat seit 2010 die unterschiedlichen Beratungseinheiten und -angebote des FÖV unter einem gemeinsamen Dach gebündelt. Die unter diesem Dach vereinten Beratungseinheiten widmen sich der Bearbeitung von Forschungsaufträgen und Gutachten aus Verwaltung und Politik. Im Laufe des Jahres 2016 wird die Umstrukturierung des ZvP hin zu einem Bereich „Politik und Verwaltungsberatung“ mit einer Fokussierung auf die Arbeitsfelder „Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation“ sowie „Verwaltungsmodernisierung/-reform“ abgeschlossen sein.

3.2.1 Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation

Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow
 Referenten: Dr. *Christian Bauer*, M.A.
 Ingo Hamann, M.A.
 Marius Herr, M.A.
 Dr. *Silke I. Keil*
 Dr. *Kai Masser*, M.A., *Mag.rer.publ.*
 Axel Piesker, M.A.
 Carolin Steffens, M.A.
 Dipl.-Volkswirtin *Hanna Willwacher*, M.A.



Das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA) wurde 2009 als Beratungseinheit am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gegründet. Damit wurde dem zunehmenden Bedarf an Folgenabschätzungen von Seiten der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen. In den letzten sechs Jahren hat InGFA unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Jan Ziekow* eine Vielzahl von Gesetzesfolgenabschätzungen (GFA) und Evaluationen durchgeführt.


Eine GFA dient der qualitativen Verbesserung von Normen, insbesondere deren Transparenz, : Verständlichkeit und Effizienz. Im Idealfall führt dies zu einer Reduzierung des Normenbestandes, einer höheren Akzeptanz gesetzlicher Regelungen und Kosteneinsparungen im öffentlichen und privaten Sektor.

InGFA beurteilt die Folgen und Auswirkungen *umfangreicher* Gesetzgebungsvorhaben oder politischer Maßnahmenpakete prospektiv, begleitend oder retrospektiv. Bei der prospektiven und begleitenden GFA werden Aussagen getroffen, ob die angestrebten Ziele auf dem eingeschlagenen Weg erreicht werden können und ob mit nicht-intendierten Auswirkungen gerechnet werden muss. Auch auf alternative Möglichkeiten zur Zielerreichung wird hingewiesen. Bei der retrospektiven GFA werden bereits ergriffene Maßnahmen oder erlassene Vorschriften anhand von Prüfkriterien (z.B. Zielerreichung, Praktikabilität, Akzeptanz) bewertet und Optimierungsmöglichkeiten erarbeitet.

InGFA verfolgt im Wesentlichen folgende Ziele:

- die Akquise und Durchführung weiterer GFA- und Evaluationsprojekte,
- die Forcierung der Institutionalisierung der GFA,
- die Entwicklung von Serviceelementen sowohl für Mitarbeiter und Abgeordnete der Landtage als auch für private Akteure und
- die wissenschaftliche Weiterentwicklung der GFA.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow (Leiter)	E-Mail: ziekow@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-362
	Axel Piesker, M.A. Koordinator	E-Mail: piesker@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-434
	Dr. Christian Bauer	E-Mail: cbauer@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-375

	Name	Kontaktdaten
	Ingo Hamann, M.A.	E-Mail: hamann@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-383
	Marius Herr, M.A.	E-Mail: herr@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-300
	Dr. Silke I. Keil	E-Mail: keil@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-156
	Dr. Kai Masser, M.A., Mag.rer.publ.	E-Mail: kmasser@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-302
	Carolin Steffens, M.A.	E-Mail: steffens@ingfa-speyer.de 06232/654-330
	Dipl.-Volkswirtin Hanna Willwacher, M.A.	E-Mail: willwacher@ingfa-speyer.de Tel.: 06232/654-370

Aktuelle Projekte

1. Ziekow/Piesker/Willwacher: „Evaluation des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) Rheinland-Pfalz (2. Phase)“

Laufzeit: 15.2.2015 bis 31.7.2016

Finanzierung: Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz

Am 26. Januar 2011 hat der rheinland-pfälzische Landtag eine Novelle des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) beschlossen. Ziel des Änderungsgesetzes ist die Schaffung eines modernen und effizienten POG, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin gewährleisten zu können. § 100 POG enthält eine erneute Evaluationsverpflichtung, die vorsieht, dass die Landesregierung dem Landtag über die Wirksamkeit bestimmter eingriffsintensiver Maßnahmen berichtet. Hierzu gehören:

- die Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen,
- die Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation,
- Auskunft über die Telekommunikation,
- Auskunft über Nutzungsdaten,
- Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel in informationstechnischen Systemen,
- Funkzellenabfrage,
- besondere Formen des Datenabgleichs.

Das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation Speyer wurde erneut vom rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur mit der Durchführung der 2. Phase der Evaluation (2015-2016) beauftragt. Der Abschlussbericht wird im Jahr 2016 vorgelegt.

2. **Ziekow/Piesker/Willwacher: „Entwicklung eines Tools zur prospektiven und begleitenden Gesetzesfolgenabschätzung“**

Laufzeit: 15.2.2015 bis 31.8.2016

Finanzierung: Evangelische Landeskirche im Rheinland (EKiR)

Die Landessynode ist innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) für die Gesetzgebung und den landeskirchlichen Haushalt zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie verschiedene Reformvorhaben auf den Weg gebracht, die mit erheblichen Veränderungen verbunden waren. Bei ihren Reformvorhaben ist es für die EKiR entscheidend, dass die Umsetzung vorgesehener Regelungen und Maßnahmen die Kirchengemeinden nicht überfordert und über Gebühr belastet. Aus diesem Grund benötigt das Landeskirchenamt, das für die Entwicklung und Ausarbeitung von Regelungsvorhaben innerhalb der EKiR zuständig ist, ein Tool, mit dem die Folgen von Regelungsvorhaben systematisch erfasst und abgeschätzt werden können. Damit sollen mögliche Umsetzungsprobleme vor Ort frühzeitig erkannt werden und im Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden.

Mit der Entwicklung eines passgenauen Tools für die Durchführung von prospektiven und begleitenden Gesetzesfolgenabschätzungen, das speziell auf die kirchliche Gesetzgebung zugeschnitten ist, hat die EKiR daher das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA) beauftragt. Die Konzeption erfolgt dabei in enger Abstimmung mit der EKiR auf Grundlage eines konkreten Regelungsvorhabens zur Tariftreue.

Der Abschlussbericht wird voraussichtlich im Jahr 2016 vorliegen.

3. **Ziekow/Bauer/Masser/Piesker/Willwacher/Herr: „Evaluation der Initiative ‚Bürgerdialog Stromnetz‘“**

Laufzeit: 1.11.2015 bis 28.2.2018

Finanzierung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Seit Januar 2015 fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Initiative „Bürgerdialog Stromnetz“, die es ermöglichen soll, BürgerInnen vor Ort frühzeitig - möglichst noch vor Beginn der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung - sowie zwischen den einzelnen formellen Beteiligungsschritten in die Planung von Netzausbau-

vorhaben einzubeziehen und über alle wesentlichen Planungsentscheidungen zu informieren. Die Ziele der Initiative können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Aufklärung über das Planungs- und Zulassungsverfahren, konkrete Netzausbauvorhaben und damit verbundene Beteiligungsmöglichkeiten,
- Identifikation von möglichem Konfliktpotenzial und Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten zu laufenden und zukünftigen Planungs- und Zulassungsverfahren sowie konkreten Netzausbauvorhaben und
- Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Netzausbausystems (z.B. Netzbetreiber, zuständige Behörden, Träger öffentlicher Belange, Umweltverbände, betroffene BürgerInnen etc.).

Das InGFA wurde vom BMWi damit beauftragt, die Initiative insgesamt sowie einzelne von ihr durchgeführte Maßnahmen im Rahmen zu evaluieren. Das Vorhaben sieht hierzu eine Kombination von begleitenden und ex-post Evaluationsformen vor, um u.a. folgende Untersuchungsfragen zu beantworten:

- Inwieweit trägt die Initiative "Bürgerdialog Stromnetz" dazu bei, einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog mit allen Beteiligten zu schaffen?
- Inwieweit leistet die Initiative einen Beitrag dazu, dass die BürgerInnen vor Ort über alle wesentlichen Verfahren und Entscheidungen informiert werden?
- Wie wirkt sich die Initiative mit ihren einzelnen Maßnahmen in den vor ihr adressierten Regionen aus?

4. Ziekow/Bauer/Herr: „Neukonzeption des landeseinheitlichen Aktenplans und methodische Begleitung des Projekts“

Laufzeit: 1.12.2015 bis 31.12.2016

Finanzierung: Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz

Gegenstand des Projektes sind die Neukonzeptionierung des landeseinheitlichen Aktenplans (LEAP) und Beratungsleistungen zur Implementation des LEAP in der Landesverwaltung. Ziel des Projektes ist

die Schaffung einer aufgabenbezogenen Struktur des Aktenplans, unabhängig der Organisation innerhalb der Behörde, die gleichermaßen praxisorientiert und vorausschauend angelegt ist, so dass spätere Veränderungen des organisationellen Aufbaus folgenlos für die Struktur des LEAP sind.

Die Konzeption des LEAP erfolgt anhand der normativen Bewertungsmaßstäbe: Übersichtlichkeit, Entwicklungsoffenheit und Stabilität sowie Bearbeiterunabhängigkeit. Die Entwicklung umfasst folgende Projektabschnitte:

- Analyse und Bewertung des bestehenden LEAP
- Neukonzeption des Aktenplans
- Methodische Begleitung des Projekts sowie der Implementationsworkshops

5. Ziekow/Masser: „Begleitung und Evaluation des Pilotprojekts Waldecho Rheinland-Pfalz“

Laufzeit: 12.2.2016 bis 11.2.2017

Finanzierung: Ministerium des Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz

"Waldecho Rheinland-Pfalz" ist ein Projekt von Landesforsten Rheinland-Pfalz unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten. Es dient dazu, das Anregungs-, Ideen- und Beschwerdemanagement im Bereich Forst weiter zu entwickeln. Hierzu wurde Mitte Februar 2016 ein Pilotbetrieb über 12 Monate gestartet. An diesem Pilotbetrieb nehmen von den insgesamt 44 Forstämtern vier ausgewählte Forstämter sowie weitere Stellen der Forstverwaltung teil:

- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
- Zentralstelle der Forstverwaltung (ZdF)
- Servicestelle Kommunikation & Marketing (KOMMA)
- Forstamt Haardt
- Forstamt Kaiserslautern

- Forstamt Rheinhessen
- Forstamt Trier

Das "Waldecho Rheinland-Pfalz basiert auf dem Mängelmelder der wer denkt was GmbH (siehe: <https://waldecho.wald-rlp.de/#pageid=1>).

Der Pilotbetrieb wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert durch das FÖV. Hierbei wird nicht nur der Aufwand, sowie die Bewertung des Nutzens, seitens der Pilot- und weiterer Kontrollämter erfasst, sondern auch die Nutzerinnen und Nutzer werden zu Ihren Erfahrungen befragt. Ziel der Evaluation ist es zu ermitteln, inwieweit diese neue, digitalisierte Form der Kommunikation (Lokalisierung der Mängelorte mittels GPS (georeferenzierte Daten des Landes) und Übermittlung mittels APP oder Browseranwendung einen signifikanten Nutzen für die Kommunikation (Bürgernähe und Transparenz) zwischen Bürgern und Verwaltung erzeugen kann.

6. **Ziekow/Piesker: „Entwicklung eines ‚Jugend-Checks‘ zur systematischen Darstellung der Auswirkungen von Maßnahmen des Bundes auf junge Menschen“**

Laufzeit: 15.2.2016 bis 31.12.2017

Finanzierung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, die Belange junger Menschen (zwischen 12-27 Jahren) bei der Erarbeitung von Maßnahmen des Bundes zu berücksichtigen. Hierzu wird in den Jahren 2016 und 2017 ein „Jugend-Check“ entwickelt, erprobt und implementiert. Mit seiner Hilfe werden die Auswirkungen von Regelungsentwürfen auf junge Menschen systematisch erfasst und dargestellt. Neben Vorschlägen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Prüfinstrumentes werden auch Vorschläge für eine rechtliche und organisatorische Verankerung des „Jugend-Check“ im politischen Entscheidungsprozess erarbeitet. InGFA unterstützt das BMFSFJ in diesem Projekt vor allem bei folgenden Aufgaben:

- Entwicklung eines zweistufigen Prüfverfahrens bestehend aus einem Relevanz-Screening und einer Hauptprüfung
- Festlegung von Wirkdimensionen

- Erprobung des Prüfinstruments anhand ausgewählter Gesetzesvorhaben
- Systematische Auswertung der Erprobungsphase
- Ggf. Feinjustierung des erprobten Prüfinstruments
- Wissenschaftliche Dokumentation

Der Abschlussbericht wird Anfang 2018 vorgelegt.

7. **Ziekow/Masser/Herr: „Evaluation des Mediationsgesetzes“**

Laufzeit: 1.4.2016 bis 30.4.2017

Finanzierung: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Im Juli 2016 ist das MediationsG vier Jahre in Kraft. Es ist daher an der Zeit, den Stand der Mediation in Deutschland einer Überprüfung zu unterziehen. Mediation ist grundsätzlich ein Verfahren zur Erzielung außergerichtlicher Konfliktlösung, „bei dem Parteien mithilfe eines oder mehrerer Mediatoren freiwillig und eigenverantwortlich eine einvernehmliche Beilegung ihres Konflikts anstreben“ (§ 1 MediationsG).

Gleichwohl ist das Verfahren frühzeitig auch an den Gerichten aufgegriffen worden. Das inzwischen als „Güterrichter“ bezeichnete Verfahren ist durch einige Begleitforschungsprojekte und die Erfassung der Fälle an den Gerichten durch das statistische Bundesamt seit 2014 recht gut erforscht. Erste Einschätzungen kommen hier zu dem Schluss, dass die Mediation im Bereich der Gerichte, trotz Förderung und Pilotprojekten, immer noch ein „Schattendasein“ führt. Auch im Bereich der Rechtsanwälte ist, nach Einschätzung des Deutschen Anwaltsvereins (DAV), die Mediation („gerichtsnahe Mediation“) „zu wenig in der Breite verankert“. Allerdings ist dieser Bereich noch wenig erforscht und statistisch erfasst. Noch schlechter ist die Informationslage im Bereich der „freien Mediation“, die nicht in Verbindung mit einem Gerichtsprozess in dessen Vorfeld angesiedelt ist (z.B. Mediation in Unternehmen). Hier fehlen (flächendeckende) wissenschaftliche Untersuchungen noch vollständig. Wichtig ist für die Fragestellung der Evaluation auch die Frage möglicher Auswirkungen der geplanten Verordnung über die Aus- und Fortbildung von zertifizierten Mediatoren besonders spannend.

8. Ziekow/Bauer/Steffens: „Umstellungsszenario zur Überführung der Zuständigkeit für Minderjährige mit Behinderung aus der Sozialhilfe (SGB XII) in die Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)“

Laufzeit: 1.4.2016 bis 31.3.2017

Finanzierung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im März 2013 wurde unter Beteiligung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, der kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter der Bericht „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung“ veröffentlicht. Dieser Bericht empfiehlt die sogenannte große Lösung der Zusammenführung der bisher im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII gewährten Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit Behinderungen mit der Kinder- und Jugendhilfe zu einem neuen Leistungstatbestand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung im SGB VIII. Bis zum April 2017 soll ein Umstellungsszenario zur Überführung der Zuständigkeit für Minderjährige mit Behinderung im SGB VIII erstellt werden.

Abgeschlossene Projekte

9. Ziekow/Masser/Hamann: „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“

Laufzeit: 1.6.2015 bis 31.12.2015

Finanzierung: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Im Jahre 2013 wurde das Pilotprojekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“ vom Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg – zunächst ausgelegt auf drei Jahre – in Kooperation mit dem Landeskreistag, Städte- und Gemeindetag, ihren Netzwerken für Bürgerschaftliches Engagement, dem Energetikom und dem Zukunftsbüro Ludwigsburg gestartet. Ziel des Projektprojektes war, dass angepasste Unterstützungs- und Beratungsangebote für nachhaltige Kommunalentwicklung, konzentriert

auf aktive Partizipation, gezielt am Bedarf der Kommunen ausgerichtet erprobt werden.

Neben der Universität Hohenheim, welche die wissenschaftliche Begleitforschung durchführten, wurde das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) mit der Evaluierung des schließlich frühzeitig beendeten Pilotprojektes betraut. Durch zwei Workshops konnten in Folge dessen signifikant unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich Zielsetzung und Ergebnisses zwischen den Prozessarchitekten und den Prozessbegleitern des Pilotprojektes aufgezeigt werden. Abschließend wurden hieraus Schlussforderungen und Handlungsempfehlungen bezüglich aller am Projekt beteiligten Steuerungs- und Umsetzungsebenen entwickelt, um das Konzept des „lernenden Projektes“ für zukünftige Projekte hinsichtlich Konzeptentwicklung und Projektsteuerung erfolgreich verbessern zu können.

10. Ziekow/Piesker/Katz/Willwacher: „Evaluation des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes (RED-G)“

Laufzeit: 1.4.2014 bis 30.6.2015

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Als eine Konsequenz aus der NSU-Mordserie wurde im September 2012 die Rechtsextremismusdatei (RED) in Betrieb genommen. Durch das RED-G werden 36 Sicherheitsbehörden verpflichtet, relevante Informationen zu gewaltbezogenen Rechtsextremisten in der RED zu speichern, so dass jede teilnehmende Behörde unmittelbaren Zugriff auf die Daten erhält. Dadurch soll der Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessert und eine effektivere Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus gewährleistet werden. (Hier die Bekanntmachung des BMI).

Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus vom 20. August 2012 sieht eine Evaluierung des RED-G vor dem 31. Januar 2016 unter Einbeziehung wissenschaftlicher Sachverständiger vor. Mit der Durchführung der Evaluation hat das Bundesministerium des Innern (BMI) im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beauftragt.

Das Evaluationsvorhaben verfolgte zum einen das Ziel, die Häufigkeit und die Auswirkungen der mit den Datenerhebungen, -verarbeitungen und -nutzungen verbundenen Grundrechtseingriffe im Rahmen der RED zu erfassen. Zum anderen geht es um die Untersuchung der Wirksamkeit der gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus. Hierzu wird u.a. untersucht, welche Veränderungen sich beim Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden durch die Nutzung der RED ergeben haben, inwieweit die Regelungen des RED-G praktikabel sind und wie sich die technisch-organisatorischen Voraussetzungen für die Nutzung der RED darstellen. Die Evaluation verfolgte dabei einen interdisziplinären Ansatz, der aus einer Verknüpfung einer empirisch-sozialwissenschaftlichen mit einer rechtswissenschaftlichen Analyse besteht.

11. Ziekow/Piesker/Katz/Willwacher: „Evaluation von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung“

Laufzeit: 1.7.2013 bis 30.6.2015

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 sieht vor, dass die Bundesregierung die Anwendung der durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes geschaffenen und geänderten Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des MAD-Gesetzes, des BND-Gesetzes und des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes unter Einbeziehung eines oder mehrerer Sachverständigen evaluiert. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Häufigkeit und die Auswirkungen der mit den Eingriffsbefugnissen verbundenen Grundrechtseingriffe, die zudem in Beziehung zur Wirksamkeit der jeweiligen Regelungen zu setzen sind. Zu den zu evaluierenden Regelungen zählen u.a. die Einholung von Auskünften bei Telekommunikationsdiensteanbietern, Banken und Fluggesellschaften sowie weiteren Unternehmen und der Einsatz des IMSI-Catchers durch die Nachrichtendienste.

Der Abschlussbericht wurde im April 2015 vorgelegt.

12. Ziekow/Bauer/Willwacher: „Evaluation und Weiterentwicklung der Administration des EU-Emissionshandels“

Laufzeit: 1.12.2013 bis 31.5.2015

Finanzierung: Umweltbundesamt

Ziel des europäischen Emissionshandelssystems war es, durch die Begrenzung der europaweiten Emissionsmengen und handelbare Emissionsrechte den Ausstoß schädlicher Treibhausgase zu den gesamtwirtschaftlich niedrigsten Kosten zu reduzieren. Inzwischen befindet sich das europäische Emissionshandelssystem in der dritten Handelsperiode (2013-2020). Diese zeichnet sich durch eine stärkere Zentralisierung aus. Die Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse der EU-Kommission wurden bedeutend erweitert, so dass sich die Vollzugsbehörden der Mitgliedstaaten bei vielen Vollzugsaufgaben mit der EU-Kommission koordinieren oder ihre Zustimmung einholen müssen.

Ziel des Projektes war es, Vollzugsprobleme zu identifizieren und zu analysieren, die sich im Rahmen der dritten Handelsperiode ergeben haben und einem effektiven, effizienten und EU-weit einheitlichem Vollzug entgegenstehen. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere Probleme, die sich aus der neuen Aufgabenteilung zwischen EU-Kommission und nationalen Vollzugsbehörden ergeben. Darüber hinaus sollten Handlungsoptionen aufgezeigt werden, die zu einer Verbesserung der Effektivität, Effizienz und Einheitlichkeit des Vollzugs führen könnten.

Das Forschungsvorhaben wurde in Kooperation mit dem Öko-Institut durchgeführt. Der Abschlussbericht wurde im Mai 2015 vorgelegt.

Weiterführende Informationen zu InGFA finden Sie unter www.ingfa-speyer.de.

Veröffentlichungen und Vortrag von InGFA 2015:

Debus, Alfred/Piesker, Axel, Ex-post-Gesetzesevaluationen zur Ermittlung datenschutzrechtlicher Folgen, in: Gusy, Christoph (Hrsg.), Evaluation von Sicherheitsgesetzen, Studien zur inneren Sicherheit, Bd. 19, Heidelberg 2015, S. 193–222; *Sicko, Corinna/Zeit, Dirk/Ziekow, Jan*, Neubau der sozialen Wohnraumförderung. Evaluierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes Baden-Württemberg und Entwicklung von Regelungsalternativen, Schriften zur Evaluationsforschung, Bd. 5, Baden-Baden 2015; *Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna u.a.*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration

des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung, CLIMATE CHANGE 26/2015, Dessau 2015; *Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna u.a.*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung, Endbericht, Speyer 2015; *Ziekow, Jan/Piesker, Axel*, Territorial and functional reforms on the local level – Current developments and challenges in Germany (chinesisch), in: Wang, Yukai/Färber, Gisela (Hrsg.), *Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany*, Beijing 2015, S. 261–271; *Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Katz, Dieter/Willwacher, Hanna*, Evaluation nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 07. Dezember 2011 (auch abrufbar als BT-Drs. 18/5935), Speyer 2015; *Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Katz, Dieter/Willwacher, Hanna*, Evaluierung des Rechtsextremismus-Datenschutzgesetzes nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus vom 20. August 2012, Speyer 2015.

Willwacher, Hanna, Nudging und Impact Assessment, Entscheiden und Bewirken - Neue Ansätze für Politik und Verwaltung, Berlin, 19.02.2015.

Workshops von InGFA 2015:

Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Willwacher, Hanna/Herr, Marius: Planspiel zu einer ökofairen Vergabe und Beschaffung in der Evangelischen Kirche im Rheinland mit Vertreterinnen und Vertretern der EKIR, 27.10.2015, Verwaltungsamt Wuppertal; Projekt: Entwicklung eines Tools zur prospektiven und begleitenden Gesetzesfolgenabschätzung für die evangelische Kirche im Rheinland.

Ziekow, Jan: Ergebnisworkshop mit externen Referenten, 20.07.2015, FÖV; Projekt: Evaluation und Weiterentwicklung der Administration des EU-Emissionshandels.

3.2.2 Zentrum für Verwaltungskommunikation

Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen wünschen sich, dass der Sprachstil der öffentlichen Verwaltung allgemein verständlich und juristisch präzise zugleich ist. Das Zentrum für Verwaltungskommunikation unterstützt Behörden dabei, dieses Ziel zu erreichen: Mit Partnern auf allen Ebenen der Verwaltung verwirklicht es Projekte zur adressatengerechten Gestaltung einer zeitgemäßen und bürgernahen Verwaltungssprache.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch (Leiter bis 31.12.2015)	E-Mail: fisch@foev-speyer.de
	Burkhard Margies, M.A.	E-Mail: margies@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-397
	Tyko Dirksmeyer, M.A.	E-Mail: dirksmeyer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-396
	Assessor René Ku- bach	E-Mail: kubach@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-396
	Jochen Lietz	E-Mail: lietz@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-

1. **Fisch, R./Margies/Kubach: „Optimierung von Bescheiden und Informationsschreiben der Deutschen Rentenversicherung“**

Laufzeit: 1.4.2008 bis 30.4.2017

Finanzierung: Deutsche Rentenversicherung Bund

Ziel dieses Projekts ist, die Kundenorientierung der Deutschen Rentenversicherung auch im Sprachstil ihrer Bescheide und Informationsschreiben erkennbar zu machen. Die Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung lernen, allgemein verständliche Texte zu verfassen, die gleichzeitig verlässliche Information bieten und rechtlicher Überprüfung standhalten können. Es wird ein kommunikatives Gesamtkonzept für die Deutsche Rentenversicherung entwickelt, das einen einheitlichen Stil sowie einheitliche Standards für Inhalt, Sprache, Struktur und Gestaltung von Bescheiden und Informationsschreiben festlegt.

Wesentlich für das Projekt ist die aktive und weitreichende Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung. Dadurch sollen einerseits mögliche Vorbehalte gegen die Veränderung des lange geübten Sprachstils vermindert werden, andererseits sollen die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Kontakt mit Versicherten und anderen Adressaten für das neue Kommunikationskonzept nutzbar gemacht werden.

Im Rahmen des Projekts wird die auf Textbausteinen basierende Massenkommunikation nach dem neuen Kommunikationskonzept überarbeitet. Die Wirkung der veränderten Texte auf die Adressaten wird laufend empirisch überprüft. Das neue Kommunikationskonzept wird in die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten integriert.

*Abgeschlossene Projekte***2. Fisch, R./Margies/Kubach: „TOP 100 – Dienstleistungen klar und verständlich beschrieben“**

Laufzeit: 1.11.2014 bis 30.4.2016

Finanzierung: Senatskanzlei Berlin

Das Zentrum für Verwaltungskommunikation des FÖV entwickelt gemeinsam mit Beschäftigten des Landes Berlin verständliche und rechtssichere Beschreibungen für 100 Verwaltungsleistungen des Landes Berlin. Verfahrensabläufe sollen transparent dargestellt werden, um Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu erleichtern.

Das Projekt ist eine Fortsetzung des Projektes „Qualitätssicherung der für das Bürgertelefon 115 relevantesten Dienstleistungsbeschreibungen im Service-Portal des Landes Berlin“ (siehe unten). Zur Überarbeitung wurden diesmal 100 Dienstleistungen ausgewählt, die online im Service-Portal des Landes Berlin besonders häufig abgefragt werden: vom Antrag auf Ausstellung eines Personalausweises bis zur Einschulungsuntersuchung, von der Anmeldung einer Wohnung bis zur Aufenthaltsgenehmigung zur Studienvorbereitung. Durch verständlichere Beschreibungen dieser Dienstleistungen erwarten sich die Auftraggeber unter anderem

- mehr richtig und vollständig ausgefüllte Anträge,
- höhere Akzeptanz des Verwaltungshandelns,
- weniger Rückfragen, weniger Beschwerden.

Wie bereits im Vorgängerprojekt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Landesverwaltung in das Projekt eingebunden, zu deren Aufgaben die Beschreibung der Verwaltungsleistungen gehört. Sie wurden von Mitarbeitern des FÖV in Fortbildungen und Schreib-Workshops geschult, Texte zu verfassen, die allgemein verständlich, bürgerfreundlich und zugleich rechtssicher sind. Die neuen Leistungsbeschreibungen entstehen nun in enger Abstimmung zwischen dem FÖV und den Beschäftigten des Landes Berlin. So kann im Berliner

Service-Portal ein allgemein verständlicher Sprachstil dauerhaft etabliert werden.

Vortrag 2015:

Kubach, René/Dirksmeyer, Tyko, Poster „Klar – verständlich – rechtssicher: Bürgerfreundliche Beschreibung von Verwaltungsleistungen“, Nationales E-Government Kompetenzzentrum (negz); Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie e.V. (ISPRAT), Herbsttagung Staatsmodernisierung 2015, Berlin, 3.11.2015.



Workshops 2015:

Margies, Burkhard: „Schreibwerkstatt - Bürgereingaben beantworten“, Fortbildungsakademie des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2015, Herne; Zentrum für Verwaltungskommunikation.

Margies, Burkhard: „Prägnante Entscheidungsvorlagen verfassen - In der Kürze liegt die Würze“, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, Mai 2015, Mainz; Zentrum für Verwaltungskommunikation.

3.2.3 Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung

Das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern befindet sich seit längerem in einem Wandel, der in zahlreichen Staaten zu einer verstärkten Einbeziehung von Bürgern in staatliche und kommunale Entscheidungsprozesse geführt hat. In Deutschland haben die Geschehnisse um den Stuttgarter Hauptbahnhof einen zusätzlichen Impuls gesetzt, wenngleich die wissenschaftliche und politische Diskussion schon weit zurückgreift. Das FÖV verfügt seit Jahrzehnten über eine breite wissenschaftliche und praktische Expertise in vielen Bereichen, die derzeit unter dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ zusammengefasst werden. Genannt seien nur die Bereiche repräsentative Demokratie und Partizipation, formelle und informelle Bürgerbeteiligung in staatlichen Entscheidungsverfahren, Mediation, e-participation und -democracy, Bürgerhaushalte und Bürgerpanel. Das Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung hat es sich zum Ziel gesetzt, diese multidisziplinären Kompetenzen zu bündeln, methodisch weiterzuentwickeln und innovative Lösungen für die Praxis anbieten zu können.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages (Leiter bis 31.12.2015)	E-Mail: klages@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-252
	Dr. Kai Masser, M.A., Mag.rer.publ.	E-Mail: kmasser@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-302

1. Ziekow/Masser/Hamann: „Evaluation der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung“

Laufzeit: 1.5.2014 bis 30.4.2017

Finanzierung: Staatsministerium Baden-Württemberg

Am 27. Februar 2014 ist die von der Landesregierung erlassene Verwaltungsvorschrift zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung

in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung) in Kraft getreten. Im Rahmen des Projekts „Planungsleitfaden Bürgerbeteiligung“ hat das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) 2013 bereits die (möglichen) Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift (VwV) Öffentlichkeitsbeteiligung und dem dazugehörigen Planungsleitfaden auf die Arbeitsbelastung der Regierungspräsidien (RP) in Baden-Württemberg ermittelt. Um die Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung nach deren Inkrafttreten noch präziser bestimmen zu können, wurde das FÖV vom Staatsministerium Baden-Württemberg mit dem über drei Jahre laufenden Projekt beauftragt.

Die Evaluation soll als begleitendes Monitoring mit Inkrafttreten der VwV durchgeführt werden. Alle (potentiell) relevanten Vorhaben sollen ab dem ersten „Bekanntwerden“ („aktenmäßige“ Erfassung) erfasst und in ihrem Verlauf (chronologisch) dokumentiert werden. Zeitlich unterschieden werden müssen drei Phasen (Standardablaufmodell): Vor Beginn des förmlichen Verfahrens, nach Einleitung des förmlichen Verfahrens und nach Abschluss des förmlichen Verfahrens (z.B. bei Anfechtung von Entscheidungen). Die notwendigen Datenerhebungen sollen so weit als möglich durch elektronische Eingabemasken und Ankreuzlisten (z.B. Excel) erfolgen. Im Rahmen der Evaluation werden quantitative (z.B. Eigenerfassungen der Behörden in Vorhabendokumentationen) und qualitative Erhebungen (z.B. leitfadengestützte Interviews, Case-Studies) sowie Fokusgruppengespräche (mit Betroffenen, Teilnehmern von Beteiligungs-Scopings, Verbänden etc.) durchgeführt.

Abgeschlossene Projekte

2. Klages: „Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“

Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut und Metropolregion Rhein-Neckar GmbH

Dieses Projekt integrierte Bürgerbefragungen als Beteiligungsverfahren, die repräsentative Ergebnisse liefern und gleichzeitig alle interessierten Bürger an den Befragungen teilnehmen lässt. In Kooperation

mit der Metropolregion Rhein-Neckar wurde hierzu überregional alle zwei Jahre ein Bürgermonitoring durchgeführt. Das Projekt verfolgte das Ziel, die bisherige Lücke der auf Beteiligung angelegten Regionalentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar zu schließen und nach der Einbindung funktionaler Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden nun auch die Bürger aktiv einzubinden und deren Potenziale zu erschließen.

Inhaltlich strukturierte sich das Bürgermonitoring in zwei Bereiche: Erstens die Wahrnehmung und Kenntnis der Region und die Identifikationsmuster in der Region und zweitens der Bewertung der zentralen Arbeitsfelder der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung durch die Bürger. Die Ergebnisse des Bürgermonitoring bildeten die Grundlage für Maßnahmen des Regionalmarketing und beteiligten Bürger somit an der Gestaltung der Metropolregion. Die Ergebnisse flossen somit unmittelbar in die Praxis der Regionalsteuerung ein und wurden zu diesem Zweck zielbezogen ausgewertet und aufbereitet. Das Projekt leistete für andere Metropolregionen eine wichtige Vorreiterfunktion, indem es das Beteiligungsmodell in der Praxis anwendete und Erfahrungen bezügl. Vorgehen und inhaltlichen Schwerpunkten zur Verfügung stellte.

3. Klages/Masser: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung Phase IV: Erprobung der Tauglichkeit des „Speyerer Bürgerpanelkonzepts“ als Element beteiligungsintensiver Demokratie auf der lokalen Ebene – Eine konfliktausgleichende Alternative zu Bürgerbegehren und –entscheid“

Laufzeit: 1.7.2008 bis 31.5.2015

Finanzierung: Beteiligte Projektkommunen

Empirische Forschung mit praktischer Bürgerbeteiligung verband das von *Helmut Klages* geleitete Bürgerpanelprojekt (BP). Das am FÖV entwickelte BP wird seit über 10 Jahren in Kommunen eingesetzt. Das mit vier mittelgroßen Pilotstädten (Arnsberg, Herford, Speyer und Viernheim) entwickelte Konzept, das auf repräsentativen Befragungen beruht und diese mit offenen Beteiligungsmöglichkeiten sowie einer fest eingebundenen Bürgergruppe (Panel) verbindet, wurde inzwischen sowohl in kleinen Gemeinden wie der Verbandsgemeinde Offenbach a.d. Queich, aber auch in Großstädten wie Leipzig und

Hannover erfolgreich eingesetzt. Mit Hannover konnte erstmals ein repräsentatives Online-Panel aufgebaut werden. 2014 wurden Bürgerpanels in den Kommunen Gießen, Kirchheim unter Teck und Walldorf durchgeführt. Als eine Art „Nebeneffekt“ wurden im BP laufend aktuelle Daten gewonnen, die in fünf Speyerer Forschungsberichte sowie weitere Monografien und Aufsätze eingeflossen sind. Aktuell sind zwei weitere Forschungsberichte in Arbeit, die die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich Kultur sowie die Stand der Demokratie und Bürgerbeteiligung in den Kommunen empirisch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger beleuchten. Die Basis bilden jeweils Daten aus vier und mehr Kommunen.

Kurzbeschreibung des BP unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.15642/>

Online-Bürger-Panel Hannover:

<http://www.innovativeverwaltung.de/Thema/209/8216/Hannover-baut-Buerger-Panel-fuer-Online-Befragungen-auf.html>

Speyerer Forschungsberichte 255, 261, 265, 268, 273,

download: http://www.foev-speyer.de/publikationen/pubdb.asp?reihen_id=1

4. Ziekow/Masser/Ritter: „Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals (BP) des Landes Baden-Württemberg“

Laufzeit: 1.10.2013 bis 31.3.2015

Finanzierung: Staatsministerium Baden-Württemberg

Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg hatten seit Anfang März 2013 auf dem Beteiligungsportal (BP) (beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de) die Möglichkeit, Kommentare zu Gesetzesentwürfen der Landesregierung zu verfassen. Es oblag den betroffenen Ressorts, wie sie mit den eingehenden Kommentaren umgingen.

Im Rahmen der Evaluation des Kommentieren-Bereichs des BP war eine Kosten-/Nutzenanalyse für die Ressorts das zentrale Element. Weitere wichtige Fragestellungen waren, wie der Dialog zwischen Bürgern (Kommentare) und Stellungnahmen sowie eine eventuelle „Verbesserung“ der Gesetzesentwürfe im politischen Raum bewertet wer-

den können und wie die Kommentatoren die Möglichkeit, Kommentare abzugeben einschätzten und im Folgenden die Stellungnahme bewerteten.

Das Evaluationsvorhaben gliederte sich in drei deutlich voneinander unterscheidbare Teilbestandteile, eine Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) für die beteiligten Ressorts, eine Wirkungsanalyse bezüglich des BP, allgemein und bei den Kommentatorinnen und Kommentatoren sowie der Aufbau eines Monitoringsystems.

Die Erhebungen zum Entwurf eines Umweltverwaltungsgesetzes für Baden-Württemberg, zu dem bis zum 31. Januar 2014 Kommentare abgeben werden konnten, sind ebenso wie die Erhebungen zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, das bis zum 16. Mai 2014 kommentiert werden konnte, abgeschlossen.

Veröffentlichung und Vorträge 2015:

Masser, Kai/Fischer, Franziska/Ritter, Tobias, Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals des Landes Baden-Württemberg, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 284, Speyer 2015.

Masser, Kai, Evaluation der Kommentierungsfunktion des Beteiligungsportals Baden-Württemberg - Die wichtigsten Ergebnisse, Kabinettsausschuss für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Neues Schloss Stuttgart, 13.05.2015; *Masser, Kai*, Citizens' Participation and Direct Democracy – A Reform Approach for all Seasons? Lessons Learnt from Participation Boosts in Germany's Municipalities, University of Carthage, 2015 Global Forum on Modern Direct Democracy, Tunis (Tunisia), 15./16.05.2015; *Masser, Kai*, Evaluation von Bürgerbeteiligungsprozessen – Chancen, Hemmnisse und Risiken, Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 18. Jahrestagung der DeGEval: Evaluation und Wissensgesellschaft, Session A8: Evaluationen als Instrument der Wissensproduktion und Entscheidungsfindung in Politik und Verwaltung, Speyer, 16.-18.09.2015; *Masser, Kai*, Regieren mit den Bürgern, Hochschule Nordhausen, Institut für Public Management and Governance, Fachtagung Regieren in Kommunen, 30.09/1.10.2015; *Masser, Kai*, Evaluation der Kommentierungsfunktion des Beteiligungsportals Baden-Württemberg - Erfolgreiche Beteiligung: Gamification?, Städtetag Baden-Württemberg – Arbeitsgemeinschaft Soziale Medien, Technoseum Mannheim, 16.11.2015; *Masser, Kai*, Evaluierung Verwaltungsvorschrift „Öffentlichkeitsbeteiligung“ - Zwischenstand 2. Quartal 2015, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, 26.11.2015; *Masser, Kai*, Informationsaustausch „Bürgerhaushalt“, Baden-Württemberg Stiftung unter Mitwirkung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg (MFW), Stuttgart, 15.12.2015.

3.2.4 Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)

WiDuT: Ihr Partner für Verwaltungsmodernisierung

Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

Referentin: Dipl. Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*

WiDuT ist eine Serviceeinheit des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung und versteht sich als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Unter diesem Verständnis werden Forschungsergebnisse in die öffentliche Verwaltung transformiert und die Anliegen der Zielgruppe an die Forschung übermittelt. Für die Verwaltungsmodernisierung relevante Inhalte werden interaktiv und schnell erfassbar aufbereitet. Verschiedene Formate ermöglichen so einen direkten Dialog mit der Zielgruppe. Unter dem Titel arbeitsraumVERWALTUNG werden verschiedene Kurzumfragen zu den Schwerpunkten Organisation und Personal durchgeführt. Ziel dabei ist es, im Dialog mit den Interessierten der Verwaltungsmodernisierung Veränderungen in der Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung aufzuspüren, Debatten anzustoßen und Visionen zu entwerfen, um eine Kartografie zukünftiger Arbeitslandschaften zu entwerfen. In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz entstand 2015 eine neue Ausgabe der WiDuT-Dokumentation „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund“. Der inhaltliche Fokus der vergangenen Ausgaben des WiDuT-Newsletters *inForm* lag auf den Themen Wissensmanagement, E-Government, Nudge, Datenschutz.

3.3 Weitere Projekte

3.3.1 Laufende Projekte

1. Merten/Koch: „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Laufzeit: 15.4.2004 bis 14.11.2004;
15.1.2005 bis 31.12.2016

Finanzierung: Fritz Thyssen Stiftung

Kooperationspartner: Univ.-Prof. Dr. Dres. h.c. *Hans-Jürgen Papier*

Angesichts der in stetem Wandel begriffenen Staatsfunktionen kommt den Grundrechten zentrale steuernde und begrenzende Bedeutung für das Staatshandeln zu. In angemessenen Abständen bedarf es daher sorgfältiger und umfassender Vergewisserung über den Grundrechtsbestand in Deutschland und in den Verfassungsordnungen der europäischen Staaten. Das im Rahmen des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Speyer etablierte, zur Gänze drittmittelfinanzierte Handbuch-Projekt erfasst die deutsche, die europäische und die international-völkervertragsrechtlich verankerte Grundrechtssubstanz in rund 300 Einzelbeiträgen und bereitet sie systematisch auf; die wechselseitigen Einflüsse, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen eines „Jus Commune Europaeum“ werden sichtbar.

Folgende Handbuch-Bände sind im Verlag C.F.Müller, Heidelberg, in der Herausgeberschaft von Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier bereits erschienen: Band I: Entwicklung und Grundlagen (2004); Band II: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren I (2006); Band III: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren II (2009); Band IV: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte I (2011); Band V: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte II (2013); Band VI/1: Europäische Grund- und Menschenrechte (2010); Band VI/2: Europäische Grundrechte II: Universelle Menschenrechte (2009); Band VII/1: Grundrechte in Österreich (2009) – die zweite deutlich vermehrte und aktualisierte Auflage ist 2014 unter der Mitherausgeberschaft von Gabriele Kucsko Stadlmayer erschienen; Band VII/2: Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein (2007). In Vorbereitung sind Band VIII („Landesgrundrechte in Deutschland“) zu den Grundrechten in deutschen Landesverfassungen sowie Folgebände zur Aufarbeitung der Grundrechte in Ostmitteleuropa und Osteuropa

(Band IX, dessen Erscheinen für 2015 vorgesehen ist) und der Grundrechte West-, Nord- und Südeuropa (Band X). An einem Gesamtregister wird kontinuierlich gearbeitet.

Veröffentlichungen und Vorträge 2015

Koch, Christian, Rechtsstaatliche Grundlagen des Öffentlichen Dienstes, in: Karl-Peter Sommermann/Giorgi Khubua (Hrsg.), Transformation der öffentlichen Verwaltung im Südkaukasus: Bilanz und Perspektiven, Ivana Javakhishvili Staatliche Universität Tbilisi, Studien und Materialien des Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 2, Tiflis 2015, S. 134–199; *Merten, Detlef*, Compliance im Spannungsfeld zu Verwaltungsethos und Verwaltungskultur, in: Nicola Ohrtmann/Rolf Stober (Hrsg.), Compliance. Handbuch für die öffentliche Verwaltung, Stuttgart 2015, S. 36–51; *Merten, Detlef*, „Gute“ Gesetzgebung als Verfassungspflicht oder Verfahrenslast?, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 68 (2015), S. 349–361;

Merten, Detlef, Die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in die Rentenversicherung im Lichte des Grundgesetzes, Berlin, 10. März 2015; *Merten, Detlef*, Die Gewährleistung sozialer Rechte durch die Europäische Menschenrechtskonvention, 26. Mai 2015.

5. Gabriel/Keil: „Dezentrale Beteiligung an der Planung und Finanzierung der Transformation des Energiesystems (DZ-ES)“

Laufzeit: 1.10.2013 bis 31.8.2016

Finanzierung: Bundesministerium für Bildung und Forschung über Forschungszentrum Jülich

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung führt im Projekt DZ-ES im Arbeitspaket 2 empirische Analysen der Akzeptanzwirkungen verschiedener Governance-Formen beim Übergang zu erneuerbaren Energien durch. Die Analyse bezieht die wichtigsten mit dem Governance-Konzept bezeichneten Regelungsstrukturen ein und fragt, welche Regelungsstrukturen die Bürgerschaft, die Energiekonsumenten, die Entscheidungsträger und die Stakeholder (aus welchen Gründen) wünschen, wie sie deren Vor- und Nachteile wahrnehmen und gegeneinander abwägen und welche Handlungsdispositionen sich aus diesen Wahrnehmungen ergeben. Zur Ermittlung der Einstellungen und der Akzeptanz von Governancemodellen wird mit Hilfe standardisierter Fragebögen zum einen eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Zum zweiten wird die Bevölkerung in Gemeinden befragt, die bei ihrer Strom- und Gaserzeugung unter-

schiedliche EE-Technologien einsetzen und diese weitgehend rekommunalisiert haben. Ergänzend werden zum dritten die Entscheider befragt. Mit Hilfe einschlägiger Verfahren der multivariaten Datenanalysen werden Zusammenhänge aufgedeckt, die dazu dienen, dezentrale Beteiligungsverfahren zu generieren, die auf größtmögliche Akzeptanz stoßen, was wiederum die Bedingung für eine effektive und effiziente Durchführung der Energiewende ist.

6. **Wieland/Wolff: “Anreize im öffentlichen Recht”**

Laufzeit: 19.8.2014 bis 18.8.2018

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Gegenstand des Projekts ist die Untersuchung von Anreizen im öff. Recht. Diese werden verstanden als rechtl. Bestimmungen, die Verhalten veranlassen (sollen), die aber weder Ge- oder Verbot sind noch ge- bzw. verbotswidriges Verhalten sanktionieren. Behandelt werden drei Referenzgebiete, die stark durch Anreize geprägt sind und mit der persönlichen, unternehmerischen und staatlichen Sphäre unterschiedliche Regelungsgegenstände repräsentieren: das öff. Ehe- und Familienrecht, das Energieregulierungsrecht sowie das Finanzausgleichsrecht. Die in diesen Rechtsgebieten identifizierten Anreize werden sodann verwaltungsrechtlich, verfassungsrechtlich sowie rechtspolitisch und unter Gesichtspunkten „guter“ Rechtsetzung behandelt.

Im Jahr 2015 lag der Fokus zunächst noch einmal darauf, verschiedene Formen von Anreizen zu identifizieren und in eine allg. Formenlehre zu integrieren. Außerdem sind erste verfassungsrechtliche Annäherungen erfolgt. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Befassung mit sog. Nudges, die bisher rechtswissenschaftlich in Deutschland kaum behandelt und noch nicht als Anreize betrachtet worden sind. Denn der Begriff des Anreizes wurde in der Rechtswissenschaft bislang, wenn überhaupt, als vornehmlich ökonomischer Begriff wahrgenommen.

Veröffentlichungen 2015

Wolff, Johanna, Eine Annäherung an das Nudge-Konzept nach Richard H. Thaler und Cass R. Sunstein aus rechtswissenschaftlicher Sicht, in: Rechtswissenschaft – Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung, Bd. 6 (2015), S. 195–223;

Wolff, Johanna, Kommentierung der §§ 70-77 EEG 2014 (Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten), in: Boewe, Marius/Greb, Klaus (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG 2014) – EEG, 2. Aufl., München 2015; *Wolff, Johanna*, Soft state influence on family life – Irrelevant for the parents' fundamental rights?, online verfügbar unter www.verfassungsblog.de/soft-state-influence-family-life-irrelevant-parents-fundamental-rights (2015).

Wolff, Johanna, Soft state influence on family life – Irrelevant for the parents' fundamental rights? (Lecture and panel discussion), Humboldt Universität; Verfassungsblog, Choice Architecture in Democracies: Exploring the Legitimacy of Nudging, Berlin, 12.-14.01.2015; *Wolff, Johanna*, Verhaltensanreize durch staatliche Anstöße (Nudging), Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften; Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer@Berlin: Entscheiden und Bewirken – Neue Ansätze für Politik und Verwaltung, Berlin, 19.02.2015.

7. Bauer/Ege: “Determinants and Consequences of Bureaucratic Autonomy of International Public Administrations“
DFG-Forschergruppe International Public Administration
inzwischen: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Laufzeit: 1.10.2014 bis 30.9.2017

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Das Projekt analysiert die Rolle von Verwaltungsstäben in internationalen Organisationen. Konkret wird untersucht, (1) ob und unter welchen Bedingungen internationale Verwaltungen strukturbasierte Autonomie genießen, (2) wie sich die beobachtbare Varianz von Verwaltungsautonomie zwischen den ausgewählten Organisationen (auch über Zeit) erklären lässt und (3) unter welchen Bedingungen Verwaltungsautonomie Politikergebnisse beeinflusst. Hierfür wird ein systematisches Messkonzept für die vergleichende Erhebung von Verwaltungsautonomie entwickelt, die notwendigen Daten erhoben sowie die dadurch identifizierbaren unterschiedlichen Muster und Veränderungen von einschlägigen Verwaltungsstrukturen über Zeit analysiert.

Veröffentlichungen und Vorträge 2015

Bauer, Michael W., Die Verwaltungswissenschaft und die Herausforderungen der De-nationalisierung, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Bd. 56 (2015), S. 648–671; *Bauer, Michael W./Conceição-Heldt, Eugénia da/Ege, Jörn*, Autonomiekonzeptionen internationaler Organisationen im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift (Sonderheft), Bd. 49 (2015), S. 28–53; *Bauer, Michael W./Ege, Jörn*,

The Autonomy of International Bureaucracies, in: Kim, Soonhey/Ashley, Shena/Lambright, W. Henry (Hrsg.), *Public Administration in the Context of Global Governance*, Cheltenham 2015, S. 63–84; *Ege, Jörn*, Review of ‘Reforming the European Commission’, E. Schön-Quinlivan (Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2011, ISBN 9780230252578), in: *Journal of Common Market Studies (JCMS)*, Bd. 53 (2015), S. 1188.

Bauer, Michael W./Ege, Jörn, Projektvorstellung AUTONOMY, DFG Forschergruppe „International Public Administration“, Berlin, 04.-06.11.2015; *Bauer, Michael W.*, *Bureaucratic Autonomy and Policy Outcome: Evidence from a Comparative Study*, San Francisco (USA), September 2015; *Ege, Jörn*, *Comparing and Explaining the Autonomy of International Secretariats: An Ideal Type Approach*, Warsaw (Poland), 29.03-2.04.2015.

8. **Martini/Kolain/Menges/Wenzel/Kilinski/Weinzierl: “Geodaten und Dienste, Open Data und E-Rechnung“**

Laufzeit: 1.3.2015 bis 31.12.2015

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Das vom Bundesministerium des Innern geförderte Drittmittelprojekt begann zum 15. Juli 2012. Nachdem das Jahr 2014 noch von der Tagung „Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit“ und der Gutachtertätigkeit auf dem Gebiet des Geodatenrechts geprägt war, wandelte sich der Schwerpunkt des Drittmittelprojektes im Jahr 2015 hin zum Bereich der E-Rechnung. Im Rahmen dessen veranstaltete Prof. Dr. Martini gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und dem Verband elektronische Rechnung am 8./9.6.2015 die Tagung „E-Rechnungs-Gipfel 2015“ in Wiesbaden. Die Tagung befasste sich mit den Perspektiven der E-Rechnung und der Integration der E-Rechnung in der Praxis. Des Weiteren erstellten die Projektbearbeiter Gutachten u. a. zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU und zur Fernerkundung. Gegenstand der Projektarbeit des Jahres 2015 waren insbesondere die Beschäftigung mit dem Gutachten »Datenlizenz Deutschland«, ein umfängliches Gutachten zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Fernerkundung, zu der Frage, ob und in welchem Umfang für das Lizenzmodell der E-Rechnung aus verfassungsrechtlichen oder einfachgesetzlichen urheberrechtlichen Gründen Lizenzkosten an das DIN zu erstatten

sind. Ferner anstand ein Rechtsgutachten zu der Umsetzung des Datenschutz-Modells der E-Rechnung.

Herr Prof. Dr. Martini, Herr Wenzel, Dr. Matthias Damm und Herr Kühl nahmen darüber hinaus an mehreren Arbeitssitzungen im Bundesministerium des Innern teil. Auf diese Weise konnten die Projektbearbeiter aktiv an der Gestaltung verschiedener Normwerke und Nutzungsbedingungen für staatliche Portale teilnehmen.

9. Grohs/Bogumil: “Weiterentwicklung der Umweltverwaltung Baden-Württemberg”

Laufzeit: 1.12.2015 bis 31.7.2016

Finanzierung: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Im Zuge der Verwaltungsstrukturreform 2005 wurden in Baden-Württemberg die neun Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, die vier Gewässerdirektionen und die vier Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege aufgelöst und die Aufgaben entweder auf die Regierungspräsidien oder die Landkreise und Stadtkreise übertragen. Schon 2007 und erneut 2011 konnte aufgezeigt werden, dass dieser Reformschritt in einzelnen Bereichen die Qualität des Verwaltungshandeln beeinträchtigt hatte (vgl. Bauer et al. 2007; Kuhlmann et al. 2011: 94-120). Als besonders problematisch wurde in diesen Studien die Personalsituation insbesondere auf der Ebene der Landkreise betrachtet. Gut zehn Jahre danach stellt sich die Frage, wie die mit der Aufgabenwahrnehmung betrauten Verwaltungseinheiten personell ausgestattet sind, wie sie in der Lage sind, die Aufgaben fachgerecht und effektiv zu bearbeiten und welche Verbesserungspotentiale identifiziert werden können.

Ziel der Studie ist es, eine empirisch valide Situationsanalyse der Vollzugsqualität im Bereich der klassischen Umweltverwaltung. Hierzu soll die Personalsituation der Umweltverwaltung in Baden-Württemberg mit derjenigen in drei weiteren Flächenländern (Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) verglichen werden und parallel dazu eine Erhebung der konkreten Aufgabenerfüllung und Leistungsfähigkeit in den Bereichen der Gewerbeaufsicht (inkl. Immissionsschutz, technischer Arbeitsschutz, Wasserwirtschaft, Abfallrecht, Boden und Altlasten) und des Gewässerschutzes auf Ebene der Regierungspräsi-

dien und Landkreise erfolgen. Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse sollen schließlich in einem dritten Schritt konkrete Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Umweltverwaltung erarbeitet werden.

3.3.2 Abgeschlossene Projekte

10. **Wieland/Braun Binder: Neue rechtliche Rahmenbedingungen (Teilprojekt des Kooperationsprojekts „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren“)**

Laufzeit: 1.5.2012 bis 30.4.2015

Finanzierung: Leibniz-Gemeinschaft

Vom 1. Mai 2012 bis 30. April 2015 wurde das Projekt „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren“ durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte durch die Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des mit dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Pakts für Forschung und Innovation (Pakt II). Als Institute der Leibniz-Gemeinschaft waren das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) beteiligt. Weitere Kooperationspartner waren im Inland das Max-Planck-Institut (MPI) für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München und im Ausland das Oxford University Centre for Business Taxation. Die Gesamtkoordination oblag dem ZEW-Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“. Als übergreifendes Erkenntnisziel verfolgte das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt, einen grundlegenden Beitrag für eine integrierte Theorie und Empirie der europäischen Steuerharmonisierung im neuen institutionellen Umfeld zu erarbeiten. Als Teilprojekt wurde am FÖV im Zeitraum vom 1. Mai 2012 bis 30. April 2015 das Thema „Neue rechtliche Rahmenbedingungen“ bearbeitet.

Vorträge 2015

Braun Binder, Nadja, Rechtsakte der EU-Kommission im Bereich der direkten Steuern, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), PAKT-Workshops, Mannheim, 11.03.2015.

11. König/Luig: Die neue strategische Situation nach Lissabon (Teilprojekt des Kooperationsprojekts „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren“)

Laufzeit: 1.5.2012 bis 30.4.2015

Finanzierung: Leibniz-Gemeinschaft

Dieses Projekt befasste sich mit den Auswirkungen des Reformvertrages von Lissabon und der Staatsschuldenkrise im Euroraum auf die EU-Steuerpolitik. Eine quantitative Auswertung der Merkmale des gesamten Prozesses der EU-Steuerpolitik verlangte bis 2015 eine vollständige Text- und Datenextraktion von Kommissionsdokumenten, Gesetzgebungsverläufen, Rechtsakten sowie Umsetzungsmaßnahmen. Weiterhin erforderte eine Abschätzung des politischen Gestaltungsspielraums eine Bestimmung der politikbereichsspezifischen Akteurskonfigurationen und die Erfassung der institutionellen Rahmenbedingungen. Schließlich wurde eine zeitliche Trennung der Aktivitäten vor und nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon bzw. vor und nach dem Beginn der Staatsschuldenkrise vorgenommen.

Den Untersuchungsergebnissen zufolge besitzen Rechtsakte des Rates im Bereich der direkten Steuern auch nach der Zäsur von 2009 lediglich eine marginale Bedeutung. Angesichts erfolgloser Kommissionsvorschläge wird deutlich, dass die ausbleibende Dynamik insbesondere mit der Interessenvielfalt im Rat zusammenhängt. Eine Themenverknüpfung hat nach dem Vertrag von Lissabon bislang ebenso wenig stattgefunden wie ein Durchbruch aufgrund der Euro-Rettungspolitik. Dafür scheint die Kommission ausgehend von ihren Kompetenzen in der Wettbewerbspolitik verstärkt indirekten Einfluss auszuüben. Veränderungen in den Politikphasen der nationalen Transposition und Rechtsdurchsetzung sind Gegenstand zusätzlicher Publikationsvorhaben.

Veröffentlichung und Vorträge 2015

Junge, Dirk/König, Thomas/Luig, Bernd, Legislative Gridlock and Bureaucratic Politics in the European Union, in: *British Journal of Political Science (BJPoS)*, Bd. 45 (2015), S. 777–797; *König, Thomas/Köhler, Sebastian*, Fiscal Governance in the Eurozone: How Effectively Does the Stability and Growth Pact Limit Governmental

Debt in the Euro Countries?, in: Political Science Research and Methods (PSRM), Bd. 3 (2015), S. 329–351.

König, Thomas/Luig, Bernd, European Integration and Legislative Patterns of Democracy, European Political Science Association (EPSA), 5th Annual General Conference, Vienna (Austria), 27.06.2015; *König, Thomas/Luig, Bernd*, European Integration and Legislative Patterns of Democracy, American Political Science Association (APSA), 111th Annual Meeting, San Francisco (USA), 03.09.2015; *König, Thomas/Luig, Bernd/Wittwer, Milena*, The Internationalization of Parliamentary Democracies: How the Implementation of EU Acts Changes the Power Relationship in Coalition Governments, Workshop „Theoretical and Empirical Advances in International Political Economy“/SFB 884, Mannheim, 10.02.2015; *Luig, Bernd*, Vorschläge und Ergebnisse in der EU-Steuerpolitik: Eine Analyse des Gesetzgebungsprozesses, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Workshop „Steuerpolitik in der EU“, Mannheim, 11.03.2015.

3.4 Projektverbünde

Seit der Reform der Institutsforschung, die aufgrund der Änderung des Landesgesetzes über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 27. November 2015 (GVBl. 2015, S. 417) Ende des Jahres 2015 vorgenommen wurde, vollzieht sich die Forschung des FÖV nicht mehr im Rahmen der Projektverbünde, sondern im Rahmen der Programmbereiche. Die früheren Projektverbünde werden gemeinsam mit ihren Projekten nachfolgend dargestellt, sofern diese Projekte nicht in einem der Programmbereiche dargestellt werden (dann finden Sie sich dort).

1. Projektverbund „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“

Laufzeit: 1.11.2010 – 30.9.2016

Leistungsmessung, Leistungsvergleich und Benchmarking sind im internationalen Kontext zu einem vorrangigen Tagesordnungspunkt bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors geworden. Es kann mit hin von einem europäischen, wenn nicht globalen Trend des Performance Measurement ausgegangen werden, der sich weiter verstärken wird und bei dem Leistungsvergleiche und Benchmarking eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Im nationalen Kontext kommt der Grundgesetzänderung im Rahmen der Föderalismusreform II des Jahres 2009 besondere Bedeutung zu, mit der Leistungsvergleiche erstmals einen verfassungsrechtlichen Status erhalten haben.

Es gibt bislang keine Studien, die sich aus interdisziplinärer Perspektive mit der Systematisierung, international und intra-föderal vergleichenden Analyse sowie Wirkungsabschätzung von Leistungsvergleichen befassen haben. Vor diesem Hintergrund befasst sich der Projektverbund aus Sicht unterschiedlicher verwaltungswissenschaftlich orientierter Teildisziplinen und durch deren Integration mit den rechtlich-normativen Grundlagen, institutionellen Varianten, instrumentellen Methoden, Anwendungsformen und Auswirkungen von Leistungsvergleich und Benchmarking im nationalen sowie internationalen Kontext.

Der Projektverbund setzte sich aus den vier Teildisziplinen Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie zusammen.

Ziel des Verbunds war es einerseits, fördernde und hemmende Faktoren von Leistungsvergleichen und Benchmarking zu identifizieren. Dabei wurden sowohl rechtlich-normative als auch politisch-institutionelle, organisationsstrukturelle und nicht zuletzt ökonomisch-fiskalische Aspekte berücksichtigt. Des Weiteren strebte der Verbund an, die (methodische) Qualität verschiedener Typen, Verfahren und Instrumente von Performanzmessung und -vergleich zu untersuchen. Darüber hinaus sollten die Projektergebnisse Aufschluss über Nutzungsformen und Nutzungsbedingungen von Vergleichsinformationen in Politik und Verwaltung geben. Ein wichtiger evaluativer Beitrag des Verbunds wurde zudem darin gesehen, empirische Evidenz über Ergebnisse, Effekte und weiterreichende Auswirkungen dieses Reformansatzes zu schaffen und die Frage zu beantworten, ob und wie in öffentlichen Organisationen aus Leistungsinformationen produktiv oder aber pathologisch (z. B. im Sinne eines „teaching to the test“) gelernt wird.

Im Projektverbund „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“ wurden folgende Projekte bearbeitet:

- *Kuhlmann/Jäkel*: „Benchmarking in der öffentlichen Verwaltung: ein europäischer Ländervergleich“; Laufzeit: 1.11.2010 bis 31.12.2014
- *Wieland/Hammer*: „Rechtliche Normierung und Regulierung von Leistungsvergleichen im Bundesstaat“; Laufzeit: 1.1.2011 bis 31.12.2014

Im Projektverbund verblieben ist folgendes Projekt:

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber (Sprecherin)	E-Mail: faerber@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-363
	Dipl.-Volkswirt Dirk Zeitz (Koordinator)	E-Mail: zeitz@foev-speyer.de Tel.: 654-301

1/1. Färber/Zeitz: „Benchmarking als Instrument besserer Rechtsetzung im föderalen Mehrebenenstaat“, Teilprojekt 3 des Projektverbundes „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“

Laufzeit: 6.11.2012 bis 30.9.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Projekt untersucht den Einsatz des Benchmarking-Instruments für eine bessere Rechtsetzung im deutschen Exekutivföderalismus. Bislang verabschiedete der Bund Gesetze und Verordnungen, die von den Ländern in eigener Verantwortung vollzogen werden, ohne sich systematisch um die Effizienz und Effektivität seiner Regulierungen zu kümmern. Selbst bei Evaluationsstudien gab es nur selten Analysen über die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Vollzugslösungen, weil die Fiktion des einheitlichen Verwaltungsvollzuges gewahrt werden musste. Projekte der Geschäftsstelle Bürokratieabbau und des Nationalen Normenkontrollrates mit den Ländern und Kommunen zeigen indes, welche Differenzen hier vorliegen und in welchem Ausmaß knappe Ressourcen der Normadressaten ineffizient verwendet werden.

Das Projekt hat zum Ziel zu untersuchen, welche Unterschiede zwischen den Ländern beim Vollzug von Bundesrecht festzustellen sind, ob diese mit dem Instrumentarium des Standardkosten-Modells

sachgerecht quantifiziert werden können bzw. ob dieses weiterentwickelt werden muss und welche Auswirkungen ein Vollzugs-Benchmarking für Qualität und Effizienz des Gesetzesvollzugs auf Länderebene sowie für die Qualität der Gesetzgebung des Bundes haben würde/könnte.

Am Ende des Projektes sollen Vorschläge erarbeitet sein, wie in Ergänzung der Ex-ante-Gesetzesfolgenabschätzung ein Benchmarking für den Vollzug von Bundesrecht methodisch und institutionell gestaltet werden könnte.

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektsverbundes 2015

Färber, Gisela, Die Rolle des Nationalen Normenkontrollrats bei der Verbesserung der Rechtsetzung, in: Montoro Chiner, Maria Jesús/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Gute Rechtsetzung. La Buena Legislación, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 281, Speyer 2015, S. 87–104; *Zeitz, Dirk*, Der Antrag auf Wohngeld als Beispiel der Konsequenzen des Exekutivföderalismus auf den Erfüllungsaufwand, FÖV Discussion Papers 81, Deutsches Forschungsinstitut, Speyer, 2015.

Färber, Gisela, Moderation der Podiumsdiskussion "Bessere Rechtsetzung und Politik – Entscheidungshilfe oder –hindernis?", Jahrestagung der Gesellschaft für Programmforschung, Berlin, 02.07.2015; *Zeitz, Dirk*, Regulatory impact assessment in Germany as tool to increase citizens' trust? Strengths and weaknesses, IIAS Congress 2015, ST1: Citizens/Customers' Trust in Government, Public Administration and Public Sector at all levels of governance, Rio de Janeiro (Brazil), 23.06.2015.

2. Projektverbund „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.1.2013 – 30.6.2016

Der Projektverbund „Public Private Partnership“ näherte sich dem Thema mit einem interdisziplinären und methodisch komplementären Ansatz, besteht doch ein erheblicher Nachholbedarf in Hinblick auf Verständnis und Erklärung von PPP sowie der konkreten Bedingungen, unter denen PPP Effizienzgewinne oder Effizienzverluste – im engeren projektbezogenen wie im weiteren, auf ein organisationales Lernen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen abhebenden Sinne – erwarten lassen. Sowohl Fragen der institutionellen Governance der PPP-Einheiten als auch bezüglich der nachgeschalteten Organisationen sowie deren Mitglieder sind hier betroffen.

Ein weiterer Ansatzpunkt war das Problem der systematischen Beurteilung der Vorteilhaftigkeit einer PPP gegenüber einer Bereitstellung durch den öffentlichen Sektor sowie die zentrale Frage, in welcher Weise die mit PPPs gemachten Erfahrungen von den kommunalen und staatlichen (Kern-)Verwaltungen verarbeitet und in Regelkreisläufe eingespeist werden.

Die die Disziplinen integrierende Kernfrage war der Umgang der Verwaltung mit dem Instrument Public-Private Partnership: sowohl *ex ante* mit Blick auf die Entscheidung zugunsten einer PPP (Voraussetzungen; Einbettung in die Gesamtstrategie; wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit) sowie die konkrete Auswahl eines aus Verwaltungssicht geeigneten Vertragsmodells (PPP-Typ mit Blick auf Risikoteilung und anfallende Transaktionskosten; Ausschreibungsmodi) als auch *ex post* im laufenden „PPP-Betrieb“ (Kontrolle; Verlängerung, Nachverhandlungen und Wiederausschreibung; Auswirkung auf die Verwaltungskompetenz und die Bewertung des Aufgabenbestands).

Ein weiteres erklärtes Ziel des Verbunds war es, die *ex ante* und *ex post* bestehenden Risiken und (institutionellen) Voraussetzungen aufzudecken und mit Blick auf das entsprechende Verwaltungshandeln zu analysieren.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr (Sprecher)	E-Mail: knorr@foev-speyer.de mailto:faerber@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-157
	Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlkamp	E-Mail: muehlenkamp@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-329
	Prof. Dr. Rahel Schomaker (Koordinatorin)	E-Mail: schomaker@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-431
	Jonas Werner, M.Sc.	E-Mail: werner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-288

2/1. Mühlenkamp/Werner: „Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Public Private Partnerships“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.7.2013 bis 30.6.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Entscheidungen zugunsten von PPP-Projekten werden regelmäßig mit der überlegenen Wirtschaftlichkeit von PPP im Vergleich zur konventionellen Beschaffung begründet. Der Wirtschaftlichkeitsvergleich der beiden Beschaffungsvarianten erfolgt mit Hilfe von prognostischen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen.

Allerdings existiert für Deutschland kein belastbarer empirischer Befund zu tatsächlichen Effizienzvorteilen von PPP. Es existieren vielmehr klare Hinweise dafür, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für den sog. Wirtschaftlichkeitsnachweis von PPP häufig mit methodischen Mängeln behaftet sind und nicht selten zur unsachgemäßen Bevorzugung von PPP führen.

Der Fokus dieses Teilprojekts ist die ökonomische Analyse der Wirtschaftlichkeit von vertraglichen PPP. Ein erster Ansatzpunkt ist angesichts des unzureichenden empirischen Befundes eine systematische Aufarbeitung internationaler und nationaler Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeit von PPP. Verbunden damit ist eine Analyse der Praxis von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei PPP.

Aufbauend auf festgestellten Defiziten sollen dann Verbesserungsvorschläge zum Ablauf und zur Methodik von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen entwickelt werden. Ein letztes Ziel ist die Erarbeitung von Empfehlungen zur Vermeidung von haushaltsrechtlichen und finanzstatistischen Fehlanreizen unter Berücksichtigung gewonnener Erkenntnisse über die derzeitige Praxis.

*Abgeschlossene Projekte***2/2. Knorr/Schomaker: „Transaktionskosten und Risikoverteilung im Rahmen von Public Private Partnerships“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“**

Laufzeit: 1.1.2013 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Teilprojekt „Transaktionskosten und Risikoverteilung im Rahmen von Public Private Partnerships“ widmete sich der Frage nach Rolle und Relevanz von Transaktionskosten und Aspekten der Risikoteilung in PPPs aus verschiedenen Blickwinkeln. Transaktionskosten sind oftmals nur schwerlich und ex post zu quantifizieren und somit kaum entscheidungsrelevant bei der Entscheidung für oder gegen die Implementierung von PPPs, obgleich sie aufgrund ihrer Zusammensetzung und Auftretenswahrscheinlichkeit durchaus gewissen Regelmäßigkeiten unterliegen und damit durchaus über eine diskretionäre Einzelfallbetrachtung hinaus nicht nur Gegenstand wissenschaftlicher Analyse, sondern auch konkreter Optimierung sein können. Auch die effiziente Teilung von Risiken zwischen privaten und öffentlichen Akteuren ist aus ökonomischer Sicht sowohl für das Verständnis der Effizienz des gesamten PPP-Projektes als auch mit Blick auf Absicherungsmechanismen relevant. Einerseits wurde die Rolle dieser Aspekte ex ante für das Zustandekommen von PPPs analysiert, andererseits wurde mit Blick auf die ex post festzustellende Effizienz von PPPs untersucht, wie an dieser Stelle Optimierung stattfinden kann. Auch wurden im Projektrahmen sich hieraus konkret ergebende Handlungsempfehlungen einerseits für die Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, andererseits für den Prozess der Vertragsgestaltung erarbeitet.

2/3. Ziekow/C. Bauer: „Public Private Partnerships als strategische Option der öffentlichen Verwaltung“, Teilprojekt 3 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.3.2014 bis 28.2.2017
 Das Projekt wird nach dem 1.6.2015 aufgrund der Neuausrichtung der Forschungsschwerpunkte des FÖV nicht mehr weitergeführt.

Finanzierung: FÖV

Die Ausgangshypothese des Projekts war, dass es bislang kaum gelungen ist, die Wahrnehmung von PPPs als strategische Option in der öffentlichen Verwaltung zu verankern. Die Prüfung von PPPs als Alternative zu herkömmlichen Beschaffungsansätzen ist vermutlich ganz überwiegend mit Blick auf haushalterische Überlegungen in Entscheidungsstrukturen und -verfahren der Verwaltung eingebettet. Daraus ergibt sich die weitere Hypothese, dass Prozesse des Lernens der Verwaltung aus der Kooperation mit privatwirtschaftlicher Handlungsrationalität und im Vergleich mit dieser nur unzureichend ausgebildet sind. Vor diesem Hintergrund war es Ziel des Projekts, evaluierend zu untersuchen, wie die unterschiedlichen Verwaltungsorganisationen von Kommunen, Ländern und Bund auf die Herausforderungen von PPPs reagieren und inwieweit die Ausgangshypothesen auf sie zutreffen. Folgende Untersuchungsfragen standen hierbei im Mittelpunkt:

1. Sind Public Private Partnerships und wenn ja in welcher Weise in eine aufgabenbezogene Gesamtstrategie der öffentlichen Verwaltung eingebettet? Wenn nein: Welche Motive haben zur Eingehung von PPPs geführt?
2. In welcher Weise werden PPPs in aufgabenkritischen Bewertungen als Handlungsoption berücksichtigt?
3. Ist ein Vergleich mit anderen strategischen Handlungsoptionen, z. B. der Eingehung öffentlich-öffentlicher Kooperationen oder der Modernisierung der die betreffende Aufgabe erfüllenden Einheit der öffentlichen Verwaltung, vorgenommen worden? Wer war der „Treiber“: die „Politik“ oder die „Verwaltung“?
4. Haben die Erfahrungen von öffentlicher Hand und Privaten in PPPs tatsächlich zur Zusammenführung von unterschiedlichen Logiken in Netzwerkstrukturen geführt (Hofmeister/Borchert 2004: 224)?

5. Welche Auswirkungen haben die institutionellen Rahmenbedingungen auf das Akteursverhalten innerhalb von PPPs?
6. Führen PPPs zu einem Kompetenzaufbau oder zu einem Kompetenzverlust der Kernverwaltung?
7. Sind Konsequenzen aus der Durchführung von PPPs für Aufbauorganisation, Personalbestand und -qualifizierung sowie Geschäftsprozesse der Verwaltungen feststellbar?
8. In welcher Weise werden die aus PPPs gewonnenen Erfahrungen von Politik und Verwaltung reflektiert und in Lernprozesse überführt?
9. Welche Rahmenbedingungen beeinflussen das Nachsteuern und das Lernen?

Veröffentlichung des Projektverbundes 2015

Bauer, Christian/Knorr, Andreas/Mühlenkamp, Holger/Schomaker, Rahel/Werner, Jonas/Zielkow, Jan, Was Sie schon immer über Public Private Partnerships wissen wollten, in: Der moderne Staat (dms), Bd. 8 (2015), S. 221–234.

3. **Projektverbund „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert“**

Laufzeit: 1.4.2013 – 30.6.2016

Das Internet hat in Gestalt des Web 2.0 und durch die Entwicklung sozialer Medien weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft und der öffentlichen wie privaten Kommunikation hervorgerufen. Diese Veränderungskraft machen auch vor dem Staat nicht halt. Er reagiert mit der Entwicklung kollaborativer Governance-Strukturen und partizipativer Verwaltungsprozesse in Gestalt von E-Government-Diensten, Open Data und digitaler Bürgerbeteiligung.

Wissenschaft und Forschung ist es bislang nur punktuell gelungen, mit diesem internet- und digitalisierungsgetriebenen staatlichen Wandlungsprozess Schritt zu halten. Das zeigt sich im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an der geringen Anzahl von empirisch validierten Erklärungsmodellen zu Wirkungsbeziehungen in Web 2.0- und E-Government-Diensten. In der Rechtswissenschaft fehlt es – abgesehen von einzelnen Aufsätzen – an einer intensiveren Auseinandersetzung mit öffentlich-rechtlich betriebenen Bewertungsportalen sowie an einer rechtswissenschaftlichen Begleitung des kommunalen E-Governments und der kommunalen E-Partizipation. Ebenso befindet sich die verwaltungswissenschaftliche Forschung zu dem sich wandelnden Staatsverständnis und der dadurch veränderten Bürgerrolle noch in den Anfängen. Zuvorderst fehlt es aber bislang an einem gesamtheitlichen Herangehen, das die konzeptionellen Vorstellungen der verschiedenen Disziplinen und die bereits wissenschaftlich evaluierten Praxiserfahrungen in einem interdisziplinären Forschungsansatz zusammenführt.

Einen solchen Ansatz verfolgte der interdisziplinäre Forschungsverbund »Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert«. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die fördernden und hemmenden Faktoren von kollaborativen E-Governance-Strukturen und -prozessen im Web 2.0 zu identifizieren und die Voraussetzungen für effektive und effiziente E-Government-Services, und E-Interaktionsformen sowie deren Regelungen übergreifend zu untersuchen. Ihm ging es dabei um die evaluative Begleitung der Chancen, Risiken und Auswirkungen der neuartigen staatlichen Verwaltungstätigkeit mittels empirischer Methoden und normativer Ansätze.

Ausgehend von diesem Ziel hatte der Projektverbund damit begonnen, die wirtschaftswissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und verwaltungswissenschaftlichen Zugänge im Wege der Verbundforschung miteinander zu verschmelzen. Bürgerorientierte Web 2.0-Dienste, staatliches Informationshandeln im Web 2.0, die Gestaltung der (neuen) Möglichkeiten des Staates zur Interaktion mit dem Bürger, deren Erwartungshaltungen und die mehrwertschaffende Organisation kollaborativer Aktivitäten im E-Government standen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Die involvierten Wissenschaftler Professor Dr. *Hermann Hill*, Professor Dr. *Mario Martini*, Professor Dr. *Michèle Morner* und Professor Dr. *Bernd Wirtz* wählten in dem Verbund einen akteursbezogenen Ansatz, der zwischen E-Government-Anbietern und -nachfragern sowie den verschiedenen Interaktionsformen differenzierte. Der Mehrwert dieser interdisziplinären Herangehensweise gegenüber nicht verknüpften Forschungsdisziplinen liegt darin, Möglichkeiten der wechselseitigen Ergänzung und Befruchtung der Einzeldisziplinen zur Gestaltung von Web 2.0-Services aufzuzeigen. Denn ökonomische Handlungs(ir)rationalitäten beeinflussen die rechtliche Rechtfertigung und verwaltungswissenschaftliche Analyse von staatlichen Handlungen einerseits und die Erwartungen der Nutzer andererseits. Umgekehrt steuern rechtliche Rahmenbedingungen und verwaltungswissenschaftliche Zielsetzungen die Eckdaten der Akzeptanz von Web 2.0-Angeboten des Staates. Diese hängen wiederum von den organisatorischen Rahmenbedingungen für Kooperationsbereitschaft und der intrinsischen Motivation der Akteure ab. Der Verbund befreite die Betrachtungen von ihren disziplinären Verengungen. Dadurch entstanden Synergieeffekte für die Analyse von staatlichen Web 2.0-Angeboten, die bisher noch nicht erschlossen wurden.

Der Verbund befasste sich insbesondere mit den Kernfragen,







- welche neuen Handlungs- und Governanceformen staatlicher Verwaltungstätigkeit im E-Government zu identifizieren sind, die das Wissen und die Erwartungen der Nutzer einbeziehen,
- wie diese Handlungs- und Governanceformen durch Web 2.0-Angebote abgebildet und mehrwertschaffend gestaltet und
- in welchen Schritten entsprechende Web 2.0-Angebote implementiert werden können,
- welche Kriterien für eine praxisorientierte Nutzung bestehen,

- was zugunsten einer gemeinwohlorientierten Gestaltung zu berücksichtigen ist,
- welche rechtlichen, organisatorischen und technischen Hürden dabei bestehen und
- wie diese Aspekte in einer sachgerechten Operationalisierung und Implementierung zusammengeführt werden können.

Die Antworten hierauf bildeten die erforderliche Wissensgrundlage, um die übergreifenden Fragen zu beantworten, wie

- a) effektive und effiziente Gov 2.0-Angebote,
- b) effektive und effiziente rechtliche Regelungen,
- c) die neue Rolle des Staates und deren verwaltungspraktischen Umsetzung und
- d) eine effektive und effiziente konsensuale Steuerung sowie dezentrale Organisationsformen

im Rahmen einer Collaborative Governance ausgestaltet sein sollten.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Mario Martini (Sprecher)	E-Mail: martini@foev-speyer.de mailto:faerber@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-403
	Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill	E-Mail: hill@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-328
	Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner	E-Mail: morner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-329
	Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz	E-Mail: wirtz@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-296
	Benjamin Kühl, Ref. Iur.	E-Mail: kuehl@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-336
	Manuel Misgeld, Mag. rer. soc. oec.	E-Mail: misgeld@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-437
	Markus Wojtczak, M.A.	E-Mail: wojtczak@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-437

3/1. Wirtz/Göttel/Thomas/Langer: „Bürgerorientierte Web 2.0-Services“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 21.6.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Die Bereitstellung innovativer Web 2.0-Services durch Regierung und Verwaltung hat in letzter Zeit in Forschung und Praxis eine überragende Wichtigkeit erhalten. Bislang sind innerhalb der Forschung jedoch nur wenige komplex-empirische Arbeiten, die sich mit der Thematik befassen, verfügbar. Auch im internationalen Vergleich ist hierzu noch ein erheblicher Forschungsbedarf vorhanden. Daher befasst sich das Forschungsprojekt »Bürgerorientierte Web 2.0-Services« in diesem Kontext mit dem Nutzungsverhalten der Bürger hinsichtlich innovativer Web 2.0-Services im E-Government. In diesem Rahmen werden die Wirkungsbeziehungen einzelner Gov 2.0-Angebote bezüglich der Nutzerwahrnehmung, der Nutzerbedürfnisse sowie des Nutzerverhaltens analysiert. Der Erfolg innovativer Web 2.0-Services hängt dabei maßgeblich von den Nutzungsverhaltensweisen, von der wahrgenommenen Qualität aus Nutzerperspektive und von der Serviceakzeptanz ab. In diesem Zusammenhang stellt die Akzeptanz eine notwendige Bedingung dar, da sie gemäß der Unified Theory of Acceptance and Use of Technology die grundlegenden Einflussfaktoren der Nutzungsintention determiniert. Als hinreichende Bedingung werden in diesem Kontext die Erfolgsfaktoren der Gov 2.0-Angebote angeführt, die innerhalb des Forschungsprojektes identifiziert werden sollen. Schließlich werden die identifizierten Erfolgsfaktoren im Rahmen einer komplex-empirischen Analyse im Wirkungsgefüge der Akzeptanz innerhalb eines Strukturgleichungsmodells untersucht.

3/2. Morner/Misgeld/Wojtczak: „Public Value durch E-Governance: Die Organisation kollaborativer Aktivitäten im Staat“, Teilprojekt 4 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 30.6.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Teilprojekt untersucht, wie Staat und Bürger über internetbasierte soziale Medien so zusammenarbeiten können, dass ein öffentlicher Mehrwert entsteht. Hintergrund ist eine fortschreitende sozio-technische Entwicklung: Web 2.0-Anwendungen ermöglichen den Nutzern sich auszutauschen und interaktiv in einem wissensintensiven Entscheidungsprozess zusammenzuarbeiten (Kollaboration). Das Projekt zielt darauf, eine effektive und effiziente Steuerung (Governance) von kollaborativen Web 2.0 Anwendungen zu erarbeiten.

Insbesondere eine Selbststeuerung, das heißt eine dezentrale, wechselseitige Abstimmung der Beteiligten, kann einen positiven Beitrag leisten. Diese erlaubt, individuelle Vorbehalte zu überwinden, um gemeinsam komplexe Probleme handhaben zu können. Mit Regeln und Weisungen (verfahrens-) sowie ökonomischen Kennzahlen (ergebnis-basierter Steuerungsmechanismus) kann ein Steuerungsmix entstehen. Abhängig von motivationalen und kognitiven Voraussetzungen lassen sich damit kollaborative Aktivitäten effizient und effektiv gestalten.

Mit einem multivariaten, gemischt-methodischen Vorgehen lässt sich die Frage beantworten, ob die vermuteten Zusammenhänge in der Praxis existieren. Darauf aufbauend sind Handlungsempfehlungen für die Praxis abzuleiten.

Das Ergebnis bildet ein Modell kollaborativer E-Governance, welches zeigt, wie sich kollaborative Aktivitäten der Verwaltung unter der Nutzung von Web 2.0 so organisieren lassen, dass Public Value entsteht.

Abgeschlossenes Projekt

3/3. Martini/Fritzsche/Kühl: „Staatliches Informationshandeln im Web 2.0“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Forschungsprojekt »Staatliches Informationshandeln im Web 2.0« untersuchte den Rechtsrahmen neuartiger, partizipativ-kollaborativer Handlungsformen hoheitlicher Verwaltung im Web 2.0, namentlich von u.a. kommunalen Anliegenmanagement-Portalen, öffentlich-rechtlichen Bewertungsplattformen, digitalen Bürgerbefragungen und Online-Konsultationen u.a. (im Folgenden »Gov 2.0-Angebote«).

Während der ersten Projektphase stand zum einen die grundrechtsdogmatische Untersuchung Web 2.0-gestützter Typen staatlichen Informationshandelns wie Online-Informationsregister und staatlich betriebene oder geförderte Online-Bewertungsplattformen im Fokus. Zum anderen haben sich die Projektbearbeiter schwerpunktmäßig mit den datenschutz-, wettbewerbs- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen für die Integration privater Social-Media- und Geodatendiensten in behördliche Online-Angebote auseinandergesetzt. Die zweite Projektphase widmete sich insbesondere verfassungsrechtlichen, demokratietheoretischen und rechtlich-qualitativen Aspekten der Ausgestaltung von partizipativ-kollaborativer Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung. Dabei fanden angesichts der aktuellen Entwicklungen des Forschungsfeldes auch indirekte Formen der Bürgerpartizipation im Wege von Big Data- Techniken Berücksichtigung. In der Abschlussphase des Projekts werden insbesondere der interdisziplinäre Austausch mit den anderen Verbundprojekten bzw. die Verarbeitung der daraus hervorgehenden Erkenntnisse, sowie die Fertigstellung der begonnen Dissertationen im Mittelpunkt stehen.

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektverbundes 2015

Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29, Baden-Baden 2015; *Martini,*

Mario, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeitsschutz und das Datenschutzrecht (Langfassung), in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29, Baden-Baden 2015, S. 99–169; *Martini, Mario*, Die Bürger- bzw. Volksbefragung als Baustein der Demokratie, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Bd. 68 (2015), S. 981–992; *Martini, Mario*, E-Participation in Germany – New forms of Citizen Involvement between Vision and Reality, in: Fraenkel-Haeberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5, Leiden 2015, S. 121–160; *Martini, Mario*, Trauer 2.0 – Rechtsfragen digitaler Formen der Erinnerungskultur, in: Wirtschaft und Verwaltung (WiVerw) (2015), S. 35–44; *Martini, Mario*, Wie werden und wollen wir morgen leben? – Ein Blick in die Glaskugel der digitalen Zukunft, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29, Baden-Baden 2015, S. 9–56; *Martini, Mario/Fritzsche, Saskia*, Mitverantwortung in sozialen Netzwerken – Facebook-Fanpage-Betreiber in der datenschutzrechtlichen Grauzone, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), Bd. 34 (2015), S. 1–16; *Misgeld, Manuel*, Herausforderungen bei der Steuerung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Personal- und Führungsverhaltens, in: Verenkotte, Christoph/Beutel, Rainer Christian/Bönders, Thomas (Hrsg.), Change Management, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 39, Baden-Baden 2015, S. 55–70; *Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the Citizen back in: Motivational Aspects of Knowledge Sharing Through Web 2.0 Technologies in Public Administration, in: eJournal of eDemocracy and Open Government, Bd. 7 (2015), S. 29–44.

Martini, Mario, Wie neugierig darf der Staat sein?, Speyer@Berlin, Berlin, 18.02.2015; *Martini, Mario*, Social-Media-Monitoring öffentlicher Stellen – Chancen und Grenzen, Dt.-Jap. Symposium, Speyer, 26.02.2015; *Martini, Mario*, Die IMK als Gegenstand des Informationsrechts, Arbeitskreis I der Innenministerkonferenz, Mainz, 20.04.2015; *Martini, Mario*, Informationsansprüche von Journalisten gegenüber Behörden – Anspruchsgrundlagen und ihre Grenzen, Netzwerk Recherche e. V., Dortmund, 23.10.2015; *Misgeld, Manuel/Morner, Michèle*, Framing effects in (meta-)governing networks: Dealing with complexity and ambiguity via self-organization, International Research Society for Public Management, XIX IRSPM Conference, Birmingham (United Kingdom), 30.03-1.04.2015; *Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the Citizen back in: Motivational aspects of knowledge sharing through Web 2.0 technologies in public administration, International Conference for E-Democracy and Open Government 2015 (CeDEM), Krems (Österreich), 20.-22.05.2015.

4. **Projektverbund „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“**

Laufzeit: seit 1.10.2013








Die „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ äußert sich in einer Vielzahl von Phänomenen. Ihnen ist gemeinsam, dass die Wahrnehmung oder Steuerung exekutiver Aufgaben durch überstaatliche Ebenen oder in transnationaler Zusammenarbeit erfolgen. Die Denationalisierung erfasst somit die vielfach beschriebenen Erscheinungsformen einer Europäisierung der öffentlichen Verwaltungen und ihrer Rechtsgrundlagen ebenso wie die die nationalen Verwaltungen verändernden Vorgaben aus der Sphäre des Völkerrechts und anderer Formen der internationalen Koordinierung jenseits der Europäischen Union und des Europarats.

Sowohl in der Politik- und Verwaltungswissenschaft als auch in der Rechtswissenschaft sind die Untersuchungen, die sich mit Europäisierungsphänomenen auseinandersetzen, mittlerweile Legion. Dennoch fehlt es bislang an einer vertieften ebenen- und staatenübergreifenden Analyse der Voraussetzungen, Instrumente und Verfahren, die eine wirksame Implementierung des überstaatlichen Rechts ermöglichen sollen. Ziel des Projektverbundes ist es, aufbauend auf den vorhandenen Erkenntnissen zu Wirkungsweise, Eigenheiten und Veränderungen innerhalb der europäischen Verwaltungsarchitektur die institutionellen und prozeduralen Implementierungsvoraussetzungen zu untersuchen. Dies schließt ebenenspezifische und ebenenübergreifende Analysen ebenso ein wie vergleichende Untersuchungen. In der Zusammenschau will der Projektverbund neben der Offenlegung interdependenter Entwicklungstendenzen strukturelle Defizite bei der Implementierung überstaatlicher Vorgaben und zwischenstaatlicher Koordination identifizieren, um gegebenenfalls auch präskriptive Aussagen treffen zu können.

In zunächst vier Teilprojekten wurden die Implementierung unionaler und anderer überstaatlicher Vorgaben unter Aspekten der implementationsrelevanten Reaktionsmuster und Anpassungsstrategien der europäischen Staaten im Vergleich (national vergleichende Perspektive), der Leistungs- und Anschlussfähigkeit der Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung (unionale Perspektive), der vertikalen Kooperation bei der Implementierung des Unionsrechts und der Unionspolitiken (ebenenverbindende unionale Perspektive), sowie die Im-

plementierung internationaler Verpflichtungen durch gemischte Foren im Außenverhältnis (ebenenverbindende internationale Perspektive) betrachtet.

Der Projektverbund stellt einen thematischen Vorläufer zu dem Programmbereich „Der Europäische Verwaltungsraum“. In diesen sind auch die thematisch einschlägigen, noch nicht beendeten Projekte überführt worden. Nur auf ein Projekt (4.1) trifft dieses nicht zu, es wird daher noch im Rahmen des Projektverbunds „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ bearbeitet.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann (Sprecher)	E-Mail: sommermann@foev-speyer.de mailto:faerber@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-344
	Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer	E-Mail: michael.bauer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-326
	Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens	E-Mail: stelkens@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-365
	Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weiß	E-Mail: weiss@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-283
	Assessor Maximilian Demper	E-Mail: demper@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-429
	Privatdozentin Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle (Koordinatorin)	E-Mail fraenkel-haeberle@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-384
	Dr. Emmanuelle Mathieu	E-Mail mathieu@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-170

4/1. Bauer/Mathieu: "Opposition in the EU implementation process: Determinants of national actions for annulment against the European Commission" (Widerstand im EU-Implementationsprozess: Determinanten nationalen Klageverhaltens bei Annullierungsverfahren gegen die Europäische Kommission) Teilprojekt 3 des Projektverbunds Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung

Laufzeit: 1.6.2014 bis 31.5.2017

Finanzierung: FÖV

Over time, the Member States have entrusted the EU Commission with an increasingly important role in the implementation of EU policies. The most central instrument available to the Member States for controlling the Commission is the annulment procedure that allows governments to challenge a decision of the Commission before the ECJ. Besides, annulment actions are an interesting indicator of conflict within the EU multi-level administrative structure. In spite of this, annulment litigation has remained largely ignored by researchers of the EU administrative and judicial systems.

Why do Member States initiate annulment actions? What is the role of institutional, political, and economic factors on governments' decisions to litigate against the Commission? To gain a better understanding of annulment litigation, this project aims at elucidating the reasons behind the variation between Member States with regards to their propensity to initiate actions for annulment.

Drawing into the literature on litigation politics and compliance and implementation in the EU, and based on process tracing of carefully selected case studies, this project will shed light on the under-researched issue of annulment procedures, by unveiling the determinants of conflict in multi-level administrative systems and studying how claims before the ECJ are used by the Member States to promote their interests, this work aims at contributing to the research on multi-level implementation and litigation politics.

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektverbundes 2015

Auby, Jean-Bernard/Craig, Paul/Curtin, Deidre/Della Cananea, Giacinto/Galetta, Diana-Urania/Hofmann, Herwig C./Mendes, Joana/Mir, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques (Hrsg.), ReNEUAL-Musterentwurf für ein EU-Verwaltungsverfahrenrecht,

München 2015; *Fraenkel-Haeberle, Cristina*, La mediazione in Germania tra diritto amministrativo e new public management, in: Falcon, Giandomenico/Marchetti, Barbara (Hrsg.), *Verso nuovi rimedi amministrativi? Modelli giustiziali a confronto*, Bd. 13, Napoli 2015, S. 209–226; *Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Participatory Democracy and the global approach in environmental legislation, in: Lohse, Eva Julia/Poto, Margherita (Hrsg.), *Participatory Rights in the Environmental Decision-Making Process and the Implementation of the Aarhus Convention: a Comparative Perspective*, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 205, Berlin 2015, S. 33–44; *Sommermann, Karl-Peter*, Gemeineuropäische Verwaltungskultur als Gelingensbedingung europäischer Integration?, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 68 (2015), S. 449–455; *Sommermann, Karl-Peter*, Von der Europäisierung des Verwaltungsrechts zur Europäisierung der Verwaltungskultur, in: Beck, Joachim/Larat, Fabrice (Hrsg.), *Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Bestandsaufnahme und Perspektiven = Les cultures administratives transnationales en Europe : état des lieux et perspectives*, Schriften zur Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bd. 10, Zürich/Baden-Baden 2015, S. 253–267; *Stelkens, Ulrich*, Book Review, Söhne, Miriam, *Die Rechtshilfe in der Europäischen Union - eine kritische Bestandsaufnahme am Beispiel der Verwaltungssachen. Grundlagen und Stellenwert der Rechtshilfe vor dem Hintergrund fortschreitender Europäischer Integration*, in: *Common Market Law Review*, Bd. 52 (2015), S. 610–612; *Stelkens, Ulrich*, Développement du droit administratif à travers le Conseil de l'Europe dans les pays en transformation de l'Europe de l'Est: Expériences utiles pour le développement du droit administratif dans les États du Maghreb?, in: *Revue des Études politiques et Sociales* (2015), S. 99–111; *Stelkens, Ulrich*, Rezension zu Nöhmer, Sabrina, *Das Recht auf Anhörung im europäischen Verwaltungsverfahren*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts (AöR)*, Bd. 140 (2015), S. 158–161; *Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael*, Buch IV – Verträge, in: Auby, Jean-Bernard/Craig, Paul/Curtin, Deidre/Della Cananea, Giacinto/Galetta, Diana-Urania/Hofmann, Herwig C./Mendes, Joana/Mir, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques (Hrsg.), *ReNEUAL-Musterentwurf für ein EU-Verwaltungsverfahren*, München 2015, S. 99–140; *Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael*, The recognition of foreign administrative acts – a German perspective, in: Rodríguez-Arana Muñoz, Jaime (Hrsg.), *Recognition of foreign administrative acts, Ius Comparatum - Global Studies in Comparative Law*, Vol. 10, Heidelberg 2015, S. 130–170; *Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael/Auby, Jean-Bernard/Schröder, Hanna/Ziller, Jacques*, Księga IV- Umowyin, in: Wierzbowski, Marek/Schneider, Jens-Peter/Ziller, Jacques/Hofmann, Herwig C. (Hrsg.), *ReNEUAL. Model kodeksu postępowania administracyjnego Unii Europejskiej*, Warszawa 2015, S. 143–174; *Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael/Auby, Jean-Bernard/Schröder, Hanna/Ziller, Jacques*, Libro IV- Contratos, in: Mir Puigpelat, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Hofmann, Herwig C./Ziller, Jacques (Hrsg.), *Código ReNEUAL de procedimiento administrativo de la Unión Europea*, Madrid 2015, S. 209–264; *Weiß, Wolfgang*, Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, S. 263–268; *Weiß, Wolfgang*, Solidarität und Loyalität in der Europäischen Verwaltung, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht (ZÖR)*, Bd. 69 (2015), S. 403–432.

Mirschberger, Michael, A coherent EU law on administrative procedure? - Possibilities, Chances and First Approach, National University of Public Service Hungary, Budapest (Hungary), 12.06.2015; *Stelkens, Ulrich*, Vertragsverfahren, Bundesverwaltungsgericht, ReNEUAL Tagung, Leipzig, 6.11.2015.

4. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zählt seit jeher zu den zentralen Aufgaben des Forschungsinstituts. Deshalb wird jeder Forschungsreferentin bzw. jedem Forschungsreferenten neben der Projektarbeit die Möglichkeit einer Promotion angeboten, von der die Mehrheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gebrauch macht.

Letzte Dissertationen:

- *Yvonne Schmid*, Die elterliche Einwilligung in eine Zirkumzision – eine unzulässige Beschneidung kindlicher Rechte? Rechtliche Analyse des § 1631 d BGB unter Bezugnahme des deutschen Verfassungsrechts und des internationalen Rechts, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Mario Martini*, 24. Februar 2016.
- *Larissa Vettters*, Organisation von Solidarität. Eine verwaltungswissenschaftlich-ethnologische Untersuchung zu fragmentierter Staatlichkeit und externem state building in Bosnien-Herzegowina, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*, 15. September 2014.
- *Michael Jüttemeier*, Organisationswandel und Wissenschaftskultur. Eine organisations- und wissenschaftssoziologische Analyse des Karlsruher Instituts für Technologie, Universität Kassel: Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*, 21. August 2014.
- *Emmanuelle Mathieu*, Networks, committees or agencies? Coordination and expertise in the implementation of EU regulatory policies, European University Institute, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Adrienne Héritier*, 31. Oktober 2014.
- *Philipp Richter*, Der äußere Aufbau der Landesverwaltung und sein Einfluss auf den Aufgabenvollzug. Territoriale, funktionale und politische Lösungen und Wirkungen in den deutschen Bundesländern am Beispiel der Versorgungsverwaltung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Sabine Kuhlmann*, 25. August 2014.
- *Kathrin Limbach*, Uniformity of Customs Administration in the European Union, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Wolfgang Weiß*, 2. Juli 2014.
- *Christian Bauer*, Untersuchung des Regulierungsverhaltens der Bundesnetzagentur und der Landesbehörden bei der Regulierung des Zugangs

zu den Gasversorgungsnetzen, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, 30. Januar 2014.

- *Robert Piehler*, E-Government: Post Akzeptanz und Servicequalität – Empirische Überprüfung eines multitheoretischen Ansatzes am Beispiel kommunaler E-Government-Portale, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*, 11. Dezember 2013.
- *Insa Pruisken*, Fusionen im institutionellen Feld der Hochschulen und Wissenschaft, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 9. Dezember 2013.
- *Andreas Glöckner*, Konzeptionelle Fundamente der Neuen Öffentlichen Rechnungslegung – Interessenkonflikte, Zweckkonzeption und daraus abgeleitete Prinzipien, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*, 23. Oktober 2013.
- *Linda Mory*, Corporate Social Responsibility, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*, 7. Oktober 2013.
- *Katharina Kloke*, Qualitätsentwicklung an deutschen Hochschulen. Eine professionstheoretische Untersuchung eines neuen Tätigkeitsfeldes, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*, 19. Juni 2013.
- *Steffen Walther*, Reformen der Beamtenversorgung aus ökonomischer Perspektive, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, 27. Mai 2013.
- *Regina von Görtz*, Governance von Forschungsnetzwerken. Eine empirische Untersuchung deutscher Forschungsgruppen aus Astrophysik, Nanowissenschaft und Volkswirtschaftslehre, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 20. März 2013.
- *Julia Fleischer*, Policy Advice and Institutional Politics: A Comparative Analysis of Germany and Britain, Universität Potsdam, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, 19. Dezember 2012.
- *Matthias Damm*, Die Rezeption des italienischen Faschismus in der Weimarer Republik, Technische Universität Chemnitz, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eckhard Jesse*, 12. Dezember 2012.

- *Csongor Aron Buzogány*, „Is there an Eastern Syndrome?“ Conditionality, compliance and state-society relations in Central and Eastern Europe, Freie Universität Berlin, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Tanja Börzel, 18. Juni 2012.
- *Stefan Preller*, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, 7. Mai 2012.
- *Christian Jock*, Das Instrument der Fachaufsicht – rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Probleme und potenzielle Weiterentwicklungen, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, 7. Dezember 2011.
- *Mike Weber*, Informierte Gründungsförderung, Die Bedeutung von Mechanismen der Informationsvermittlung für die Erklärung des Erfolgs neu gegründeter Betriebe, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 19. Mai 2011.
- *Tim Jäkel*, Arbeitsmarktreformen. Eine empirisch-vergleichende Analyse für 16 westeuropäische Länder 1950 bis 2008, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Uwe Wagschal, 23. Februar 2011.
- *Sebastian Ullrich*, Internetbasierte Internationalisierung – Entscheidungsfindung, Umsetzung und Erfolgsmessung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*, 4. November 2010.
- *Richard Heidler*, Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 28. Oktober 2010.
- *Sven Barnekow*, Strategien kommunaler Energieversorger unter volatilen Marktbedingungen. Eine Analyse sozio-technischer Transformationen, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 8. Juni 2009.
- *Stefan Ittner*, Fighting Corruption in Africa – A Comparative Study of Uganda and Botswana, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, 18. März 2009.

- *Benedikt Speer*, Grenze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im historischen Kontext – eine explorative politikwissenschaftliche Fallstudie zum Pyrenäenraum, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 18. Dezember 2008.
- *Martin-Peter Oertel*, Der Erschließungsvertrag mit der kommunalen Eigengesellschaft – Zulässigkeit und Grenzen der Beauftragung als „Dritter“ im Sinne von § 124 BauGB, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow, 15. Dezember 2008.
- *Silke Löhr*, Prozessgrundrechte in Deutschland, Frankreich und England – Eine rechtsvergleichende Untersuchung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 11. September 2008.
- *Heide Klug*, Hochschulreformen und Informationssysteme. Organisation – Personen – Technik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 30. Juli 2007.
- *Alexandra Unkelbach*, Rechtsschutz gegen Gremienentscheidungen und Entscheidungen mit Gremienbeteiligung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, 2. Februar 2007.
- *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, 17. Februar 2006.
- *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*, 21. Januar 2006.
- *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Technische Universität Darmstadt, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heidrun Abromeit*, 6. Dezember 2005.
- *Stefan Werres*, Grundrechtsschutz in der Insolvenz, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 12. September 2005.
- *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*, 27. Juli 2005.

- *Andrea Nessel dreher*, Entscheiden im Informationszeitalter, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ. Prof. Dr. *Hermann Hill*, 26. Juli 2005.
- *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und -fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow, 31. Januar 2005.

Letzte Habilitationen:

- *Margrit Seckelmann*, Evaluation und Recht – Strukturen, Prozesse und Rechtsfragen staatlicher Wissensgewinnung durch Evaluationen am Beispiel der Wissenschaftspolitik, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow, 7. Dezember 2015.
- *Rahel Schomaker*, Characteristics and Institutional Determinants of Economics Performance in the Middle East and North Africa, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Andreas Knorr*, 12. November 2012.
- *Alexander Windoffer*, Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow, 24. Januar 2011.
- *Thorsten Siegel*, Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund. Horizontale Entscheidungsvernetzung und vertikale Entscheidungsstufung im nationalen und europäischen Verwaltungsverbund, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 8. Dezember 2008.
- *Jörn von Lucke*, Hochleistungsportale, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heinrich Reiner mann*, 19. Juli 2007.
- *Gottfried Konzendorf*, Reform in der Übergangsgesellschaft – Ein Beitrag zur Theorie der Reform, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 25. Januar 2005.
- *Christian Koch*, Verwaltungsrecht im Europäischen Verfassungsverband – auf dem Weg zu einem Recht der Integrationsverfahren, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas*, 19. Juli 2004.

5. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit von familiären Aufgaben mit den beruflichen Anforderungen zu erleichtern, hat das FÖV am „audit berufundfamilie“ teilgenommen, das von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterstützt und von führenden deutschen Wirtschaftsverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH empfohlen wird.



Für den Erhalt des Qualitätssiegels hatte sich das FÖV zuvor einem eingehenden Auditierungsverfahren unterzogen, in dem der Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie erfasst, das betriebsindividuelle Potenzial systematisch entwickelt und maßgeschneiderte familienbewusste Maßnahmen geschaffen und eingeführt wurden. Mit verbindlichen Zielvereinbarungen sorgt das Audit dafür, dass Familienbewusstsein in der Unternehmenskultur verankert wird.

Im Mai 2012 wurde das FÖV erstmals zertifiziert.

Im Rahmen des Audits wurde ein mobiles Eltern-Kind-Zimmer angeschafft, Umfragen zu Arbeitszeit und Arbeitsort unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt, um die Grundlage für ein neues flexibles Arbeitszeitmodell zu bilden, die Familienfreundlichkeit in das Leitbild aufgenommen, eine familienfreundlichere Umgestaltung des Forschungskolloquiums umgesetzt, der Gleichstellungsplan überarbeitet, eine Dienstvereinbarung zur Führung von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen getroffen und ein Leitfaden für Telearbeit erstellt.

Nach drei Jahren hat sich das FÖV neue Ziele zur Vereinbarkeit gesetzt und wurde zum 31. August 2015 erfolgreich rezertifiziert.

6. Veranstaltungen

Das Institut stellt sich der Öffentlichkeit von Verwaltungswissenschaften und Verwaltungspraxis durch Veranstaltungen, zu denen auch oftmals Experten aus der Praxis in die wissenschaftlichen Beratungen einbezogen werden.

Neben Veranstaltungen im nationalen Rahmen führt das Forschungsinstitut auch internationale Symposien und Tagungen durch.

7. Nationale und internationale Beziehungen

Das Forschungsinstitut unterhält zahlreiche Kontakte zu in- und ausländischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen. So ist das FÖV Teil einer Vielzahl von Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene. Neben formellen Kooperationsvereinbarungen zu derartigen Forschungsinstituten und -organisationen richtet es Tagungen mit internationalem Teilnehmerkreis aus und wird von Delegationen ausländischer Forschungseinrichtungen oder auch Regierungsstellen besucht, die sich über die Arbeit des Instituts und den Stand der Forschung informieren. Zur Pflege nationaler und internationaler Beziehungen tragen überdies Gastvorträge, der Aufenthalt von Gastforschern am Institut sowie Vorträge von Mitgliedern des Instituts im In- und Ausland über ihre Forschungsergebnisse bei.

7.1 Aufbau und Pflege von Netzwerken

Das FÖV ist Mitglied des *Transatlantic Policy Consortium (TPC)*. Das TPC ist ein Netzwerk von derzeit knapp 40 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, das im Jahr 1998 gegründet wurde und dessen Mitglieder je zur Hälfte aus den USA und der Europäischen Union kommen. Das TPC veranstaltet jährlich eine wissenschaftliche Tagung in den USA oder Europa. Das FÖV ist 2008 als offizielles Mitglied dem Transatlantic Policy Consortium (TPC) beigetreten.

Das Forschungsnetzwerk „Public Contracts in Legal Globalization“ (www.public-contracts.net)

Das internationale Forschungsnetzwerk „Public Contracts in Legal Globalization“ (PCLG) widmet sich der Rechtsvergleichung im Bereich des Verwaltungsvertragsrechts, sowie verwandten (verwaltungs-)rechtlichen Themen. Im Jahr 2007 von den französischen Professoren *Jean-Bernard Auby* (Sciences Po Paris) und *Rozen Noguellou* (Université Paris Est – Créteil) gegründet, zählt das Netzwerk heute über 200 Wissenschaftler und Praktiker aus über 40 Län-

dern sowie mehrere Angehörige internationaler Organisationen. Das Netzwerk organisiert mehrere Tagungen im Jahr, produziert Sammelwerke², stellt eine Datenbank bereit und gibt ein internationales elektronisches Journal heraus (siehe mehr unter www.public-contracts.net).

Das Forschungsnetzwerk ReNEUAL (www.reneual-eu)

Das Forschungsnetzwerk „ReNEUAL – Research Network on EU Administrative Law“ hat sich zum Ziel gesetzt, eine Modellkodifikation des EU-Eigenverwaltungsverfahrensrechts, also sozusagen ein „EU-VwVfG“ zu entwerfen. Die Arbeit, die zunächst parallel zur Initiative des EU-Parlaments, zur Schaffung eines entsprechenden Gesetzentwurfes begonnen wurde³ und insbesondere vom Europäischen Bürgerbeauftragten unterstützt wird, konnte im September 2014 zu einem vorläufigen Ende gebracht werden. In einem rechtsvergleichenden Ansatz, der die bestehenden Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts auf EU-Ebene berücksichtigt, stellte das ReNEUAL-Netzwerk die sog. „Model Rules 2014“ vor.

Diese gliedern sich entsprechend der Arbeit des Netzwerks in working groups wie folgt: Administrative Rulemaking, Single Case Decision Making, Contracts, Mutual Assistance und Administrative Information Management“. *Ulrich Stelkens* (FÖV Speyer), Mitglied des steering committee von ReNEUAL, leitete zusammen mit *Jean-Bernard Auby* (Sciences Po Paris) und *Jacques Ziller* (Universität Pavia) die Arbeitsgruppe „Contracts“. Das vierte Buch des Regelentwurfs (Contracts) wurde maßgeblich von Ulrich Stelkens, Michael Mirschberger (FÖV Speyer) und Hanna Schröder (ehemals FÖV Speyer, nun Referentin am EuG) mit erarbeitet. Die Online-Publikation der Model Rules 2014 ist auf der Website des Netzwerks abrufbar und wurden in namhaften Fachverlagen veröffentlicht.

2 Siehe z.B. das im Rahmen des FÖV-Projekts „Europäisierung des Vertragsrechts“ entstandene Sammelwerk *Rozen Noguellou/Ulrich Stelkens* (Hrsg.), *Droit comparé des Contrats Publics/Comparative Law on Public Contracts*, Bruylant, Brüssel, 2010, 1012 S.

3 Siehe die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2013 mit Empfehlungen an die Kommission zu einem Verwaltungsverfahren der Europäischen Union (2012/2024(INI)), <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0004&language=DE#top>.

Die Arbeit in diesem Netzwerk verbindet die bisherige Forschungsarbeit von Ulrich Stelkens mit den abgeschlossenen und laufenden Forschungsprojekten zum Verwaltungsvertragsrecht und zur Denationalisierung des Verwaltungsrechts, **insbesondere** des Teil-Projektes „Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung beim direkten Vollzug des EU-Rechts (und im Europäischen Verwaltungsverbund)“ am FÖV und vernetzt die Forschungsarbeit des FÖV mit zahlreichen Wissenschaftlern (rund 140 Netzwerkmitglieder) im europäischen Ausland.

7.2 Kooperationsvereinbarungen

Das FÖV ist über eine am 25. Januar 1996 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung mit dem *Karlsruher Institut für Technologie* (KIT) (ehemals Forschungszentrum Karlsruhe – Technik und Umwelt) verbunden. Damit wurde die bereits vorher bestehende intensive Zusammenarbeit auf eine förmliche Grundlage gestellt. Formen der Zusammenarbeit sind insbesondere die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte und wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ergänzt wird die Vereinbarung aus dem Jahre 1996 durch einen am 7. Oktober 2002 unterzeichneten Kooperationsvertrag auf dem Gebiet des Wissenschaftsmanagements.

Das Forschungsinstitut hat am 14. Mai 2003 einen Kooperationsvertrag mit dem *Landtag Rheinland-Pfalz* unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichten sich das FÖV und die Landtagsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz zu einer engen Zusammenarbeit inhaltlicher und personeller Art. Dritte Vertragspartei ist die DHV Speyer. Im Rahmen des Kooperationsvertrags werden auch die Kontakte zu weiteren in- und ausländischen Parlamenten intensiviert. In Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung steht auch eine Verstärkung der Kontakte zur Historischen Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz.

Mit der *Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona* (Spanien), besteht seit 1987 ein Abkommen über Zusammenarbeit, das sich auf die gegenseitige Information über die Forschung auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, die regelmäßige Veranstaltung gemeinsamer Seminare und anderer wissenschaftlicher Veranstaltungen über die öffentliche Verwaltung sowie den Austausch von Mitarbeitern und Veröffentlichungen erstreckt.

Auch zum *Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften*, Brüssel (Belgien), dessen Mitglied das FÖV ist, unterhält das Forschungsinstitut enge Beziehungen. Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* ist derzeit Präsident der Deutschen

Sektion. Die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften wird – unter anderem unter Teilnahme des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern – die Jahrestagung anlässlich ihres 60jährigen Jubiläums am 24. Und 25. November 2016 in Speyer zum Generalthema „Verwaltungspraxis und Verwaltungswissenschaft“ durchführen. Im Rahmen der Tagung soll – neben anerkannten Verwaltungswissenschaftlerinnen und Verwaltungswissenschaftlern aus Bund und Ländern – auch der „verwaltungswissenschaftliche Nachwuchs“ ein Forum geboten bekommen

Im Rahmen des 2004 unterzeichneten Kooperationsvertrags mit der Brasilianischen Bundesuniversität Fluminense fand die Zusammenarbeit in wissenschaftlichen Veranstaltungen in Brasilien und Deutschland unter Einbeziehung der Justiz- und Verfassungsgerichtsbarkeit beider Länder Gestalt.

Am 29. Juli 2009 hat das FÖV eine Kooperationsvereinbarung mit der School of Public and Environmental Affairs der Indiana University geschlossen. Ziel der Kooperation ist es, gemeinsame Summer Schools, Forschungsprojekte, Lehrveranstaltungen und Symposien durchzuführen und den Austausch von Mitgliedern, Mitarbeitern und Studenten sowie Informationen und Forschungsergebnissen zu fördern.

Am 29. April 2010 hat das FÖV in Bozen (Italien) eine trilaterale Kooperationsvereinbarung mit der DHV Speyer und der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) geschlossen. Der Schwerpunkt der trilateralen Kooperation liegt insbesondere in der gemeinsamen Forschung in den Bereichen Steuerföderalismus, Messung und Abbau von Bürokratiekosten mit dem Standardkostenmodell, Hochschulrecht und Public Management. Dabei sind die EURAC-Institute für Public Management und für Föderalismus- und Regionalismusforschung involviert.

Das FÖV hat einen 2005 Kooperationsvertrag mit dem Korea Institute of Public Administration abgeschlossen. Eine weitere Kooperationsvereinbarung betrifft das Forschungsthema „Mediation“ und besteht mit dem Research Center for Social Cohesion am Korea Institute of Public Administration, dem Research Institute for Coexistence and Collaboration der Korea National Open University und dem Center for Conflict Resolution der Citizen’s Coalition for Economic Justice.

7.3 Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung nimmt in jedem Jahr in- und ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits über einige Forschungserfahrung (in der Regel nachgewiesen durch eine Promotion oder eine vergleichbare wissenschaftliche Qualifikation) sowie gute Deutschkenntnisse verfügen, als Gastforscher/innen auf. Am Institut besteht auch die Möglichkeit als junior researcher aufgenommen zu werden. Über die Aufnahme der Gastforscher /innen, die von einem/einer der Speyerer Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen wissenschaftlich betreut werden, entscheidet der Direktor. Den Gastforschern und Gastforscherinnen steht die Infrastruktur des Instituts sowie der Universität, insbesondere die auch im internationalen Vergleich gut ausgestattete Bibliothek, zur Verfügung.

Im Jahr 2015 hielten sich folgende Gastforscherinnen und Gastforscher am FÖV auf:

Dr. *Esra Ergüzelôglu-Kilim*, Universität Mersin (Türkei)

Prof. *Hiroko Kudo*, Chuo Universität (Japan)

Jang Seok Lee, Ministry of Trade, Industry and Energy (Südkorea)

Dr. *Azamat Egamberdiev*, Staatliche Juristische Universität zu Taschkent beim Justizministerium der Republik Usbekistan (Usbekistan)

Dr. *Michel Tshiyoyo*, Universität Pretoria (Südafrika)

Prof. *Kil-Yong Park*, Semyung Universität (Südkorea)

Prof. *Chien-Hung Liu*, Nationale Chung Cheng Universität (Taiwan)

Prof. Dr. *Ricardo García Macho*, Universitat Jaume I, Castellón (Spanien)

Prof. Dr. *Burmaa Natsag*, National University of Mongolia (Mongolei)

Prof. Dr. *Maribel Gonzáles Pascual*, Bergamo Universität (Italien)

Dr. *Teresa Weber*, Universität Salzburg (Österreich)

8. Strategische Partnerschaften

8.1 Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Der wichtigste strategische Partner des FÖV ist die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUV).

Als ausschließlich postuniversitäre Einrichtung nimmt die DUV Speyer die Aufgabe wahr, die Verwaltungswissenschaften in Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu pflegen. Ihr obliegt die Ausbildung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes (Referendare/Referendarinnen), die Fortbildung von Führungskräften im öffentlichen Bereich und die Forschung über rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme internationaler, staatlicher und kommunaler Verwaltungen. Die Universität Speyer besitzt das Promotions- und Habilitationsrecht. Sie ist Mitglied der Hochschulrektorenkonferenz.

Die Universität wurde 1947 von der französischen Besatzungsmacht als Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet und 1950 unter ihrem heutigen Namen durch Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bestätigt. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Durch ein Rahmenabkommen von 1952 haben Bund und Länder die Hochschule in gemeinsamer Trägerschaft übernommen. Nach der Wiedervereinigung sind auch die neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dem Verwaltungsabkommen über die Hochschule beigetreten.

Die Inhaber der 17 Lehrstühle der Universität vertreten das Öffentliche Recht, die Verwaltungswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften sowie Neuere Geschichte, Empirische Sozialwissenschaften und Politikwissenschaft als Schwerpunkte. Ein 18. Stiftungslehrstuhl beschäftigt sich mit Fragen des Wissenschaftsmanagements. Darüber hinaus vermitteln leitende Beamte/Beamtinnen, Richter /Richterinnen und Führungskräfte der Wirtschaft als Honorarprofessoren/-professorinnen und Lehrbeauftragte angewandtes Verwaltungswissen. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis hat sich nicht nur in der Lehre außerordentlich bewährt, sondern auch zu zahlreichen Anstößen für neue Forschungsarbeiten beigetragen.

8.2 Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)

Das Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM) ist eine gemeinsame Selbsthilfeeinrichtung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Wissenschaftsförderorganisationen und engagierten Einzelpersonen, die sich in gegenseitiger Unterstützung der weiteren Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements annehmen. Im Vorfeld der Gründung des ZWM als eingetragener Verein am 30. April 2002 war das ZWM zunächst als Servicebereich des FÖV tätig.

Zu den Mitgliedern des ZWM gehören z.B. die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), die Leibniz-Gemeinschaft (WGL), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit der Gründung mit 38 Mitgliedern ist die Zahl der institutionellen und persönlichen Mitglieder kontinuierlich gestiegen.

Das ZWM hat bisher folgende strategische Partnerschaften geschlossen: Für die Aus- und Weiterbildung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und für die Forschung mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Die mit einem Kooperationsvertrag manifestierte strategische Partnerschaft mit dem FÖV kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Geschäftsstelle des ZWM in Speyer angesiedelt ist. Ebenfalls mit einem Kooperationsvertrag wurde die internationale Zusammenarbeit mit EARMA – der European Association of Research Managers and Administrators mit Sitz in Brüssel besiegelt.

9. Statistischer Teil

9.1 Organisation

Die Forschung des FÖV vollzieht sich seit der Umstrukturierung der Institutsforschung, die im Jahr 2015 durchgeführt wurde, in Programmbereichen, die vom Bereich Politik- und Verwaltungsberatung ergänzt werden (früheres Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung). Die Programmbereiche sind im Zuge der Umstrukturierung an die Stelle der teilweise bis Ende 2015 in Funktion befindlichen Projektverbände getreten. Aus Gründen der Aktualität wird nur die neue Struktur abgebildet.



9.2 Finanzierung

Als gemeinsam von Bund und von den Ländern finanzierte Einrichtung wird das Forschungsinstitut mit einem Anteil von jeweils 50 % gefördert.

Angesichts des relativ geringen absoluten Betrags der institutionellen Förderung ist das Forschungsinstitut auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen, um flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, aktuelle Fragen aufgreifen und in Projekten bearbeiten zu können. Die Drittmittelquote des Jahres 2015 belief sich, bezogen auf den Gesamthaushalt, auf rund 24 %. Nicht einbezogen sind dabei Einnahmen aus Verkäufen und Ähnlichem.

9.2.1 Gesamtbudget (in EURO)*

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
	2015	2014	2015	2014
Institutionelle Förderung				
Bund	1.388.500	1.351.000	38,05 %	36,92 %
Länder	1.388.500	1.351.000	38,05 %	36,92 %
Eigene Einnahmen	294	223	0,01 %	0,01 %
Drittmittel	871.984	956.860	23,89 %	26,15 %
Summe	3.649.278	3.659.083	100 %	100 %

* Gesamthaushalt: Institutionelle Förderung und Drittmittel.

9.2.2 Drittmittel 2015 aufgeteilt nach Zuwendungsgebern
(gerundet auf 1.000 EURO)

Drittmittel- geber	Summe	Anteil an gesamten Drittmitteln
EU	—	—
davon Projekte	—	—
davon Veranstal- tungen	—	—
Bund	444.588	51 %
davon Projekte	444.588	51 %
davon Veranstal- tungen	—	—
Länder	121.893	14 %
davon Pro- jekte	118.371	13,6 %
davon Veranstal- tungen	3.522	0,4 %
Gemeinden	7.500	1 %
davon Projekte	7.500	1 %
davon Veranstal- tungen	—	—

Drittmittel- geber	Summe	Anteil an gesamten Drittmitteln
DFG	172.029	20 %
davon Projekte	171.779	20 %
davon Veranstal- tungen	250	0%
Stiftungen	31.035	3 %
davon Projekte	31.035	3 %
davon Veranstal- tungen	—	—
Sonstige	94.938	11 %
davon Projekte	81.548	9 %
davon Veranstal- tungen	13.390	2 %
gesamt	871.984	100 %

9.2.3 Haushaltsausgaben

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
	€	€		
	2015	2014	2015	2014
Personausgaben	2.021.686	1.977.670	59,64 %	59,88 %
Sachausgaben	663.747	625.312	19,58 %	18,93 %
Investitionen	54.349	51.477	1,60 %	1,56 %
Haushaltstechnische Verrechnung*	583.000	583.000	17,20 %	17,65 %
DFG	67.300	65.300	1,98 %	1,98 %
Summe	3.390.082	3.302.759	100%	100 %

* anteilige Personalkosten für Verwaltungs- und Bibliotheksleistungen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

9.3 Personaldaten

9.3.1 Personalübersicht

Das Forschungsinstitut verfügte nach dem Stellenplan im Jahr 2015 über insgesamt 21 Stellen für wissenschaftliches und Leitungspersonal sowie vier Stellen für nicht-wissenschaftliches Personal.

Stellenplan 2015

Vergütungs-/Besoldungsgruppe	Anzahl (Soll)	Anzahl (Ist) (Stand: 31.12.2015)
<i>Stellenplan für wissenschaftliches und Leitungspersonal</i>		
A 15	1	1
TV-L E 14	7	1,5
TV-L E 13	13	15,2
TV-L E 12	—	0,5
Zwischensumme	21	18,2
<i>Stellenplan für nicht-wissenschaftliches Personal</i>		
TV-L E 13	1	1
TV-L E 11	—	1
TV-L E 8	2	0,75
TV-L E 5	1	1
Zwischensumme	4	3,75
Summe	25	21,15

Weitere Beschäftigungsverhältnisse

Vertragsart	Wertigkeit	Anzahl (Ist)
<i>Drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (zum Teil nicht ganzjährig)</i>		
Abgeordnete Beamte	—	2
Dienstvertrag	TV-L E 13 1/1 bis 1/2	7
Dienstvertrag	TV-L E 13/2 und geringer	4
Dienstvertrag	Wissenschaftliche Hilfskraft	9
Werkvertrag	---	2

9.3.2 Merkmale des wissenschaftlichen Personals
(Stichtag: 31. Dezember 2015)

	insgesamt	davon weiblich
Höchste akademische Qualifikation		
Hochschulabschluss	22	2
Promotion	8	5
Habilitation	5	3
Ausbildung (Erststudium)		
Juristen	10	3
Verwaltungswissenschaftler	2	—
Ökonomen	9	3
Soziologen	3	—
Politologen	4	2
Historiker	3	1
Sprachwissenschaftler	2	1
Sonstige	2	—

9.4 Stellenplanung für den Programmzeitraum*

Verg.- Gruppe/ Bes.- Gruppe	2015	2016	2017	2018	2019	2020
A 15	1	1	1	1	1	1
TV-L E 14	7	7	7	7	7	7
TV-L E 13	13	13	13	13	13	13
Summe	21	21	21	21	21	21
TV-L E 13	1	1	1	1	1	1
TV-L E 8	2	2	2	2	2	2
TV-L E 5	1	1	1	1	1	1
Summe	4	4	4	4	4	4

* Die Drittmittelfinanzierung wurde in dieser Übersicht über die Planung der institutionell geförderten Stellen nicht berücksichtigt.

**Anhang I:
Rechtsgrundlagen**

Auszug aus dem

**Landesgesetz über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUVwG) vom 27.11.2015
(GVBl. 2015, S. 417, Nr. 14).**

**Vierter Abschnitt
Forschungsinstitut**

§ 67

Rechtsstellung und Aufgaben

- (1) Bei der Hochschule besteht das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Es untersteht in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Rechtsaufsicht des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums und in Auftragsangelegenheiten der Fachaufsicht des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums.
- (2) Dem Forschungsinstitut obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fachübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung; dies umfasst die Erschließung und Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- (3) Das Forschungsinstitut hat das Recht der Selbstverwaltung und das eigene Satzungsrecht im Rahmen der Gesetze. Es nimmt seine Aufgaben als eigene Angelegenheiten wahr (Selbstverwaltungsangelegenheiten), soweit sie nicht als staatliche Aufgaben zur Erfüllung im Auftrag des Landes übertragen sind (Auftragsangelegenheiten). Satzungen bedürfen der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums.
- (4) Die Verwaltungs- und Bibliotheksorganisation für das Forschungsinstitut obliegt allein der Hochschule.

§ 68

Organe

Organe des Forschungsinstituts sind die Direktorin oder der Direktor, der Institutsverwaltungsrat und der Beirat.

§ 69 Öffentliches Ehrenamt

Die Direktorin oder der Direktor und die zur Mitarbeit im Forschungsinstitut ohne Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses berufenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über ihre Tätigkeit als öffentliches Ehrenamt im Sinne von § 82 Abs. 2 LBG aus.

§ 70 Durchführungsbestimmungen

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Die nach § 68 des Landesgesetzes über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2014 (GVBl. S. 125), begründeten Mitgliedschaften im Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung enden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Mainz, den 27. November 2015
Die Ministerpräsidentin
Malu Dreyer

**Landesverordnung
über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
Vom 10. Dezember 2015**

Aufgrund des § 70 des Landesgesetzes über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. November 2015 (GVBl. S. 417), BS 223-20, wird verordnet:

**§ 1
Aufgaben, Aufsicht**

(1) In Erfüllung seiner Aufgabe zur Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (§ 67 Abs. 2 des Landesgesetzes über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer - DUVwG -) führt das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Forschungsinstitut) insbesondere fachübergreifende Forschungsvorhaben durch, veröffentlicht seine Forschungsergebnisse, pflegt die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen und veranstaltet internationale wissenschaftliche Konferenzen zu verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen sowie andere Fachtagungen. Das Forschungsinstitut unterstützt die Erfüllung der praktischen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung (Verwaltungspraxis) durch Beratung im Bereich der Verwaltungswissenschaften.

(2) Das Forschungsinstitut entwickelt ein Leitbild und ein Forschungsprogramm, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte ergeben. Das Forschungsprogramm ist jährlich fortzuschreiben. Darüber hinaus stellt das Forschungsinstitut einen jährlichen Arbeitsplan auf, aus dem sich der für die Forschungsleistungen erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergibt. Das Forschungsinstitut richtet ein auf Dauer und Nachhaltigkeit ausgelegtes Qualitätssicherungssystem ein.

(3) § 2 Abs. 1 Satz 3 und 4 und Abs. 2 Satz 1 DUVwG sowie die §§ 9, 75 und 76 DUVwG gelten für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 2 Direktorin oder Direktor

(1) Die Berufung der Direktorin oder des Direktors des Forschungsinstituts erfolgt auf Vorschlag des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium für die Dauer von sieben Jahren. Wiederholte Berufungen sind zulässig. Für die vorzeitige Abberufung der Direktorin oder des Direktors gilt das Verfahren nach Satz 1 entsprechend.

(2) Die Direktorin oder der Direktor leitet und vertritt das Forschungsinstitut in alleiniger Verantwortung nach innen und außen, gerichtlich und außergerichtlich, soweit nicht eine Zuständigkeit anderer Organe ausdrücklich begründet ist. Sie oder er

1. entwirft das Leitbild und das Forschungsprogramm des Forschungsinstituts,
2. erstellt den Haushaltsvoranschlag,
3. beruft und entlässt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses als Programmbereichsleiterinnen oder Programmbereichsleiter sowie in weiteren Funktionen im Benehmen mit dem Institutsverwaltungsrat und dem Beirat,
4. verantwortet die Durchführung der Qualitätssicherung,
5. macht Vorschläge zur Berufung von Mitgliedern des Beirats,
6. erstellt den Entwurf der Satzung des Forschungsinstituts,
7. erstellt einen Gleichstellungsplan gemäß § 15 des Landesgleichstellungsgesetzes und
8. berichtet dem Institutsverwaltungsrat regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, schriftlich über ihre oder seine Tätigkeit.

(3) Die Direktorin oder der Direktor regelt die Fragen der Vertretung in eigener Zuständigkeit. Bei der Erledigung ihrer oder seiner Aufgaben wird die Direktorin oder der Direktor von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer unterstützt. Soweit zur Erledigung dieser Aufgaben nicht eigene Personal- oder Sachmittel des Forschungsinstituts zur Verfügung stehen, kann sich das Forschungsinstitut im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor der Hochschule des Personals und der sächlichen Einrichtungen der Hochschule bedienen.

(4) Die Direktorin oder der Direktor nimmt gegenüber den Beschäftigten des Forschungsinstituts die Arbeitgeberfunktion wahr. Sie oder er ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beamtinnen und Beamten und ernennt und entlässt diese, soweit die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident sich diese Befugnisse nicht aufgrund der Landesverordnung über die Ernennung und Entlassung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten sowie der Richterinnen und Richter im Landesdienst vom 4. September 2012 (GVBl. S. 337, BS 2030-1-10) in der jeweils geltenden Fassung vorbehalten hat.

§ 3 Beirat

(1) Der Beirat besteht aus dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Nutzerbeirat, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gleichberechtigt zusammenarbeiten. Dem Beirat obliegen die wissenschaftliche Begleitung und die Verbindung des Forschungsinstituts mit der Verwaltungspraxis. Der Beirat

1. nimmt zum Entwurf des Leitbilds des Forschungsinstituts Stellung,
2. nimmt zum Entwurf des Forschungsprogramms hinsichtlich wissenschaftlicher Qualität und praktischer Relevanz sowie zu den künftigen Themenbereichen gegenüber dem Institutsverwaltungsrat Stellung,
3. nimmt zu den Vorschlägen der Direktorin oder des Direktors zur beabsichtigten Berufung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Mitarbeit im Forschungsinstitut ohne Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses Stellung,
4. bewertet jährlich die Arbeit des Forschungsinstituts und macht gegenüber dem Institutsverwaltungsrat Empfehlungen zur weiteren Entwicklung des Forschungsinstituts,
5. wirkt bei der Qualitätssicherung sowie der regelmäßigen Evaluierung der Forschungs- und Beratungstätigkeit des Forschungsinstituts mit der Direktorin oder dem Direktor sowie dem Institutsverwaltungsrat zusammen.

(2) Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung und Beratung des Forschungsinstituts. Er nimmt zu den Aufgaben nach Absatz 1 Satz 3 aus wissenschaftlicher Perspektive Stellung. Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus mindestens drei und höchstens fünf nicht dem Forschungsinstitut angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verschiedene Fachrichtungen des Forschungsinstituts vertreten sollen.

Mindestens ein Mitglied soll seine berufliche Tätigkeit im Ausland ausüben. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Direktorin oder des Direktors im Einvernehmen mit dem Institutsverwaltungsrat von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist zulässig.

(3) Der Nutzerbeirat dient der Beratung des Forschungsinstituts und der Verbindung des Forschungsinstituts mit der Verwaltungspraxis. Er nimmt zu den Aufgaben nach Absatz 1 Satz 3 aus Sicht der Verwaltungspraxis Stellung. Der Nutzerbeirat

1. weist auf aus Nutzersicht relevante Aspekte bei der Durchführung von Forschungsvorhaben hin und
2. unterstützt das Forschungsinstitut bei dem Wissenstransfer und bei der Positionierung des Forschungsinstituts im Bereich der Auftragsforschung sowie bei Beratungsleistungen.

Der Nutzerbeirat besteht aus mindestens 10 und höchstens 20 Personen aus der Verwaltungspraxis sowie aus für die Verwaltungspraxis relevanten und unter Beachtung des jeweiligen Forschungsprogramms auf Vorschlag der Direktorin oder des Direktors vom Institutsverwaltungsrat festgelegten Institutionen. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Direktorin oder des Direktors im Einvernehmen mit dem Institutsverwaltungsrat von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist zulässig. Dem Nutzerbeirat gehören drei Mitglieder des Institutsverwaltungsrats, davon jeweils eine der in § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 2 genannten Personen an.

(4) Der Wissenschaftliche Beirat und der Nutzerbeirat führen ihre Stellungnahmen zu einer gemeinsamen Stellungnahme zusammen und legen sie dem Institutsverwaltungsrat vor.

(5) Der Wissenschaftliche Beirat und der Nutzerbeirat wählen jeweils aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, die gemäß Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 4 zusammenwirken. Der Wissenschaftliche Beirat und der Nutzerbeirat geben sich jeweils eine Geschäftsordnung.

§ 4 Institutsverwaltungsrat

(1) Unbeschadet der Rechts- und Fachaufsicht durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium nimmt der Institutsverwaltungsrat die gemeinsame Aufsichtsfunktion durch die Träger des Forschungsinstituts wahr.

(2) Der Institutsverwaltungsrat schlägt dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium eine zur Berufung als Direktorin oder Direktor geeignete Person vor. Der Institutsverwaltungsrat beschließt

1. das Leitbild und das Forschungsprogramm des Forschungsinstituts,
2. den Haushaltsvoranschlag,
3. über die Vorschläge der Direktorin oder des Direktors zur Berufung der Mitglieder des Beirats,
4. die Satzung des Forschungsinstituts.

(3) Das Einvernehmen des Institutsverwaltungsrats ist erforderlich für die Maßnahmen der Qualitätssicherung, insbesondere für die Festlegung der Leistungsindikatoren.

(4) Der Institutsverwaltungsrat besteht aus

1. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Bundes,
2. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz, wobei ein Mitglied dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium und ein Mitglied dem für Angelegenheiten der Rechtspflege oder dem für die Organisation der staatlichen Verwaltung zuständigen Ministerium angehören muss, sowie
3. je einer Vertreterin oder einem Vertreter derjenigen Länder, die neben dem Land Rheinland-Pfalz Vertragsparteien der Vereinbarung nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 sind.

Die Mitglieder werden von den jeweils zuständigen Stellen dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Direktorin oder dem Direktor namentlich benannt. Vertretung und Stimmübertragung sind zulässig. Den Vorsitz führt das Mitglied, das dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz angehört; die Vertretung erfolgt durch das dem für Angelegenheiten der Rechtspflege oder dem für die Organisation der staatlichen Verwaltung zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz angehörende Mitglied. Die Direkto-

rin oder der Direktor und die Programmbereichsleiterinnen und Programmbereichsleiter sowie die vorsitzenden Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats und des Nutzerbeirats nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Institutsverwaltungsrats teil.

(5) Der Institutsverwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Beschlüsse des Institutsverwaltungsrats

1. zu Fragen von forschungs- oder wissenschaftspolitischer Bedeutung,
2. mit erheblichen finanziellen Auswirkungen oder
3. mit Bezug auf das Leitungspersonal des Forschungsinstituts können nicht gegen die Stimmen des Landes Rheinland-Pfalz oder des Bundes gefasst werden.

§ 5

Personal, Finanzierung

(1) Das Personal des Forschungsinstituts steht im unmittelbaren Dienst des Landes Rheinland-Pfalz.

(2) Das Forschungsinstitut wird finanziert aus

1. jährlichen Zuwendungen, die aufgrund einer Vereinbarung nach Artikel 91b des Grundgesetzes bereitgestellt werden, sowie
2. weiteren Zuwendungen und sonstigen Einnahmen.

§ 6

Institutsordnung

Das Nähere über die Wahrnehmung der Aufgaben und die Organisation des Forschungsinstituts regelt eine Institutsordnung (Satzung), die der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

§ 7

Übergangsbestimmungen

(1) Die Amtszeit des bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindlichen Institutsvorstands endet mit Inkrafttreten dieser Verordnung.

(2) Die oder der bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindliche Direktorin oder Direktor des Forschungsinstituts bleibt für die noch verbleibende Amtszeit im Amt. Gleiches gilt für die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats.

(3) Die bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindlichen Mitglieder des Institutsverwaltungsrats bleiben im Amt. Ihre Amtszeit endet zum 31. Dezember 2018, soweit das entsendende Land oder der entsendende Bund ab dem 1. Januar 2019 nicht Vertragspartei der Vereinbarung nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 ist.

(4) An die Stelle der Vereinbarung nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 tritt bis zum 31. Dezember 2018 das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vom 11. September 2007 (BAnz. S. 7787) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vom 15. Juni 2012 (GVBl. S. 213, BS 223-20-2) außer Kraft.

Mainz, den 10. Dezember 2015
Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
Vera Reiß

Institutsordnung

des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gibt sich nach § 8 der Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vom 15. Juni 2012 (GVBl. 2012 S. 213, BS 223-20-2) folgende Institutsordnung:

§ 1

Direktorin / Direktor

Die Berufung der Direktorin oder des Direktors erfolgt nach Durchführung eines Auswahlverfahrens auf Vorschlag des Institutsvorstands mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium des Landes für die Dauer von sieben Jahren. Zur Vorbereitung des Vorschlags des Institutsvorstands wird eine Auswahlkommission gebildet, der vier vom Institutsvorstand benannte Ordentliche Mitglieder des Instituts, ein Mitglied des Institutsverwaltungsrats, ein Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats sowie eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler angehören, die oder der in der verwaltungswissenschaftlichen Forschung ausgewiesen und nicht Mitglied des Instituts ist sowie vom Institutsvorstand benannt wird.

§ 2

Institutsvorstand

(1) Der Institutsvorstand besteht aus der Direktorin oder dem Direktor sowie drei weiteren, aus den Reihen der Ordentlichen Mitglieder gewählten Personen, die verschiedene disziplinäre Zugänge zur verwaltungswissenschaftlichen Forschung repräsentieren sollen. Für die Mitglieder des Institutsvorstandes werden Abwesenheitsvertretungen gewählt.

(2) Der Institutsvorstand wird von der Direktorin oder dem Direktor zu seinen Sitzungen schriftlich einberufen. Hierbei ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Der Institutsvorstand ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Institutsvorstandes dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangen.

(3) Die Einladung soll den Mitgliedern des Institutsvorstandes eine Woche vor dem Sitzungstermin zugegangen sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden. Jedes Mitglied des Instituts kann

unter Beachtung dieser Fristen schriftlich verlangen, dass eine näher bezeichnete Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird. Falls kein in der Sitzung des Institutsvorstandes anwesendes Mitglied des Institutsvorstandes bzw. dessen Vertreter widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, in der Sitzung des Institutsvorstandes beraten und beschlossen werden.

(4) Die Direktorin oder der Direktor kann weitere Personen um ihre Teilnahme an der Sitzung des Institutsvorstandes bitten, wenn dies wegen der zu behandelnden Angelegenheiten zweckmäßig erscheint.

(5) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz in der Sitzung des Institutsvorstandes. Der Institutsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Institutsvorstand beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; über die Annahme und Durchführung der einzelnen Forschungsvorhaben beschließt er mit der Mehrheit der Zahl seiner Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin oder des Direktors.

(6) Zur Stellvertretung der Direktorin oder des Direktors wird ein Mitglied des Institutsvorstands durch denselben gewählt.

§ 3

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(1) Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind die auf den Planstellen des Instituts geführten oder aus Drittmitteln finanzierten Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten, die mit der Bearbeitung von Forschungsaufgaben betraut sind.

(2) Das Institut unterstützt und fördert die wissenschaftliche Weiterqualifikation der Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten. Diese sowie die sie ggf. betreuenden Mitglieder des Instituts unterrichten die Direktorin oder den Direktor laufend über die Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterqualifikation.

§ 4

Formen der Mitgliedschaft

Das Institut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder (§ 68 Abs. 1 Satz 1 DHVG). Das Institut kann Personen, die sich um das Institut besonders verdient gemacht haben, die Ehrenmitgliedschaft verleihen (Ehrenmitglieder). Sofern dies zur Ergänzung der Forschung des Instituts erforderlich ist,

können Personen für die Zeit ihrer wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Ordentlichen Mitgliedern in Forschungsvorhaben zu vorhabensbezogenen Mitgliedern ernannt werden. Die Verleihung nach Satz 2 und die Ernennung gemäß Satz 3 erfolgen durch Beschluss des Institutsvorstands.

§ 5

Mitglieder- und Beschäftigtenversammlung

(1) Die Versammlung der Ordentlichen Mitglieder des Instituts (Mitgliederversammlung) wird von der Direktorin oder dem Direktor mindestens einmal im Kalenderjahr schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist soll zwei Wochen betragen. Die Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Viertel der Ordentlichen Mitglieder dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangt.

(2) Bei der Einberufung der Mitgliederversammlung ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Falls kein in der Mitgliederversammlung anwesendes Ordentliches Mitglied des Instituts widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, beraten und beschlossen werden.

(3) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz der Mitgliederversammlung.

(4) Die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden Empfehlungen gegenüber dem Institutsvorstand und der Direktorin oder dem Direktor aussprechen. Für die Beschlussfähigkeit gilt § 29 Abs. 1 DHVG.

(5) Für die Versammlung der am Institut tätigen Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten (Beschäftigtenversammlung) gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

§ 6

Veranstaltungen

Das Institut führt unter der wissenschaftlichen Leitung von Mitgliedern des Instituts internationale wissenschaftliche Konferenzen zu verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen sowie andere Veranstaltungen durch. Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen sowie eine gemeinsame Leitung mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern ist möglich.

§ 7

Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sind die beteiligten Mitglieder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die einen eigenen wissenschaftlichen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen und Mitautoren zu nennen. Falls keine Einigung erreicht werden kann, entscheidet die Direktorin oder der Direktor.

§ 8

Hoheitliche Forschung, Gemeinnützigkeit der entgeltlichen Auftragsforschung

(1) Die Institutsforschung unterscheidet sich in hoheitliche Forschung und in entgeltliche Auftragsforschung im Ressortbereich der Bundes- oder Landesbehörden sowie für Private.

(2) Der Bereich der entgeltlichen Auftragsforschung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(3) Zweck des Betriebs ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung staatlichen Verwaltungshandelns im Auftrag von Bund, Ländern, Gemeinden oder anderer Auftraggeber. Diese Projekte dienen der Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich des Verwaltungshandelns. Die im Rahmen der Forschungsprojekte gewonnenen Erkenntnisse sollen entweder über öffentlich zugängliche Projektberichte in einer der Publikationsreihen des Instituts oder in einem anerkannten Fachverlag, über wissenschaftliche Artikel, Tagungen, die Nachrichtenreihen oder die Homepage des Instituts der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Betrieb gewerblicher Art der entgeltlichen Forschungstätigkeit des Instituts ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Mittel des Bereichs der gewerblichen Auftragsforschung des Instituts dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Sie sind in diesem Rahmen für den vom Mittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden. Die Mittel sind bei der für Haushaltsfragen zuständigen Stelle auf gesonderten Konten zu führen.

(6) Das Institut erhält bei Auflösung oder Aufhebung des Betriebs gewerblicher Art oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.

(7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Einwerbung und Annahme von Drittmitteln darf nicht mit einer Beschaffungsentscheidung des Instituts in Zusammenhang stehen. Die rechtlichen und tatsächlichen Leistungsbeziehungen zwischen Drittmittelgeber und Forschungsinstitut sind zu dokumentieren und aufzubewahren.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Institutsordnung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 7. Dezember 2004 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 17. Januar 2005, S. 16 ff.) außer Kraft.

§ 10

Überprüfung

Vier Jahre nach dem Inkrafttreten prüft der Institutsvorstand, ob sich die Bestimmungen dieser Institutsordnung bewährt haben.

Speyer, den 13. November 2012

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow

Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

Die Institutsordnung wurde von der Staatskanzlei am 17. November 2012 genehmigt und am 17. Dezember 2012 im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

**Anhang II:
Alle Veröffentlichungen und Vorträge der Mitglieder, Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter 2015**

1. Selbständige Veröffentlichungen

- Auby, Jean-Bernard/Craig, Paul/Curtin, Deidre/Della Cananea, Giacinto/Galetta, Diana-Urania/Hofmann, Herwig C./Mendes, Joana/Mir, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques (Hrsg.), ReNEUAL-Musterentwurf für ein EU-Verwaltungsverfahrensrecht, München 2015.*
- Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Leidecker-Sandmann, Melanie/Maier, Jürgen/Maier, Michaela, Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn 2015.*
- Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29, Baden-Baden 2015.*
- Masser, Kai/Fischer, Franziska/Ritter, Tobias, Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals des Landes Baden-Württemberg, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 284, Speyer 2015.*
- Sicko, Corinna/Zeit, Dirk/Ziekow, Jan, Neubau der sozialen Wohnraumförderung. Evaluierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes Baden-Württemberg und Entwicklung von Regelungsalternativen, Schriften zur Evaluationsforschung, Bd. 5, Baden-Baden 2015.*
- Wirtz, Bernd W., E-Government - Perspektiven des kommunalen E-Government, Mainz 2015.*
- Wirtz, Bernd W., Media Management, Speyer 2015.*
- Wirtz, Bernd W./Daiser, Peter, E-Government - Strategy, Process, Instruments, Speyer 2015.*
- Ziekow, Jan (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts 2014, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 228, Berlin 2015.*
- Ziekow, Jan (Hrsg.), Grenzgänge zwischen Wissenschaft und Praxis – Walking the Border between Theory and Practice, Forschungssymposium am 7. November 2014 zu Ehren von Eberhard Bohne zum 70. Geburtstag, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 283, Speyer 2015.*
- Ziekow, Jan/Lee, Chien-Liang (Hrsg.), Wandlungen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Vorträge auf dem 1. deutsch-taiwanesischen vergleichenden Symposium zum öffentlichen Recht vom 31. Oktober bis 1. November 2013 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 227, Berlin 2015.*
- Ziekow, Jan/Seok, Jong Hyun (Hrsg.), Systemkrisen und Systemvertrauen. Vorträge auf dem 6. deutsch-koreanischen Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich 2013 vom 18. bis 19. Oktober 2013 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 226, Berlin 2015.*

2. Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

- Arnim, Hans Herbert von*, Anmerkung zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Juli 2015, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.), Bd. 130 (2015), S. 1523 (1529-1535).
- Arnim, Hans Herbert von*, Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache: Das Problem ihrer gerichtlichen Kontrolle, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Bd. 69 (2015), S. 537–546.
- Bauer, Christian*, Die Energiewende in der Politik- und Partizipationsverflechtungsfalle: Das Beispiel des Stromnetzausbaus, in: Verwaltungsarchiv (VerwArch), Bd. 106 (2015), S. 112–154.
- Bauer, Christian*, Stiftung von Legitimation oder Partizipationsverflechtungsfalle: Welche Folgen hat die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Stromnetzausbau?, in: Der moderne Staat (dms), Bd. 8 (2015), S. 273–293.
- Bauer, Christian/Knorr, Andreas/Mühlenkamp, Holger/Schomaker, Rahel/Werner, Jonas/Ziekow, Jan*, Was Sie schon immer über Public Private Partnerships wissen wollten, in: Der moderne Staat (dms), Bd. 8 (2015), S. 221–234.
- Bauer, Michael W.*, Die Verwaltungswissenschaft und die Herausforderungen der De-nationalisierung, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Bd. 56 (2015), S. 648–671.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan*, Die Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker – Eine Zwischenbilanz, in: integration (Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration), Bd. 38 (2015), S. 293–306.
- Bauer, Michael W./Conceição-Heldt, Eugénia da/Ege, Jörn*, Autonomiekonzeptionen internationaler Organisationen im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift (Sonderheft), Bd. 49 (2015), S. 28–53.
- Bogumil, Simon*, Erfolg und Misserfolg der populistischen radikalen Rechten in Deutschland und Europa. Eine Ursachenanalyse, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung, Bd. 21 (2015), S. 40–50.
- Braun Binder, Nadja*, Besprechung zu: Hanjo Hamann, Evidenzbasierte Jurisprudenz – Methoden empirischer Forschung und ihr Erkenntniswert für das Recht am Beispiel des Gesellschaftsrechts, 2014, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Bd. 68 (2015), S. 384 f.
- Braun Binder, Nadja* (Lead Author), Focus on e-voting, online verfügbar unter <http://ace-project.org/ace-en/focus/e-voting/> (Februar 2015).
- Bund, Eva/Gerhard, Ulrike/Hoelscher, Michael/Mildenberger, Georg*, A Methodological Framework for Measuring Social Innovation, in: Historical Social Research, Bd. 40 (2015), S. 48–78.
- Demper, Maxmilian*, Tagungsbericht: 6. Speyerer Europarechtstage: Aktuelle Fragen des Europäischen Beihilferechts, in: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS), Bd. 26 (2015), S. 26–29.

- Demper, Maximilian*, Tagungsbericht: 7. Speyerer Kartellrechtsforum: Aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung, Private Enforcement und Kriminalisierung von Kartellrechtsverstößen, in: Österreichische Zeitschrift für Kartellrecht (ÖZK) (2015), S. 96–99.
- Ege, Jörn*, Review of 'Reforming the European Commission, E. Schön-Quinlivan (Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2011, ISBN 9780230252578), in: Journal of Common Market Studies (JCMS), Bd. 53 (2015), S. 1188.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Germania und Italia: eine verwaltungsrechtliche Wahlverwandtschaft?, in: Die Verwaltung (Verw), Bd. 48 (2015), S. 309–336.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im italienischen Universitätsrecht, in: Zeitschrift für Hochschulrecht, Hochschulmanagement und Hochschulpolitik (ZFHR), Bd. 14 (2015), S. 46–55.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Il reclutamento universitario nella realtà federale tedesca, in: Ius Publicum Network Review (2015).
- Frech, Elena/König, Thomas/Osnabrügge, Moritz*, Öffentliche Unterstützung von Reformen und ihre Stabilität in Zeiten der Eurokrise - eine experimentelle Untersuchung der Wirksamkeit von Gegenargumenten, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), Bd. 25 (2015), S. 219–245.
- Gabriel, Oscar W.*, Politische Partizipation und sozioökonomische Ressourcenausstattung in europäischen Demokratien, in: Deutschland und Europa (2015), S. 68–73.
- Grohs, Stephan*, Verwalten oder gestalten? Kommunale Entscheidungsstrukturen und Verwaltungsmodernisierung in der kommunalen Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt - German Review of Social Policy, Bd. 64 (2015), S. 11–129.
- Grohs, Stephan/Heinze, Rolf G./Schneiders, Katrin*, Social Entrepreneurship vs. Intrapreneurship in the German Social Welfare State: A Study of Old-Age Care and Youth Welfare Services, in: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly, Bd. 44 (2015), S. 163–180.
- Hoelscher, Michael/Schubert, Julia*, Potential and Problems of Existing Creativity and Innovation Indices, in: Creativity Research Journal, Bd. 27 (2015), S. 1–15.
- Junge, Dirk/König, Thomas/Luig, Bernd*, Legislative Gridlock and Bureaucratic Politics in the European Union, in: British Journal of Political Science (BJPolS), Bd. 45 (2015), S. 777–797.
- Koch, Christian*, Besprechung zu: Heinz Barta, „Graeca non leguntur“? Zu den Ursprüngen des europäischen Rechts im antiken Griechenland, Band II/1 – Archaische Grundlagen, Teil 1, Wiesbaden (Harrassowitz) 2011 (XVII, 766 S.); Band II/2 – Archaische Grundlagen, Teil 2, 2011 (XV, 522 S.); Band III/1: Das griechische Recht in seinem kulturhistorischen Umfeld – Beispiele aus Dichtung, Geschichtsschreibung, Philosophie und (Kautelar)Jurisprudenz, 2014 (XX und 547 S.), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Rom. Abt. (ZStRom) 132 (2015), S. 535–538.
- Koch, Christian*, Besprechung zu: Symposium 2011, Études d'histoire du droit grec et hellénistique (Paris, 7–10 septembre 2011), hrsg. von Bernard Legras/Gerhard Thür (= Akten der Gesellschaft für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte 23), Wien 2013, in:

Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Rom. Abt. (ZStRom) 132 (2015), S. 527–535.

König, Thomas/Finke, Daniel, Legislative Governance in Times of International Terrorism, in: Journal of Conflict Resolution (JCR), Bd. 59 (2015), S. 262–282.

König, Thomas, Kanzler, Minister und Sachverständige. Eine Untersuchung der Bedeutung von Vertrauen für die Delegation von Reformen am Beispiel der Hartz-Reformen, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Bd. 56 (2015), S. 182–220.

König, Thomas/Köhler, Sebastian, Fiscal Governance in the Eurozone: How Effectively Does the Stability and Growth Pact Limit Governmental Debt in the Euro Countries?, in: Political Science Research and Methods (PSRM), Bd. 3 (2015), S. 329–351.

Lehrke, Jesse/Schomaker, Rahel, War-Fighting or Enhanced Policing? The Effectiveness of Kill-Capture Tools and Tactics in the Post-9/11 Era, in: Topics in Middle Eastern and African Economies, Bd. 17 (2015), S. 49–81.

Martini, Mario, Die Bürger- bzw. Volksbefragung als Baustein der Demokratie, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Bd. 68 (2015), S. 981–992.

Martini, Mario, Die Presseförderung im Fadenkreuz des Unionsrechts, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), Bd. 26 (2015), S. 821–827.

Martini, Mario, Trauer 2.0 – Rechtsfragen digitaler Formen der Erinnerungskultur, in: Wirtschaft und Verwaltung (WiVerw) (2015), S. 35–44.

Martini, Mario, "Wenn einer eine Reise tut..." – zur reisekostenrechtlichen Behandlung von Fahr- und Einsatzwechseltätigkeiten, in: Zeitschrift für Beamtenrecht (ZBR), Bd. 63 (2015), S. 7–15.

Martini, Mario/Fritzsche, Saskia, Mitverantwortung in sozialen Netzwerken – Facebook-Fanpage-Betreiber in der datenschutzrechtlichen Grauzone, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), Bd. 34 (2015), S. 1–16.

Mathieu, Emmanuelle, Review of "Foundations of EU Food Law and Policy, Ten Years of the European Food Safety Authority, edited by A. Alemanno and S. Gabbi", in: Journal of Common Market Studies (JCMS), Bd. 53 (2015), S. 930.

Mathieu, Emmanuelle, When Europeanization Feeds Back into EU Governance: EU Legislation, National Regulatory Agencies, and EU Regulatory Networks, in: Public Administration (PA) (2015).

Merten, Detlef, „Gute“ Gesetzgebung als Verfassungspflicht oder Verfahrenslast?, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 68 (2015), S. 349–361.

Morner, Michèle/Klimke, Bettina, Beteiligungsmanagement im Fokus: Wirkungsorientierte Steuerung guter Public Corporate Governance, in: Publicus – Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht (2015), S. 9–11.

Morner, Michèle/Klimke, Bettina, Vom New Public Management zum Post-NPM - nachhaltige und wirkungsorientierte Steuerung öffentlicher Unternehmen, in: Publicus – Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht (2015), S. 15 f.

- Pistoia, Adriano/Wirtz, Bernd W./Elsässer, Marc*, Perceived Quality of Web-Based Financial Advice and its Impacts, in: *The International Journal of Electronic Business*, Bd. 12 (2015), S. 319–344.
- Schomaker, Rahel*, Public-Private Governance Regimes in the Global Sphere, in: *Public Organization Review* (2015).
- Seckelmann, Margrit*, Föderalismusreform III im Wissenschaftsbereich? – Zur Ermöglichung weiterer föderaler Kooperation, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)*, Bd. 34 (2015), S. 248–252.
- Seckelmann, Margrit*, Rezension von Jörg Bogumil/Rolf G. Heinze (Hrsg.), *Neue Steuerung von Hochschulen. Eine Zwischenbilanz*, edition sigma (Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 41), Berlin 2009, und Jörg Bogumil/Martin Burgi/Rolf G. Heinze u.a., *Modernisierung der Universitäten. Umsetzungsstand und Wirkungen neuer Steuerungsinstrumente*, edition sigma (Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 41), Berlin 2013, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 68 (2015), S. 71–73.
- Sommermann, Karl-Peter*, Gemeineuropäische Verwaltungskultur als Gelingensbedingung europäischer Integration?, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 68 (2015), S. 449–455.
- Sommermann, Karl-Peter*, Widerstandsrecht und demokratische Selbstbestimmung, in: *Der Staat*, Bd. 54 (2015), S. 575–589.
- Stelkens, Ulrich*, Book Review, Söhne, Miriam, *Die Rechtshilfe in der Europäischen Union - eine kritische Bestandsaufnahme am Beispiel der Verwaltungssachen. Grundlagen und Stellenwert der Rechtshilfe vor dem Hintergrund fortschreitender Europäischer Integration*, in: *Common Market Law Review*, Bd. 52 (2015), S. 610–612.
- Stelkens, Ulrich*, Der Baum in Straßenrecht, in: *Verwaltungsarchiv (VerwArch)*, Bd. 106 (2015), S. 281–321.
- Stelkens, Ulrich*, Developpement du droit administratif à travers le Conseil de l'Europe dans les pays en transformation de l'Europe de l'Est: Expériences utiles pour le développement du droit administratif dans les États du Maghreb?, in: *Revue des Études politiques et Sociales* (2015), S. 99–111.
- Stelkens, Ulrich*, Gemeingebrauch, Sondernutzung und "Hausrecht" auf Friedhöfen, in: *Wirtschaft und Verwaltung (WiVerw)*, Bd. 61 (2015), S. 45–54.
- Stelkens, Ulrich*, Rezension zu Nöhmer, Sabrina, *Das Recht auf Anhörung im europäischen Verwaltungsverfahren*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts (AöR)*, Bd. 140 (2015), S. 158–161.
- Stelkens, Ulrich/Wabnitz, Miriam*, Kostenerstattung bei Verlegung von TK-Linien - Urteilsanmerkung zu BVerwG, Urt. v. 29.4.2015 - 6 C 32/14, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)*, Bd. 34 (2015), S. 1154f.
- Stelkens, Ulrich/Wabnitz, Miriam*, Neuere Rechtsprechung der Instanzgerichte zu §§ 68 bis § 75 TKG, in: *MultiMedia und Recht (MMR)*, Bd. 18 (2015), S. 502–506.
- Stelkens, Ulrich/Wabnitz, Miriam*, Neuere Rechtsprechung des BVerwG zu §§ 71 bis 75 TKG, in: *MultiMedia und Recht (MMR)*, Bd. 18 (2015), S. 302–307.

- Swiatczak, Martyna/Morner, Michèle/Finkbeiner, Nadine*, How Can Performance Measurement Systems Empower Managers? An Exploratory Study in State-Owned Enterprises, in: *International Journal of Public Sector Management*, Bd. 28 (2015), S. 371–403.
- Tatham, Michaël/Bauer, Michael W.*, The State, the Economy, and the Regions: Theories of Preference Formation in Times of Crisis, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* (2015).
- Torchia, Mariateresa/Calabrò, Andrea/Morner, Michèle*, Board of Directors' Diversity, Creativity and Cognitive Conflict. The Role of Board Members' Interaction // Board of Directors' Diversity, Creativity, and Cognitive Conflict, in: *International Studies of Management & Organization*, Bd. 45 (2015), S. 6–24.
- Trondal, Jarle/Bauer, Michael W.*, Conceptualizing the European multilevel administrative order. Capturing variation in the European administrative system, in: *European Political Science Review (EPSR)* (2015), S. 1–22.
- Weiß, Wolfgang*, Anmerkung zu EuG, Rs. T-251/13, Beschluss vom 3.3.2015, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)*, Bd. 26 (2015), S. 527f.
- Weiß, Wolfgang*, Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse in Religionsgemeinschaften, in: *Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht (ZEvKr)*, Bd. 50 (2015), S. 341–368.
- Weiß, Wolfgang*, Die Rechtsquellen des Völkerrechts in der Globalisierung: Zu Notwendigkeit und Legitimation neuer Quellenkategorien, in: *Archiv des Völkerrechts (AVR)*, Bd. 53 (2015), S. 220–251.
- Weiß, Wolfgang*, Rechtswirkung und Rechtsschutz bei Eröffnungsbeschlüssen der Kommission im Beihilfverfahren, in: *Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (ZWeR)*, Bd. 13 (2015), S. 364–381.
- Weiß, Wolfgang*, Solidarität und Loyalität in der Europäischen Verwaltung, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht (ZÖR)*, Bd. 69 (2015), S. 403–432.
- Weiß, Wolfgang*, WTO Domestic Regulation and Services Trade. Putting Principles into Practice, in: *International Trade Law and Regulation*, Bd. 21 (2015), S. 83–84.
- Wieland, Joachim*, Der Abschluss von Konzessionsverträgen als Teil der gemeindlichen Selbstverwaltung, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 68 (2015), S. 169–174.
- Wieland, Joachim*, Der informelle Weg zum Kompromiss, online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bverfg-urteil-2bve2111-linke-vermittlungsausschuss-bundestag-ausschluss-arbeitsgruppe-gespraechsrunde/> (2015).
- Wieland, Joachim*, EuG zur Umstrukturierung griechischer Staatsschulden: Gespielt, gesetzt, verloren, online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eug-urteil-t7913-staatsanleihen-griechenland-verlust-rendite-gewinn/> (2015).
- Wieland, Joachim*, OMT-Programm der EZB zulässig: Whatever it takes, online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eugh-urteil-c-6214-ezb-staatsanleihenkaeufe-rechtmaessig/> (2015).

- Windscheid, Leon/Bowes-Sperry, Lynn/Mazei, Jens/Morner, Michèle*, The Paradox of Diversity Initiatives: When Organizational Needs Differ from Employee Preferences, in: *Journal of Business Ethics* (2015).
- Wirtz, Bernd W.*, E-Government Portale, in: *Kommune21*, Bd. 15 (2015), S. 10–12.
- Wirtz, Bernd W./Birkmeyer, Steven*, Open government: Origin, development and conceptual perspectives, in: *International Journal of Public Administration (IJPA)*, Bd. 38 (2015), S. 381–396.
- Wirtz, Bernd W./Piehler, Robert/Daiser, Peter*, E-Government Portal Characteristics and Individual Appeal: An Examination of eGovernment and Citizen Acceptance in the Context of Local Administration Portals, in: *Journal of Nonprofit & Public Sector Marketing*, Bd. 27 (2015), S. 70–98.
- Wirtz, Bernd W./Schmitt, Daniel*, Open Government: Konzeption und Gestaltung im gesellschaftlichen Diskurs, in: *Verwaltung & Management (VM)*, Bd. 21 (2015).
- Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the Citizen back in: Motivational Aspects of Knowledge Sharing Through Web 2.0 Technologies in Public Administration, in: *eJournal of eDemocracy and Open Government*, Bd. 7 (2015), S. 29–44.
- Wolff, Johanna*, Der neue Artikel 91b Abs. 1 GG – Erweiterte Kooperation im Wissenschaftsföderalismus, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 68 (2015), S. 771–780.
- Wolff, Johanna*, Eine Annäherung an das Nudge-Konzept nach Richard H. Thaler und Cass R. Sunstein aus rechtswissenschaftlicher Sicht, in: *Rechtswissenschaft – Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung*, Bd. 6 (2015), S. 195–223.
- Wolff, Johanna*, Konnexität und Inklusion – Der „Kostenfaktor“ bei der Umsetzung der UN-BRK am Beispiel der geänderten Schulgesetze in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, in: *Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB)*, Bd. 62 (2015), S. 48–62.
- Wolff, Johanna*, Soft state influence on family life – Irrelevant for the parents' fundamental rights?, online verfügbar unter www.verfassungsblog.de/soft-state-influence-family-life-irrelevant-parents-fundamental-rights (2015).
- Ziekow, Jan*, Die Berücksichtigung späterer Erweiterungsmöglichkeiten als Option in der straßenrechtlichen Planfeststellung, in: *Verwaltungsarchiv (VerwArch)* 106 (2015), S. 528–544.
- Ziekow, Jan*, Entwicklungsstand und -perspektiven des Verwaltungsvertrags (chinesisch), in: *Taiwan Law Journal (TLJ)* 280 (2015), S. 3-19.
- Ziekow, Jan*, From a big state to a smart state: designing appropriate capacities, in: *World Affairs* (2) (2015), S. 84–93.
- Ziekow, Jan*, Gewährleistungsstaat und Regulierungsreform in Deutschland: From deregulation to smart regulation, In: *Ewha Law Journal* 19 (2015), S. 81–124.
- Ziekow, Jan*, Inhouse-Geschäft und öffentlich-öffentliche Kooperationen: Neues vom europäischen Vergaberecht?, in: *Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (NZBau)* 16 (2015), S. 258–264.

- Ziekow, Jan, Rechtsstaatliche Grenzen der Mediation im öffentlichen Recht: Verbindlichkeit von Mediationsergebnissen und Gesetzmässigkeitsprinzip (chinesisch und deutsch), in: National Chung Chen University Law Journal 48 (2015), S. 1–51.
- Ziekow, Jan, Soziale Aspekte in der Vergabe – Von der „Vergabefremdheit“ zur europäischen Regelung –, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 68 (2015), S. 897–904.
- Ziekow, Jan/Niestedt, Alexander, Friedhofsplanungs- und –genehmigungsverfahren, in: Wirtschaft und Verwaltung (WiVerw) 61 (2015), S. 1–10.

3. Aufsätze in Sammelwerken

- Anheier, Helmut K./Hoelscher, Michael, Cultural sustainability in small and medium-sized cities. What are the issues?, in: Khristova, Svetlana/Dragičević-Šešić, Milena/Duxbury, Nancy/Anheier, Helmut K. (Hrsg.), Cultural sustainability in European cities. Imagining Europe/Routledge Studies in Culture and Sustainable Development, London/New York 2015, S. 17–31.
- Anheier, Helmut K./Hoelscher, Michael, The 2005 UNESCO Convention and Civil Society – an Initial Assessment, in: Beukelaer, Christiaan de/Pykkönen, Miikka/Singh, J. P. (Hrsg.), Globalization, culture and development. The UNESCO Convention on Cultural Diversity/Houndmills, Basingstoke 2015, S. 182–202.
- von Arnim, Hans Herbert, Die unheilvolle Doppelwirkung von Sperrklauseln, in: Jochum, Heike/Elicker, Michael/Lampert, Steffen/Bartone, Roberto (Hrsg.), Freiheit, Gleichheit, Eigentum – Öffentliche Finanzen und Abgaben. Festschrift für Rudolf Wendt zum 70. Geburtstag, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 1300, Berlin 2015, S. 1071–1075.
- Bauer, Michael W./Ege, Jörn, The Autonomy of International Bureaucracies, in: Kim, Soonhey/Ashley, Shena/Lambright, W. Henry (Hrsg.), Public Administration in the Context of Global Governance, Cheltenham 2015, S. 63–84.
- Braun Binder, Nadja, Elektronische Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen in Deutschland, in: Hill, Hermann/Schliesky, Utz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Digitalen Staat – auch ein besserer Staat?, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 30, Baden-Baden 2015, S. 115–127.
- Braun Binder, Nadja, Financing Popular Initiatives and Referendum Campaigns, in: Fraenkel-Haerberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5, Leiden 2015, S. 161–181.
- Debus, Alfred/Piesker, Axel, Ex-post-Gesetzesevaluationen zur Ermittlung datenschutzrechtlicher Folgen, in: Gusy, Christoph (Hrsg.), Evaluation von Sicherheitsgesetzen, Studien zur inneren Sicherheit, Bd. 19, Heidelberg 2015, S. 193–222.
- Färber, Gisela, Consequences of the Economic and Financial Crisis for Public Administrations in Germany (in Chinese), in: Wang, Yukai/Färber, Gisela (Hrsg.), Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany, Beijing 2015, S. 331–344.

- Färber, Gisela*, Die Rolle des Nationalen Normenkontrollrats bei der Verbesserung der Rechtsetzung, in: Montoro Chiner, Maria Jesús/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Gute Rechtsetzung. La Buena Legislación, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 281, Speyer 2015, S. 87–104.
- Färber, Gisela*, Economic Aspects of Secessionist Movements, in: Belser, Eva Maria/Fang-Bär, Alexandra/Massüger, Nina/Oleschak Pillai, Rekha (Hrsg.), States falling apart? Secessionist and autonomy movements in Europe, Vol. 10, Berlin 2015, S. 125–134.
- Färber, Gisela*, Fiscal Equalization in Germany - Facts, Conflicts and Perspectives, in: Pola, Giancarlo (Hrsg.), Principles and practices of fiscal autonomy. Experiences, debates and prospects, London/New York 2015, S. 113–134.
- Färber, Gisela*, Intergovernmental Decision-Making in Financial Affairs in Germany: Institutions, Formal and Informal Rules, and Peculiarities, in: Palermo, Francesco/Alber, Elisabeth (Hrsg.), Federalism as decision-making. Changes in structures, procedures and policies Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 3, Leiden/Boston 2015, S. 213–227.
- Färber, Gisela*, Local Administrations under Demographic Change – Challenges and New Patterns of Administrative Organization and Cooperation? (in Chinese), in: Wang, Yukai/Färber, Gisela (Hrsg.), Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany, Beijing 2015, S. 178–189.
- Färber, Gisela*, Local Finance in Germany (in Chinese), in: Wang, Yukai/Färber, Gisela (Hrsg.), Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany, Beijing 2015, S. 67–78.
- Färber, Gisela*, Steuer- und Standortwettbewerb unter globalem Wettbewerbsdruck: Was muss der Finanzausgleich hierbei leisten?, in: Hänni, Peter/Belser, Eva Maria (Hrsg.), Mehr oder weniger Staat? Festschrift für Peter Hänni zum 65. Geburtstag, Bern 2015, S. 301–314.
- Färber, Gisela*, Verteilung der Besteuerungskompetenzen vs. Finanzausgleich- Eine subnationale Perspektive, in: Geissler, René/Knüpling, Felix/Kropp, Sabine/Wieland, Joachim (Hrsg.), Das Teilen beherrschen. Analysen zur Reform des Finanzausgleichs 2019, Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF), Bd. 46, Baden-Baden 2015, S. 211–230.
- Färber, Gisela/Salm, Marco/Hengstwerth, Stephanie*, Property tax reform in Germany – eternally unfinished or an instrument of a more equitable (local) tax system?, in: Kim, Junghun/Lotz, Jørgen/Mau, Niels Jørgen (Hrsg.), Interactions between local expenditure responsibilities and local tax policy. The Copenhagen Workshop, Copenhagen 2015, S. 167–201.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Arbeitsgruppe „Bildungspolitik“: kurzes, rechtsvergleichendes Resümee, in: Ognois, Laure/Sommermann, Karl-Peter/Larat, Fabrice (Hrsg.), Theorie und Praxis der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit in Verwaltung und Wissenschaft seit dem Élysée-Vertrag / Théorie et pratique de la coopération franco-allemande dans l’administration et le domaine de la recherche depuis le Traité de l’Élysée (Deutsch-Französische Sommerschule 2013), Speyerer Arbeitshefte, Nr. 217, Speyer 2015, S. 47–51.

- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Attività amministrativa di diritto private e paradigma dell'efficienza, in: Baroncelli, Stefania (Hrsg.), Efficacia ed efficienza della pubblica amministrazione. Effektivität und Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Bolzano 2015, S. 143–160.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Italian Regionalism: Participation and Plebiscitary Models, in: Fraenkel-Haeberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5, Leiden 2015, S. 231–245.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, La mediazione in Germania tra diritto amministrativo e new public management, in: Falcon, Giandomenico/Marchetti, Barbara (Hrsg.), Verso nuovi rimedi amministrativi? Modelli giustiziali a confronto, Bd. 13, Napoli 2015, S. 209–226.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Modelli partecipativi nell'ordinamento regionale, in: Malo, Maurizio/Pretis, Daria de/Marchetti, Barbara (Hrsg.), Pensare il diritto pubblico. Liber amicorum per Giandomenico Falcon, Napoli 2015, S. 431–450.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Participatory Democracy and the global approach in environmental legislation, in: Lohse, Eva Julia/Poto, Margherita (Hrsg.), Participatory Rights in the Environmental Decision-Making Process and the Implementation of the Aarhus Convention: a Comparative Perspective, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 205, Berlin 2015, S. 33–44.
- Gabriel, Oscar W.*, Direct and representative democracy: the perspective of german citizens, in: Fraenkel-Haeberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5, Leiden 2015, S. 87–113.
- Gabriel, Oscar W.*, When representation fails: behavioural reactions to perceived failure of political representation in France and Germany, in: Poguntke, Thomas/Rossteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Zmerli, Sonja/Deth, Jan W. van (Hrsg.), Citizenship and democracy in an era of crisis. Essays in honour of Jan W. van Deth/Routledge Research in Comparative Politics, Vol. 64, London/New York 2015, S. 53–74.
- Grohs, Stephan*, Public Private Partnerships, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Bd. 1418, 6., überarb. und erw. Aufl., München 2015, S. 527 f.
- Grohs, Stephan/Knill, Christoph*, Administrative styles of EU Institutions, in: Bauer, Michael W./Trondal, Jarle (Hrsg.), The Palgrave Handbook of the European Administrative System, London/New York 2015, S. 93–107.
- Hoelscher, Michael*, Differenzierung von Hochschulsystemen entlang der Spielarten des Kapitalismus. Empirische Analysen im internationalen Vergleich, in: Banscheraus, Ulf/Engel, Ole/Mindt, Anne (Hrsg.), Differenzierung im Hochschulsystem. Nationale und internationale Entwicklungen und Herausforderungen, Münster [u.a.] 2015, S. 95–111.
- Hoelscher, Michael*, Policy Knowledge: Universities, in: Wright, James D. (Hrsg.), International encyclopedia of the social & behavioral sciences, 2nd Ed., Oxford 2015, S. 307–313.

- Hoelscher, Michael*, Vergleiche vergleichen. Die Analyse politischer Kulturen in Europa mit Hilfe verschiedener Techniken, in: Rössel, Jörg/Roose, Jochen (Hrsg.), *Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden 2015, S. 195–220.
- Koch, Christian*, *Rechtsstaatliche Grundlagen des Öffentlichen Dienstes*, in: *Karl-Peter Sommermann/Giorgi Khubua (Hrsg.), Transformation der öffentlichen Verwaltung im Südkaukasus: Bilanz und Perspektiven*, Ivana Javakhishvili Staatliche Universität Tbilisi (Studien und Materialien des Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 2), Tiflis 2015, S. 134–199.
- Koch, Christian*, *Schulgesetz Rheinland-Pfalz: § 85 (Beteiligung an Verpflegungskosten); § 93 (Einzugsbereiche); § 48, § 48a (Schulausschuss); § 100 (Prüfungen von Nichtschülerinnen und Nichtschülern)*, in: *Margrit Seckelmann/Joachim Grumbach/Christian Bickenbach/Michael Thews (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, 18. Aufl. Wiesbaden 2015*.
- Magiera, Siegfried*, Die soziale Dimension der Freizügigkeit in der Europäischen Union, in: *Stumpf, Cordula/Kainer, Friedemann/Baldus, Christian (Hrsg.), Privatrecht, Wirtschaftsrecht, Verfassungsrecht. Privatinitiative Und Gemeinwohlorizonte in Der Europäischen Integration. Festschrift für Peter-Christian Müller-Graff zum 70. Geburtstag*, Baden-Baden 2015, S. 1427–1434.
- Magiera, Siegfried*, Finanzierung und Haushaltsdisziplin der Europäischen Union, in: *Jochum, Heike/Elicker, Michael/Lampert, Steffen/Bartone, Roberto (Hrsg.), Freiheit, Gleichheit, Eigentum - Öffentliche Finanzen und Abgaben. Festschrift für Rudolf Wendt zum 70. Geburtstag, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 1300*, Berlin 2015, S. 639–652.
- Magiera, Siegfried/Niedobitek, Matthias*, Gerichtshof, in: *Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, S. 103–112.
- Magiera, Siegfried/Niedobitek, Matthias*, Rechnungshof, in: *Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, S. 127–130.
- Martini, Mario*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeitsschutz und das Datenschutzrecht (Langfassung), in: *Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29*, Baden-Baden 2015, S. 99–169.
- Martini, Mario*, E-Participation in Germany – New forms of Citizen Involvement between Vision and Reality, in: *Fraenkel-Haeberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5*, Leiden 2015, S. 121–160.
- Martini, Mario*, Wie viel ökonomische Rationalität verträgt der Gesundheitsschutz?, in: *Baer, Susanne/Lepsius, Oliver/Schönberger, Christoph/Waldhoff, Christian/Walter, Christian (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 63*, Tübingen 2015, S. 213–250.

- Martini, Mario*, Wie werden und wollen wir morgen leben? – Ein Blick in die Glaskugel der digitalen Zukunft, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Die digitale Lebenswelt gestalten, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 29, Baden-Baden 2015, S. 9–56.
- Merten, Detlef*, *Compliance im Spannungsfeld zu Verwaltungsethos und Verwaltungskultur*, in: Nicola Ohrtmann/Rolf Stober (Hrsg.), *Compliance. Handbuch für die öffentliche Verwaltung*, Stuttgart 2015, S. 36–51.
- Merten, Detlef*, Karl August Bettermann (1913–2005), in: Häberle, Peter/Kilian, Michael/Wolff, Heinrich Amadeus (Hrsg.), *Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. Deutschland, Österreich, Schweiz* Berlin 2015, S. [?].
- Misgeld, Manuel*, Herausforderungen bei der Steuerung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Personal- und Führungsverhaltens, in: Verenkotte, Christoph/Beutel, Rainer Christian/Bönders, Thomas (Hrsg.), *Change Management, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften*, Bd. 39, Baden-Baden 2015, S. 55–70.
- Morner, Michèle/Walther, Axel*, Exzellenz im Aufsichtsrat - Faktoren effektiver Entscheidungsprozesse, in: Schoppen, Willi (Hrsg.), *Corporate Governance. Geschichte - Best Practice – Herausforderungen*, Frankfurt 2015, S. 150–156.
- Seckelmann, Margrit*, § 1 Auftrag der Schule (Fortsetzung), in: Seckelmann, Margrit/Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Thews, Michael (Hrsg.), *Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen*, Loseblattausgabe, 18. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Seckelmann, Margrit*, § 109a (Neukommentierung), in: Seckelmann, Margrit/Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Thews, Michael (Hrsg.), *Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen*, Loseblattausgabe, 18. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Seckelmann, Margrit*, § 20 Schulversuche (Fortsetzung), in: Seckelmann, Margrit/Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Thews, Michael (Hrsg.), *Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen*, Loseblattausgabe, 18. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Seckelmann, Margrit*, § 23 Selbständigkeit der Schulen (Fortsetzung), in: Seckelmann, Margrit/Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Thews, Michael (Hrsg.), *Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen*, Loseblattausgabe, 18. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Seckelmann, Margrit*, Auf dem Weg zum Smart Grid – Vorteile und datenschutzrechtliche Probleme, in: Hill, Hermann/Schliesky, Utz (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Digitalen Staat - auch ein besserer Staat?*, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 30, Baden-Baden 2015, S. 241–275.
- Seckelmann, Margrit*, Das Patentrecht als Rektionsbeschleuniger. Die Entwicklung des Patentrechts im zweiten deutschen Kaiserreich (1871-1914), in: Otto, Martin/Klippel, Diethelm (Hrsg.), *Geschichte des deutschen Patentrechts, Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht*, Bd. 102, Tübingen 2015, S. 37–70.

- Seckelmann, Margrit*, Die Kugeln in unseren Schreibern: Der prekäre (Patent-)Schutz für Laszlo Biro und seine Erfindung, in: Jung, Sophie (Hrsg.), 12 Gegenstände, Stuttgart 2015, S. 51–67.
- Seckelmann, Margrit*, Einführung (Fortsetzung), in: Seckelmann, Margrit/Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Thews, Michael (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, 18. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung zu Art. 91d GG - Verwaltungsleistungsfähigkeitsvergleiche, in: Axer, Peter/Friauf, Karl Heinrich (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, 46. Aufl., Berlin 2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Citizen Participation in Multi-level Democracies: An Introduction, in: Fraenkel-Haeberle, Cristina/Kropp, Sabine/Palermo, Francesco/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Citizen participation in multi-level democracies, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Vol. 5, Leiden 2015, S. 1–12.
- Sommermann, Karl-Peter*, Die Europäisierung der nationalen Verwaltungskulturen, in: Sommermann, Karl-Peter/Khubua, Giorgi (Hrsg.), Transformation der öffentlichen Verwaltung im Südkaukasus: Bilanz und Perspektiven, Studien und Materialien des Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 2, Tiflis 2015, S. 218–232.
- Sommermann, Karl-Peter*, Funktionsbedingung oder Gefährdung der Demokratie? – Eine Skizze, in: Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Sachverständige Politikberatung. Funktionsbedingung oder Gefährdung, Baden-Baden 2015, S. 14–21.
- Sommermann, Karl-Peter*, The Right of Resistance: Approaches in Legal Philosophy, in: Weibel, Peter (Hrsg.), Global activism. Art and conflict in the 21st century, London 2015, S. 119–128.
- Sommermann, Karl-Peter*, Von der Europäisierung des Verwaltungsrechts zur Europäisierung der Verwaltungskultur, in: Beck, Joachim/Larat, Fabrice (Hrsg.), Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Bestandesaufnahme und Perspektiven = Les cultures administratives transnationales en Europe : etat des lieux et perspectives-Schriften zur Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bd. 10, Zürich, Baden-Baden 2015, S. 253–267.
- Stelkens, Ulrich*, Schützen deutsche Grundrechte vor deutschen unionsrechtswidrigen Rechtsakten?, in: Jochum, Heike/Elicker, Michael/Lampert, Steffen/Bartone, Roberto (Hrsg.), Freiheit, Gleichheit, Eigentum - Öffentliche Finanzen und Abgaben. Festschrift für Rudolf Wendt zum 70. Geburtstag, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 1300, Berlin 2015, S. 467–480.
- Stelkens, Ulrich*, Staatshaftung und E-Government - Verwaltungsorganisationsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten, in: Hill, Hermann/Schliesky, Utz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Digitalen Staat - auch ein besserer Staat?, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 30, Baden-Baden 2015, S. 189–240.
- Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael*, Buch IV – Verträge, in: Auby, Jean-Bernard/Craig, Paul/Curtin, Deidre/Della Cananea, Giacinto/Galetta, Diana-Urania/Hofmann, Her-

wig C./Mendes, Joana/Mir, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques (Hrsg.), ReNEUAL-Musterentwurf für ein EU-Verwaltungsverfahrenrecht, München 2015, S. 99–140.

Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael, The recognition of foreign administrative acts – a German perspective, in: Rodríguez-Arana Muñoz, Jaime (Hrsg.), Recognition of foreign administrative acts, *Ius Comparatum - Global Studies in Comparative Law*, Vol. 10, Heidelberg 2015, S. 130–170.

Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael/Auby, Jean-Bernard/Schröder, Hanna/Ziller, Jacques, Księga IV- Umowyin, in: Wierzbowski, Marek/Schneider, Jens-Peter/Ziller, Jacques/Hofmann, Herwig C. (Hrsg.), ReNEUAL. Model kodeksu postępowania administracyjnego Unii Europejskiej, Warszawa 2015, S. 143–174.

Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael/Auby, Jean-Bernard/Schröder, Hanna/Ziller, Jacques, Libro IV- Contratos, in: Mir Puigpelat, Oriol/Schneider, Jens-Peter/Hofmann, Herwig C./Ziller, Jacques (Hrsg.), Código ReNEUAL de procedimiento administrativo de la Unión Europea, Madrid 2015, S. 209–264.

Stelkens, Ulrich/Perabo, Thorsten, Pflichten zur Erarbeitung, Vorlage, Abstimmung und Durchführung von Sicherheitskonzepten in Verfahren zur Genehmigung von Großveranstaltungen, in: Kugelmann, Dieter (Hrsg.), *Verfahrensrecht für die Sicherheit von Großveranstaltungen, Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext*, Bd. 6, Baden-Baden 2015, S. 11–150.

Wälder, Nadine/Morner, Michèle, The Role of Conditional Cooperation in Organizing Change. Establishing Cooperation Norms and Practices as Change Enablers, in: Al-bach, Horst/Meffert, Heribert/Pinkwart, Andreas/Reichwald, Ralf (Hrsg.), *Management of Permanent Change*, Wiesbaden 2015, S. 49–64.

Weiß, Wolfgang, Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, S. 263–268.

Weiß, Wolfgang, The EU Human Rights Regime post Lisbon: Turning the CJEU into a Human Rights Court?, in: Morano-Foadi, Sonia/Vickers, Lucy (Hrsg.), *Fundamental rights in the EU. A matter for two courts*, Oxford 2015, S. 69–90.

Weiß, Wolfgang, WTO procurement rules, in particular the Government Procurement Agreement (GPA) and services of general interest, in: Krajewski, Markus (Hrsg.), *Services of general interest beyond the single market. External and international law dimensions*, The Hague 2015, S. 49–76.

Wieland, Joachim, Artt. 22 und 34, in: Dreier, Horst (Hrsg.), *Grundgesetz (Kommentar)*, Bd. 2, 3. Aufl., Tübingen 2015, S. 420 - 435, 977 - 1002.

Wieland, Joachim, Aufgabenzuweisung und Finanzierungsverantwortung politischer Parteien, in: Krüper, Julian/Merten, Heike/Poguntke, Thomas (Hrsg.), *Parteienwissenschaften, Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung*, Bd. 50, Baden-Baden 2015, S. 231–240.

- Wieland, Joachim*, Kommunale Finanzkraft im Länderfinanzausgleich, in: Jochum, Heike/Elicker, Michael/Lampert, Steffen/Bartone, Roberto (Hrsg.), Freiheit, Gleichheit, Eigentum - Öffentliche Finanzen und Abgaben. Festschrift für Rudolf Wendt zum 70. Geburtstag, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 1300, Berlin 2015, S. 723–736.
- Wieland, Joachim*, Mehr Europa!, in: Kadelbach, Stefan (Hrsg.), Die Europäische Union am Scheideweg: mehr oder weniger Europa?, Schriften zur Europäischen Integration und Internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 36, Baden-Baden 2015, S. 211–215.
- Wolff, Johanna*, Der neue Art. 91b I GG – Verfassungsrechtliche Vorgaben und politische Spielräume, in: Borgwardt, Angela (Hrsg.), Neuer Art. 91b GG: Was ändert sich für die Wissenschaft, Berlin 2015, S. 11–15.
- Wolff, Johanna*, Kommentierung der §§ 70-77 EEG 2014 (Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten), in: Boewe, Marius/Greb, Klaus (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG 2014) – EEG, 2. Aufl., München 2015.
- Zeit, Dirk*, Territorial Reforms – An approach to ensure effective and efficient administration in times of demographic change? (in Chinese), in: Wang, Yukai/Färber, Gisela (Hrsg.), Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany, Beijing 2015, S. 272–282.
- Ziekow, Jan*, Bürgerbeteiligung als systemstabilisierendes Element der parlamentarischen Demokratie, in: Jan Ziekow/Jong Hyun Seok (Hrsg.), Systemkrisen und Systemvertrauen. Vorträge auf dem 6. deutsch-koreanischen Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich 2013 vom 18. bis 19. Oktober 2013 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 226, Berlin 2015, S. 223–233.
- Ziekow, Jan*, Die Beteiligung des Staates an interkommunalen Kooperationen, in: Verwaltungsrechtssystem und Verwaltungsrechtswissenschaft. Festschrift für Prof. Dr. Hae Ryoung Kim zum 65. Geb., Teil I, Public Land Review, Vol. 73, Seoul 2015, S. 483–497.
- Ziekow, Jan*, Entscheidung der Bürger über Großprojekte durch Bürger-/Volksentscheid – Regelfall oder ultima ratio?, in: Jan Ziekow/Chien-Liang Lee (Hrsg.), Wandlungen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Vorträge auf dem 1. deutsch-taiwanesischen vergleichenden Symposium zum öffentlichen Recht vom 31. Oktober bis 1. November 2013 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 227, Berlin 2015, S. 237–257.
- Ziekow, Jan*, Gestaltung des demographischen Wandels als Verwaltungsaufgabe, in: Andreas Arnauld/Hans Christian Röhl/Fabian Wittreck et al. (Hrsg.), Öffnung der öffentlich-rechtlichen Methode durch Internationalität und Interdisziplinarität. Dritte Gewalt im Wandel. Gestaltung des demographischen Wandels als Verwaltungsaufgabe... Referate und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Düsseldorf vom 1. bis 4. Oktober 2014, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Bd. 74, Berlin 2015, S. 245–292.
- Ziekow, Jan*, Implementation of citizen participation in the planning process of infrastructure projects – from participation of concerned citizens to participatory governance

(chinesisch), in: Yukai Wang/Gisela Färber (Hrsg.), *Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany*, Beijing 2015, S. 320–328.

Ziekow, Jan (2015): Stand und Perspektiven der Gesetzesfolgenabschätzung in Deutschland, in: Montoro Chiner, Maria Jesús/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), *Gute Rechtsetzung. La Buena Legislación*, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 281, Speyer 2015, S. 31–42.

Ziekow, Jan/Piesker, Axel, Territorial and functional reforms on the local level – Current developments and challenges in Germany (chinesisch), in: Yukai Wang/Gisela Färber (Hrsg.), *Comparative Studies on Vertical Administrative Reforms in China and Germany*, Beijing 2015, S. 261–271.

4. Weitere Veröffentlichungen

Herr, Marius, Das E-Government-Gesetz des Bundes. Ein verwaltungswissenschaftlicher Literaturbericht, FÖV Discussion Papers 82, Speyer 2015.

Zeitz, Dirk, Der Antrag auf Wohngeld als Beispiel der Konsequenzen des Exekutivföderalismus auf den Erfüllungsaufwand, FÖV Discussion Papers 81, Speyer 2015.

Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna u.a., Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung, CLIMATE CHANGE 26/2015, Dessau 2015.

Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna u.a., Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung, Endbericht, Speyer 2015.

Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Katz, Dieter/Willwacher, Hanna, Evaluation nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 07. Dezember 2011 (auch abrufbar als BT-Drs. 18/5935), Speyer 2015.

Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Katz, Dieter/Willwacher, Hanna, Evaluierung des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus vom 20. August 2012, Speyer 2015.

5. Vorträge

Bauer, Michael W., Decline of the European Commission? Economic Governance in the EU post-crisis, Political Studies Association, PSA-Conference, Sheffield (United Kingdom), March/April 2015.

Bauer, Michael W., A European Tax - Wishful Thinking or Realistic Project?, European University Institute (EUI), Workshop on Own Resources, Florence (Italy), April 2015.

Bauer, Michael W., Multi-Level Governance in Action: The Competence Allocation Preferences of Regional élites, SciencesPo, 22nd CES International Conference on Europeanists, Paris (France), Juli 2015.

- Bauer, Michael W.*, Theoretical and Experimental Findings on the Role of Information and Trust in Alternative Service Arrangement, IASIA Annual Conference: "Alternative Service Delivery Arrangements", Paris (France), Juli 2015.
- Bauer, Michael W.*, Bureaucratic Autonomy and Policy Outcome: Evidence from a Comparative Study, San Francisco (USA), September 2015.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan*, Assessing the European Parliament's power of the purse: Formal rules and actual practice, Universität Heidelberg; Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Economics and Politics seminar, Heidelberg, Juli 2015.
- Bauer, Michael W./Ege, Jörn*, Projektvorstellung AUTONOMY, DFG Forschergruppe „International Public Administration“, Berlin, 04.-06.11.2015.
- Bauer, Michael W./Tatham, Michael*, Trust in the state in times of crisis – Insights from Regional Bureaucrats in 11 European Countries, IIAS Congress 2015, Rio de Janeiro (Brazil), Juni 2015.
- Braun Binder, Nadja*, Verwaltungswissenschaft und E-Government-Gesetzgebung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften; Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, 5. Wiss. Symposiums „E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems“, Speyer, 16.01.2015.
- Braun Binder, Nadja*, Rechtsakte der EU-Kommission im Bereich der direkten Steuern, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), PAKT-Workshops, Mannheim, 11.03.2015.
- Braun Binder, Nadja*, Kommunikation und Information im Vorfeld direktdemokratischer Verfahren, Kanton Aargau; Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, 2. Demokratiekonferenz Aargau-Rheinland-Pfalz, Speyer, 12.05.2015.
- Braun Binder, Nadja*, Betroffenenpartizipation mittels Verwaltungsreferendum?, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Fachtagung „Direkte Demokratie“, Ludwigsburg, 30.09.2015.
- Ege, Jörn*, Comparing and Explaining the Autonomy of International Secretariats: An Ideal Type Approach, Warsaw (Poland), 29.03-2.04.2015.
- Färber, Gisela*, Möglichkeiten und Grenzen des Wechsels vom Beamten- ins Angestelltenverhältnis, Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung, Kontinuität und Diskontinuität in der Altersvorsorge, Berlin, 29.01.2015.
- Färber, Gisela*, Was können wir uns (nachhaltig) leisten? Eine Annäherung aus finanzwissenschaftlicher Sicht, "Was wollen und was können wir uns leisten?" (Stadtdialog der Landeshauptstadt Hannover), Hannover, 18.05.2015.
- Färber, Gisela*, General Aspects and International Experiences of Civil Service Payment Reform, Ministry of Finance Indonesia, Workshop "Fiscal Analysis of Remuneration System", Jakarta (Indonesia), 3.06.2015.
- Färber, Gisela*, Finanzpolitische Fragestellungen, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Expertenworkshop von „MORO – Lebendige Regionen“, Bonn, 18.06.2015.

- Färber, Gisela*, Moderation der Podiumsdiskussion "Bessere Rechtsetzung und Politik – Entscheidungshilfe oder –hindernis?", Jahrestagung der Gesellschaft für Programmforschung, Berlin, 02.07.2015.
- Färber, Gisela*, German Public Administration and Fiscal Federalism, University of Heidelberg, Taiwanese Executive Leadership Programm (TELP), Heidelberg, 29.07.2015.
- Färber, Gisela*, Trends of Economic Transformation – Processes and Challenges, China Institutes for Reform and Development (CIRD), Economic Transformation and Sustainable Development—Opportunities and Impacts of China's Belt and Road Initiative, 80th International Forum on Reform on the theme of "Economic Transformation and Sustainable Development", Haikou (China), 31.10.2015.
- Färber, Gisela/Salm, Marco*, (De-)centralised Social Protection in Germany: Between Efficient Local Allocation and Central Redistribution, Korea Institute of Public Finance (KIPF); Danish Ministry of Economic Affairs and the Interior, 5. Copenhagen Workshop "Decentralization of education, health and social protection: issues and challenges", Copenhagen (Denmark), 11.09.2015.
- Färber, Gisela/Wang, Jessie*, Subnational Public Debt in China and Germany – A Comparative Perspective, Guangzhou (China), 10.01.2015.
- Färber Gisela*, Diversity from Demographic Change and its Effects on Intergovernmental Financial Relations: German Experiences and Discussions for Reform, IACFS Annual Conference "Revisiting Unity and Diversity in Federal Countries: Changing Concepts, Reform Proposals and New Institutional Realities", Montréal (Canada), 02.10.2015.
- Fraenkel-Haerberle, Cristina*, Il reclutamento universitario in Germania, Universität Turin, Le nuove prospettive del reclutamento universitario. Modelli a confronto, Turin (Italien), 9.03.2015.
- Gabriel, Oscar W.*, Informal Political Participation, University of Innsbruck; EURAC, Winter School on Federalism and Participation, Bolzano/Innsbruck, 3.02.2015.
- Gabriel, Oscar W.*, Volksparteien im Abstieg?, Johannes Gutenberg Universität, Mainz, 28.02.2015.
- Gabriel, Oscar W.*, Politische Beteiligung in Deutschland – ein internationaler Vergleich, Universität Trier; Agenda 21 Trier; Friedrich Ebert Stiftung, Trier, 9.06.2015.
- Gabriel, Oscar W.*, Direkte Demokratie – ein Weg zur Verbesserung der Qualität der Demokratie?, Konrad Adenauer Stiftung; Günter-Rinsche-Kreis, Stuttgart, 25.06.2015.
- Grohs, Stephan*, Kommunale Sozialpolitik in der Haushaltskrise, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tuttlingen, 26.02.2015.
- Grohs, Stephan*, Nachhaltige Stadtentwicklung: Ergebnisse einer Bürgerbefragung, Zukunftswerkstadt der Stadt Konstanz, Konstanz, 14.03.2015.
- Grohs, Stephan*, Outsiders and Intrapreneurs: The Institutional Embeddedness of Social Entrepreneurship in Germany, Hertie School of Governance, Colloquium Organisation, Management & Leadership, Berlin, 9.04.2015.

- Grohs, Stephan*, Civil Service System in Germany, Guandong Spring School, Munich, 18.04.2015.
- Grohs, Stephan/Stepffen Eckhard/Christoph Knill*, Do Administrative Styles Matter? Institutional Opportunity Structures and Administrative Behavior in the EU and OSCE, Université de Montréal, 9th European Consortium for Political Research (ECPR) General Conference, Montréal (Canada), 29.08.2015.
- Grohs, Stephan/Sylvia Schmidt/Stepffen Eckhard / Jan Enkler / Lucia Di Grandi / Christoph Knill*, A Matter of Routine? Administrative Styles in International Organisations, University of Warsaw, 2015 European Consortium for Political Research (ECPR) Joint Session, Warsaw (Poland), 29.03-2.04.2015.
- Hoelscher, Michael*, Wissenschaftsmanagement als Beruf, Verein zur Förderung des deutschen und internationalen Wissenschaftsrechts, Die Hochschul- und Fakultätsleitungen zwischen Professionalisierungsanspruch und Wahrung des Kollegialitätsprinzips, Weimar, 05/06.11.2015.
- Hoelscher, Michael*, Demografischer Wandel und Hochschulen in Deutschland, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Auswirkungen des demografischen Wandels im Hochschulbereich im deutsch-polnischen Vergleich, Warschau (Polen), 23.11.2015.
- Hoelscher, Michael/Pruisken, Insa*, Think Tanks in the field of higher education, Workshop „Think Tanks in the Knowledge Society“, Speyer, 04./05.12.2015.
- Koch, Christian*, *Remarques juridiques concernant le marché du travail transfrontalier en Europe (Zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt aus rechtlicher Sicht)*, Parlement européen, Strasbourg (France), 21.05.2015.
- Koch, Christian*, *Public Administration in a Rule of Law Based State. Selected Aspects: Administrative Procedure; Civil Service*, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 05.08.2015.
- Koch, Christian*, *Civil Service: Problems and Perspectives*, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 04.09.2015.
- Koch, Christian*, *Human Resources Management within the German Public Sector*, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 08.09.2015.
- Koch, Christian*, *International Framework in fighting against corruption and some examples of German measures against corruption and of ways in preventing corruption*, Verwaltungsinstitut, Odessa (Ukraine), 18.10.2015.
- König, Thomas*, Competitive Agenda Setting in Parliamentary Democracies, Institute for Advanced Study - Toulouse School of Economics, Conference on Elections: Behaviours, Institutions and Reforms, Toulouse (France), 25.03.2015.
- König, Thomas*, European Integration and Party Support, Christian-Albrechts-Universität, Ringvorlesung 350 Jahre CAU, Kiel, 03.06.2015.
- König, Thomas/Bayer, Patrick/Luetgert, Brooke*, Bargaining under Uncertainty: An Empirical Analysis of Changes in Government Positions, Nice Intergovernmental Conference, 8th Annual Conference on the Political Economy of International Organizations (PEIO), Berlin, 12.02.2015.

- König, Thomas/Luig, Bernd*, European Integration and Legislative Patterns of Democracy, European Political Science Association (EPSA), 5th Annual General Conference, Vienna (Austria), 27.06.2015.
- König, Thomas/Luig, Bernd*, European Integration and Legislative Patterns of Democracy, American Political Science Association (APSA), 111th Annual Meeting, San Francisco (USA), 03.09.2015.
- König, Thomas/Luig, Bernd/Wittwer, Milena*, The Internationalization of Parliamentary Democracies: How the Implementation of EU Acts Changes the Power Relationship in Coalition Governments, Workshop „Theoretical und Empirical Advances in International Political Economy“/SFB 884, Mannheim, 10.02.2015.
- Kubach, René*, Qualitätssicherung der QS-Kriterien im Handbuch LeiKa-plus, Sitzung der Fachgruppe LeiKa, Magdeburg, 26.06.2015.
- Kubach, René/Dirksmeyer, Tyko*, Poster „Klar – verständlich – rechtssicher: Bürgerfreundliche Beschreibung von Verwaltungsleistungen“, Nationales E-Government Kompetenzzentrum (negz); Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie e.V. (ISPRAT), Herbsttagung Staatsmodernisierung 2015, Berlin, 3.11.2015.
- Lehrke, Jesse/Masser, Kai*, Leviathan 2.0: Reinforcing Security, the State, and the Social Contract through Citizen Participation in Open Security, Transatlantic Policy Consortium (TPC), ‘Retinking Public Governance’ Conference, Budapest (Hungary), 10.-12.06.2015.
- Lehrke, Jesse/Masser, Kai*, Leviathan 2.0: Reinforcing the Social Contract by Open Security, 2015 International Congress of the IIAS: Trust in Public Administration, International Institute of Administrative Sciences, Rio de Janeiro (Brazil), 22.-26.06.2015.
- Luig, Bernd*, Vorschläge und Ergebnisse in der EU-Steuerpolitik: Eine Analyse des Gesetzgebungsprozesses, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Workshop „Steuerpolitik in der EU“, Mannheim, 11.03.2015.
- Magiera, Siegfried*, Förderung erneuerbarer Energien im EU-Binnenmarkt zwischen Beihilfeverbot und Warenverkehrsfreiheit, 5. Spanisch-deutscher Gesprächskreis zum Öffentlichen Recht: Auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion?, Instituto Pascual Madoz del Territorio, Urbanismo y Medio Ambiente; Institut für Berg- und Energierecht der Ruhr-Universität Bochum, Santa Cruz de Tenerife (Kanarische Inseln, Spanien), 27.02.2015.
- Magiera, Siegfried*, Freizügigkeit und soziale Rechte nicht erwerbstätiger Unionsbürger, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung; Escola d’Administració Pública de Catalunya, 12. Gemeinsames Seminar, Barcelona (Spanien), 29.05.2015.
- Magiera, Siegfried*, Participation of parliaments in safeguarding democracy and the rule of law, Jean Monnet Seminar “A Changing Neighbourhood”, Commission of the European Union, Tbilisi (Georgien), 22.06.2015.
- Magiera, Siegfried*, Beachtung und Durchsetzung des Unionsrechts in den EU-Mitgliedstaaten, Zerfällt Europa? – Aktuelle Krisenherde und ihre Bewältigung im

- Spannungsfeld nationaler Interessen, Sapientia – Hungarian University of Transylvania; Budapest Business School; Edmund Siemers Stiftung, Cluj Napoca (Klausenburg, Rumänien), 8.10.2015.
- Martini, Mario*, Die Presse unter digitale Wandel: Die Pressebeihilfe zwischen Vielfaltssicherung und europäischem Beihilfenrecht, 8.01.2015.
- Martini, Mario*, Wie neugierig darf der Staat sein?, Speyer@Berlin, Berlin, 18.02.2015.
- Martini, Mario*, Social-Media-Monitoring öffentlicher Stellen – Chancen und Grenzen, Dt.-Jap. Symposium, Speyer, 26.02.2015.
- Martini, Mario*, Die IMK als Gegenstand des Informationsrechts, Arbeitskreis I der Innenministerkonferenz, Mainz, 20.04.2015.
- Martini, Mario*, Der digitale Nachlass – rechtspolitischer Regelungsbedarf, Verbraucherpolitischer Beirat des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz, 21.04.2015.
- Martini, Mario*, Informationsansprüche von Journalisten gegenüber Behörden – Anspruchsgrundlagen und ihre Grenzen, Netzwerk Recherche e. V., Dortmund, 23.10.2015.
- Martini, Mario*, Verfassungsmäßigkeit einer Landarztquote, Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Masterplan Medizinstudium 2020«, Berlin, 11.12.2015.
- Masser, Kai*, Evaluation der Kommentierungsfunktion des Beteiligungsportals Baden-Württemberg - Die wichtigsten Ergebnisse, Kabinettsausschuss für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Neues Schloss Stuttgart, 13.05.2015.
- Masser, Kai*, Citizens' Participation and Direct Democracy – A Reform Approach for all Seasons? Lessons Learnt from Participation Boosts in Germanys Municipalities, University of Carthage, 2015 Global Forum on Modern Direct Democracy, Tunis (Tunisia), 15./16.05.2015.
- Masser, Kai*, Evaluation von Bürgerbeteiligungsprozessen – Chancen, Hemmnisse und Risiken, Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 18. Jahrestagung der DeGEval: Evaluation und Wissensgesellschaft, Session A8: Evaluationen als Instrument der Wissensproduktion und Entscheidungsfindung in Politik und Verwaltung, Speyer, 16.-18.09.2015.
- Masser, Kai*, Regieren mit den Bürgern, Hochschule Nordhausen; Institut für Public Management and Governance, Fachtagung Regieren in Kommunen, 30.09/1.10.2015.
- Masser, Kai*, Citizens' Offices in Ukraine and Citizens' Participation - A Necessary Couple for a Successful Reform?, Odessa Regional Academy of Public Administration of the President of Ukraine, Odessa (Ukraine), 19.10.2015.
- Masser, Kai*, Evaluation der Kommentierungsfunktion des Beteiligungsportals Baden-Württemberg - Erfolgreiche Beteiligung: Gamification?, Städtetag Baden-Württemberg – Arbeitsgemeinschaft Soziale Medien, Technoseum Mannheim, 16.11.2015.
- Masser, Kai*, Evaluierung Verwaltungsvorschrift „Öffentlichkeitsbeteiligung“ - Zwischenstand 2. Quartal 2015, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, 26.11.2015.

- Masser, Kai*, Informationsaustausch „Bürgerhaushalt“, Baden-Württemberg Stiftung unter Mitwirkung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg (MFW), Stuttgart, 15.12.2015.
- Mathieu, Emmanuelle*, Network or Agency? The Choice for Flexibility versus Effectiveness in EU Regulatory Governance, SciencesPo, 22nd International Conference of Europeanists, Paris (France), July 2015.
- Mathieu, Emmanuelle*, Network or Agency? The Choice for Flexibility versus Effectiveness in EU Regulatory Governance, Deusto University, UACES 45th Annual Conference, Bilbao (Spain), September 2015.
- Merten, Detlef*, Die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in die Rentenversicherung im Lichte des Grundgesetzes, Berlin, 10.03.2015.
- Merten, Detlef*, Die Gewährleistung sozialer Rechte durch die Europäische Menschenrechtskonvention, 26.05.2015.
- Mirschberger, Michael*, A coherent EU law on administrative procedure? - Possibilities, Chances and First Approach, National University of Public Service Hungary, Budapest (Hungary), 12.06.2015.
- Misgeld, Manuel/Morner, Michèle*, Framing effects in (meta-)governing networks: Dealing with complexity and ambiguity via self-organization, International Research Society for Public Management, XIX IRSPM Conference, Birmingham (United Kingdom), 30.03-1.04.2015.
- Morner, Michèle/Jung, Christian*, Unternehmenssteuerung und Werte - Ergebnisse der Führungskräftebefragung 2015, Reinhard-Mohn-Institut für Unternehmensführung und Corporate Governance, Witten, 29.09.2015.
- Pitschas, Rainer*, Klinische Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme unter der Verantwortung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) – ein Jahr nach dem neuen Patientenrechtegesetz, MCC-Seminar, Köln, 20.05.2015.
- Ruser, Alexander*, Mapping Climate Scepticism in Japan, South Korea, Germany and the US. The role of Think Tanks, Workshop „Think Tanks in the Knowledge Society“, Speyer, 04./05.12.2015.
- Schomaker, Rahel*, Spielebasierte Anreize, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung; Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer@Berlin, Berlin, 19.02.2015.
- Schomaker, Rahel*, Islam and Democracy, Western Economic Association, Honolulu (USA), 29.06-03.07.2015.
- Schomaker, Rahel/Lehrke, Jesse*, Kill or capture?, Allied Social Sciences Association; American Economic Association, Boston (USA), 03.-06.01.2015.
- Seckelmann, Margrit*, Auf dem Weg zum Smart Grid – Vorteile und datenschutzrechtliche Probleme, Symposium „Auf dem Weg zum digitalen Staat - auch ein besserer Staat? (= E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems V), Speyer, 15.01.2015.

- Seckelmann, Margrit/Lamping, Wolfram*, Verhaltensökonomischer Experimentalismus im Politik-Labor: Rechtliche Rahmenbedingungen und Folgerungen für die Evaluationsforschung, Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval), Jahrestagung, Speyer, 18.09.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Versammlungsfreiheit und Rechtsschutz, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Besuch einer Delegation der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit, Speyer, 16.03.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Einflüsse des allgemeinen Unionsrechts auf das europäische Wissenschaftsrecht, Universität Luxemburg, Auf dem Weg zu einem europäischen Wissenschaftsrecht?, Luxemburg, 26./27.03.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Die Subjektivierung sozialer Verfassungsverbürgungen, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona (Spanien), 29.05.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Die Europäisierung der nationalen Verwaltungsgerichtsbarkeit in rechtsvergleichender Perspektive, Universität Würzburg, 21. Würzburger Europarechtstage zum Thema „Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Europäischen Union“, Würzburg, 27.06.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Kommentare zu Vorträgen des Workshops “Comparing Patterns of Territorial Division of Governmental Power: Questioning the Scientific Foundations of the «Regional State»”, Universität Trient, Trient (Italien), 9./10.07.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Die Subjektivierung sozialer Verfassungsverbürgungen, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Deutsch-brasilianischer Workshop zum Thema „Soziale Rechte und gerichtliche Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit in Brasilien“, München, 16.07.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Control of Public Administration by Administrative Courts in Germany, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Summer School “Public Administration in a Multi-Level System”, Speyer, 4.08.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, La déontologie des fonctionnaires en Allemagne, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Aix-Marseille, XXXVIII. Table Ronde des Centre de recherches administratives, Aix-en-Provence (Frankreich), 23.10.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vorstellung des Buches „Französisches und Deutsches Verfassungsrecht – Ein Rechtsvergleich“, hrsg. von Nikolaus Marsch, Yoan Vilain und Matthias Wendel, Humboldt-Universität, Semesterauftaktveranstaltung der Humboldt European Law School, Berlin, 28.10.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Ziele und Methoden einer transnationalen Verwaltungsrechtswissenschaft, Promotionskolleg der Humboldt European Law School „Einheit und Differenzierung im europäischen Rechtsraum“, Berlin, 29.10.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Grundkonzepte verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Autorentagung Ius Publicum Europaeum VIII/IX, Heidelberg, 12.11.2015.

- Sommermann, Karl-Peter*, La thèse en droit administratif en Allemagne, Université Paris 1 - Panthéon Sorbonne, Journée d'études « La thèse an droit administratif, Paris, 11.12.2015.
- Sommermann, Karl-Peter*, Mitwirkung an der Table Ronde „Enjeux scientifiques et méthodologiques de la thèse (en droit administratif)“, Université Paris 1 - Panthéon Sorbonne, Journée d'études "La thèse an droit administratif", Paris, 11.12.2015.
- Stelkens, Ulrich*, Der (heutige) Einfluss des französischen Verwaltungsrechts auf das deutsche Verwaltungsrecht, Colloque pluridisciplinaire "60 ans d'influences juridiques réciproques franco-allemandes" aus Anlass des 60jährigen Jubiläums der Gründung des Centre juridique franco-allemand der Universität des Saarlandes, Saarbrücken, 16.10.2015.
- Stelkens, Ulrich*, Vertragsverfahren, Bundesverwaltungsgericht, ReNEUAL Tagung, Leipzig, 6.11.2015.
- Weiß, Wolfgang*, Beihilferecht und Infrastruktur, Ernst & Young, Mannheim, 29.06.2015.
- Weiß, Wolfgang*, Rolle dezentraler EU-Agenturen in der Rechtsetzung im Regulierungsverbund, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Umweltbundesamt, Expertenworkshop „EU-Eigenverwaltungsrecht und EU-Emissionshandelsagentur“, Berlin, 20.07.2015.
- Weiß, Wolfgang*, Die Kodifikation des EU-Verwaltungsverfahrensrechts im Hinblick auf den Europäischen Verwaltungsverbund, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg, 5./6.11.2015.
- Weiß, Wolfgang*, Die Bedeutung und Auswirkungen des WTO-Übereinkommens über öffentliche Beschaffungen (Government Procurement Agreement - GPA) auf das europäische Vergaberecht, Rödl & Partner GbR, 13. Nürnberger Vergaberechtstag, Nürnberg, 3.12.2015.
- Weiß, Wolfgang*, Kommunale Entscheidungsspielräume bei der Konzessionsvergabe nach § 46 EnWG, HypoVereinsbank; Bühner & Partner Rae, Nürnberg, 11.12.2015.
- Willwacher, Hanna*, Nudging und Impact Assessment, Entscheiden und Bewirken - Neue Ansätze für Politik und Verwaltung, Berlin, 19.02.2015.
- Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the Citizen back in: Motivational aspects of knowledge sharing through Web 2.0 technologies in public administration, International Conference for E-Democracy and Open Government 2015 (CeDEM), Krems (Österreich), 20.-22.05.2015.
- Wolff, Johanna*, Soft state influence on family life – Irrelevant for the parents` fundamental rights? (Lecture and panel discussion), Humboldt Universität; Verfassungsblog, Choice Architecture in Democracies: Exploring the Legitimacy of Nudging, Berlin, 12.-14.01.2015.
- Wolff, Johanna*, Verhaltensanreize durch staatliche Anstöße (Nudging), Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften; Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer@Berlin: Entscheiden und Bewirken – Neue Ansätze für Politik und Verwaltung, Berlin, 19.02.2015.

Wolff, Johanna, Neuer Artikel 91b GG – Was ändert sich für die Wissenschaft?, Auftaktvortrag bei der Tagung „Neuer Artikel 91b GG – Was ändert sich für die Wissenschaft?, Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen; Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 19.05.2015.

Zeitz, Dirk, Regulatory impact assessment in Germany as tool to increase citizens' trust? Strengths and weaknesses, IIAS Congress 2015, ST1: Citizens/Customers' Trust in Government, Public Administration and Public Sector at all levels of governance, Rio de Janeiro (Brazil), 23.06.2015.

**Anhang III:
Tagungen und Symposien des Deutschen Forschungsinstituts für
öffentliche Verwaltung im Jahr 2015**

Datum	Titel	Leitung	Finanzierung
9.1.2015	Verwaltungsrecht im Globalisierungsprozess	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow/ Prof. Dr. Christian Koch	FÖV
23.1.2015	ISPRAT-Tagung	Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill	extern
19.2.2015	Speyer@Berlin: Entscheiden und Bewirken	Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill/Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
26./27.2.2015	Deutsch-Japanisches Symposium „Verwaltung in Netzwerken“	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow	extern
12.5.2015	2. Demokratie-konferenz Aargau – Rheinland-Pfalz	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
11.9.2015	Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft	Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp	Arf/PwC/DUV/FÖV
16.-18.9.2015	Evaluation und Wissensgesellschaft	DeGEVal	DeGEVal/FÖV
14.-21.2.2016	FÖV-Nachwuchsforum: Energiewende in Europa	Prof. Dr. Rahel Schomaker	FÖV
3./4.3.2016	Implementation and judicial politics: Conflict and compliance in the EU multi-level system	Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer	Fritz Thyssen Stiftung

**Anhang IV:
Auszug aus den
Speyerer Forschungsberichten**

- Nr. 258 *Kai Masser/Andra Stallmeyer/Jürgen Freund/Peter Krüger*, Entwicklung und Erprobung eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Abschlussbericht zur 2. Projektphase 2006-2008, September 2008.
- Nr. 259 *Kai Masser/Doris Endesfelder*, Führungskräftefeedback (FFB) im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) Berlin. Aufbau und Erprobung eines Erhebungs- und Analysesystems, Speyer, März 2009.
- Nr. 260 *Holger Mühlenkamp/Andreas Glöckner*, Rechtsvergleich Kommunale Doppik. Eine Synopse und Analyse ausgewählter Themenfelder des neuen, doppischen kommunalen Haushaltsrechts der Bundesländer, Speyer, März 2009.
- Nr. 261 *Helmut Klages/Kai Masser*, Das „Speyerer Bürgerpanel“ als Element beteiligungsintensiver Demokratie auf der lokalen Ebene. Die Bürgerbefragung „Unser Nürtingen – unsere Werte“ 2008 als Beispiel, Speyer, Juli 2009.
- Nr. 262 *Dieter Beck/Rudolf Fisch*, Subjektive Theorien von Führungskräften über die Gestaltung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung, Speyer, November 2009.
- Nr. 263 *Klaus König/Sabine Kropp* (Hrsg.), Theoretische Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur, Speyer, Dezember 2009.
- Nr. 264 *Dennis Kutting*, „Neues Bauen für neue Menschen?“ Planungen städtischer Verwaltungen und Aneignung durch die Bewohner im sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre, Speyer, November 2010.
- Nr. 265 *Helmut Klages/Kai Masser*, Die Stadt im Blickfeld des Bürgers – Das Speyerer Bürgerpanel als Element beteiligungsbasierter Stadtentwicklung, Speyer, Dezember 2010.
- Nr. 266 *Bernd W. Wirtz/Sebastian Ullrich/Linda Mory*, E-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte, Speyer, Januar 2011.
- Nr. 267 *Christian Jock* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2008-2010, Speyer, November 2011.
- Nr. 268 *Kai Masser*, Zwei Bürgerpanelbefragungen mit der Universitätsstadt Tübingen: 1. „Wie finanzieren wir die Zukunft?“ 2010; 2. „Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen“ 2011 – Analyse der Präferenzstruktur der Daseinsvorsorge unter Hinzuziehung von Ergebnissen der Städte Leipzig und Ludwigshafen, Speyer, Juli 2012.
- Nr. 269 *Gisela Färber* (Hrsg.), Governing from the Center: The Influence of the Federal/Central Government on Subnational Governments. Papers Presented at the Conference of the IACFS September 29 – October 1, 2011 in Speyer, Speyer, September 2012.
- Nr. 270 *Sabine Kuhlmann/Philipp Richter/Christian Schwab/Dirk Zeitz*, Kommunal- und Verwaltungsreform: Optionen zur Neugestaltung der Gemeindeebene in Brandenburg, Speyer, September 2012.

- Nr. 271 *Gisela Färber/Joachim Wieland/Marco Salm/Johanna Wolff/Dirk Zeitz*, Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen. Gutachten im Auftrag des Finanzministeriums des Freistaats Thüringen, Speyer, Dezember 2012.
- Nr. 272 *Jan Ziekow/Corinna Sicko/Axel Piesker*, Abschied vom Arkanprinzip? Evaluation des Landesinformationsfreiheitsgesetzes Rheinland-Pfalz, Speyer, Juni 2013.
- Nr. 273 *Kai Masser*, Zwei Bürgerpanelbefragungen mit der Universitätsstadt Tübingen: 1. „Wie finanzieren wir die Zukunft?“ 2010; 2. „Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen“ 2011. Teil 2: Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen, Speyer, Juni 2013.
- Nr. 274 *Gisela Färber* unter Mitarbeit von *Marco Salm*, Gesetzesfolgenabschätzung unter der Genderperspektive - am Beispiel des Faktorverfahrens nach § 39f EStG. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Speyer, Juni 2013.
- Nr. 275 *Kai Masser/Tobias Ritter/Jan Ziekow*, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg - Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift "Bürgerdialog" und des "Leitfadens für eine neue Planungskultur" der Landesregierung -, Speyer, Mai 2014.
- Nr. 276 *Gisela Färber/Marco Salm/Christian Schwab*, Evaluation des Verwaltungsmodernisierungsprozesses "Change2" der Stadt Mannheim, Speyer, Mai 2014.
- Nr. 277 *Steffen Walther*, Reformen der Beamtenversorgung aus ökonomischer Perspektive, Speyer, Juni 2014.
- Nr. 278 *Stefan Preller*, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Speyer, Juni 2014.
- Nr. 279 *Joachim Wieland/Johanna Wolff*, Kommunales Vermögen - Kommunale Finanz- und Vermögensverwaltung unter Knappheitsbedingungen, Speyer, Oktober 2014.
- Nr. 280 *Mario Martini/Georg Thiel/Astrid Röttgen* (Hrsg.), Geodaten und Open Government - Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Speyer, November 2014.
- Nr. 281 *María Jesús Montoro Chiner/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Gute Rechtsetzung - La Buena Legislación, Speyer, Mai 2015.
- Nr. 282 *Alexandra Lessau/Sarah Schmitt* (Hrsg.), im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2011-2013. Juni 2015.
- Nr. 283 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Grenzgänge zwischen Wissenschaft und Praxis – Walking the border between theory and practice. Forschungssymposium am 7. November 2014 zu Ehren von Eberhard Bohne zum 70. Geburtstag. Dezember 2015.
- Nr. 284 *Kai Masser/Franziska Fischer/Tobias Ritter*, Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals des Landes Baden-Württemberg. Dezember 2015.

**Anhang V:
Auszug aus den
Selbständigen Verlagspublikationen**

235. *Werner Jann/Klaus König* (Hrsg.), *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Schriftenreihe Neue Staatswissenschaften, Bd. 9, Tübingen 2008.
236. *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Neue Governance für die Forschung*. Tagungsband anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Forschergruppe „Governance der Forschung“, Berlin, 14.-15. März 2007, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 5, Baden-Baden 2009.
237. *Sven Barnekow*, *Strategien kommunaler Energieversorger unter volatilen Marktbedingungen*. Eine Analyse sozio-technischer Transformationen, Hamburg 2009.
238. *Eberhard Bohne*, *The World Trade Organization – Institutional Development and Reform*, Hampshire/New York 2010.
239. *Bernd W. Wirtz* (Hrsg.), *E-Government. Grundlagen, Instrumente, Strategien*, Wiesbaden 2010.
240. *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Governance and Performance in the German Public Research Sector – Disciplinary Differences*, Dordrecht 2010.
241. *Margrit Seckelmann/Stefan Lange/Thomas Horstmann* (Hrsg.), *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik – Analysen und Erfahrungen*, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 11, Baden-Baden 2010.
242. *Jan Ziekow* (Hrsg.), *Wandel der Staatlichkeit und wieder zurück? Die Einbeziehung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Public Private Partnership) in/nach der Weltwirtschaftskrise*, Baden-Baden 2011.
243. *Richard Heidler*, *Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik*, Baden-Baden 2011.
244. *Dorothea Jansen/Katrin Ostertag/Rainer Walz* (Hrsg.), *Sustainability Innovations in the Electricity Sector*, Berlin/Heidelberg 2012.
245. *Alexander Windoffer*, *Verfahren der Folgenabschätzung als Instrument zur rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit*, Jus Publicum 209, Tübingen 2011.
246. *Dorothea Jansen*, *Towards a European Research Area*. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 13, Baden-Baden 2012.
247. *Ulrich Stelkens/Wolfgang Weiß/Michael Mirschberger* (Hrsg.), *The Implementation of the EU Services Directive. Transposition, Problems and Strategies*, The Hague 2012.
248. *Jock, Christian*, *Das Instrument der Fachaufsicht – rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Probleme und potenzielle Weiterentwicklungen*, Göttingen 2011.

249. *Margrit Seckelmann*, Informationen durch Performance Measurement – Die Leistungsvergleiche nach Art. 91d GG, *Karlsruher Dialog zum Informationsrecht*, Bd. 2, Karlsruhe 2012.
250. *Jan Ziekow/Alfred G. Debus/Elisabeth Musch*, Bewährung und Fortentwicklung des Informationsfreiheitsrechts. Evaluierung des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes im Auftrag des Deutschen Bundestages, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 1, Baden-Baden 2013.
251. *Jan Ziekow/Alfred G. Debus/Axel Piesker*, Die Planung und Durchführung von Gesetzesevaluationen. Ein Leitfaden unter besonderer Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Eingriffe, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 2, Baden-Baden 2013.
252. *Christoph Ewen/Oscar W. Gabriel/Jan Ziekow*, Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit. Was man aus dem Runden Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf lernen kann, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 3, Baden-Baden 2013.
253. *Jan Ziekow/Axel Piesker/Marco Salm/Corinna Sicko*, Neue Serviceangebote für Dienstleister. Erfahrungen mit den Einheitlichen Ansprechpartnern in Baden-Württemberg, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 4, Baden-Baden 2014.
254. *Klaus König/Sabine Kropp/Sabine Kuhlmann/Christoph Reichard/Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden 2014.
255. *Christian Bauer*, Die Energieversorgung zwischen Regulierungs- und Gewährleistungsstaat. Die Gasnetzzugangs- und Gasnetzentgeltregulierung durch Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, *Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Bd. 225, Berlin 2014.
256. *Insa Pruisken*, Fusionen im institutionellen Feld "Hochschule und Wissenschaft", *Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung*, Bd. 15, Baden-Baden 2014.
257. *Klaus König*, *Operative Regierung*, Tübingen 2015.
258. *Corinna Sicko/Dirk Zeitz/Jan Ziekow*, Neubau der sozialen Wohnraumförderung. Evaluierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes Baden-Württemberg und Entwicklung von Regelungsperspektiven, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 5, Baden-Baden 2015.
259. *Cristina Fraenkel-Haeberle/Sabine Kropp/Francesco Palermo/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), *Citizen Participation in Multi-Level Democracies*, Leiden/Boston 2015.

**Anhang VI:
Auszug aus den
FÖV Discussion Papers**

54. *Rahel Schomaker*, Bereitstellung netzgebundener Infrastruktur – Regulierung vs. Public Private Partnership, Speyer, Dezember 2009.
55. *Holger Mühlenkamp*, Ökonomische Analyse von Public Private Partnerships (PPP) – PPP als Instrument zur Steigerung der Effizienz der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder als Weg zur Umgehung von Budgetbeschränkungen? –, Speyer, Januar 2010.
56. *Christian Bauer*, „Collaborative Governance“ – ein neues Konzept für die Regulierung der europäischen Strom- und Gasmärkte?, Speyer, Januar 2010.
57. *Andrei Kiraly*, Whistleblower in der öffentlichen Verwaltung. Ihre Rechtsstellung bei der Korruptionsbekämpfung, Speyer, März 2010.
58. *Kathrin Przybilla*, The „WTOisation“ of the customs administration: Uniformity of the administration of law according to Article X:3 (a) GATT 1994 and its implications for EU customs law, Speyer, März 2010.
59. *Eberhard Bohne*, Clash of Regulatory Cultures in the EU: The Liberalization of Energy Markets, Juni 2010.
60. *Andreas Knorr/Jörg Bellmann/Rahel Schomaker*, International Trade Rules and Aircraft Manufacturing: Will the World Trade Organization Resolve the Airbus-Boeing Dispute?, Speyer, September 2010.
61. *Albrecht Blümel/Katharina Kloke/Georg Krücken*, Hochschulkanzler in Deutschland: Ergebnisse einer hochschulübergreifenden Befragung, Speyer, September 2010.
62. *Jonas Buche*, Die Europäisierung von Parteien und Parteiensystemen – Eine Analyse am Beispiel Schwedens vom Beitritt zur EU 1995 bis zur Reichstagswahl 2006, Speyer, September 2010.
63. *Andreas Knorr/Andreas Lueg-Arndt/Barbara Lueg*, Airport Noise Abatement as an International Coordination Problem – The Case of Zurich Airport, Speyer, Februar 2011.
64. *Gisela Färber*, Steuerhoheit von Gebietskörperschaften, Speyer, März 2011.
65. *Bernd W. Wirtz/Linda Mory/Robert Piehler*, Kommunales E-Government: Erfolgsfaktoren der Interaktion zwischen Stadtportalen und Anspruchsgruppen, Speyer, März 2011.
66. *Csongor Aron Buzogány/Andrej Stuchlik*, Paved with good intentions Ambiguities of empowering parliaments after Lisbon, Speyer, Mai 2011.
67. *Dennis Kutting*, Staatliche Verwaltungsarchitektur der 1950er Jahre in der Bundesrepublik. Forschungsstand, Problemstellung und Perspektiven, Speyer, Juli 2011.

68. *Ulrich Stelkens*, Art. 291 AEUV, das Unionsverwaltungsrecht und die Verwaltungsautonomie der Mitgliedstaaten, Speyer, August 2011.
69. *Gisela Färber*, Impacts of the Global Financial Crisis in a Federation: Evidence from Germany, Speyer, Januar 2012.
70. *Ulrich Stelkens/Hanna Schröder*, EU Public Contracts – Contracts passed by EU Institutions in Administrative Matters, Speyer, März 2012.
71. *Hans Herbert von Arnim*, Der Bundespräsident – Kritik des Wahlverfahrens und des finanziellen Status, Speyer, März 2012.
72. *Andreas Knorr*, Emissionshandel und Luftverkehr – Eine kritische Analyse am Beispiel des Europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS), Speyer, August 2012.
73. *Gisela Färber/Julia Einsiedler*, Bürokratiekostenabbau im Steuerrecht: Ein Ansatz zur Vereinfachung des Steuerrechts?, Speyer, August 2012.
74. *Tim Jäkel*, Wer vergleicht seine Leistung, wenn er hohe Schulden hat? Empirische Evidenz aus den deutschen kreisfreien Städten, Speyer, Mai 2013.
75. *Holger Mühlkamp*, From State to Market Revisited: More Empirical Evidence on the Efficiency of Public (and Privately-owned) Enterprises, Speyer, Juli 2013.
76. *Dirk Zeitz*, Bewertung der Einfacher-zu-Projekte unter dem Blickwinkel eines Vollzugsbenchmarking, Speyer, September 2013.
77. *Stefan Domonkos*, Making Increased Retirement Age Acceptable: The Impact of Institutional Environment on Public Preferences for Pension Reforms, Speyer, Juni 2014.
78. *Daniela Caterina*, Construing and managing the crisis: A cultural political economy perspective on the Italian Labour Market Reform 2012, Speyer, Juni 2014.
79. *Marco Salm*, Property Taxes in BRICS: Comparison and a First Draft for Performance Measurement, Speyer, Oktober 2014.
80. *Dirk Zeitz*, Der Antrag auf Wohngeld als Beispiel der Konsequenzen des Exekutivföderalismus auf den Erfüllungsaufwand, Speyer, April 2015.
81. *Marco Salm/Christian Schwab*, HRM and Change Management: Comparative Results from Three European Cities of Excellence. September 2015.
82. *Marius Herr*, Das E-Government-Gesetz des Bundes. Ein verwaltungswissenschaftlicher Literaturbericht. September 2015.

**Anhang VII:
Vorträge**

- Nr. 1 *Hans Peter Bull*, Vom Auf- und Abbau der Bürokratie, Januar 2006.
- Nr. 2 *Janbernd Oebbecke*, Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung, Januar 2006.

Direktor

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow (Tel.: 06232/654-385)

Geschäftsführerin

Regierungsdirektorin Privatdozentin Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, M.A.
(Tel.: 06232/654-387)

Stellvertretender Geschäftsführer

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug* (Tel.: 06232/654-380)

Berlin-Büro

Assessor *Michael Mirschberger* (Tel.: 030/18 9100-603)

Mitarbeiter der Geschäftsführung

Christian Wagner, M.A. (Tel.: 06232/654-386)

Internationale Kontakte

Jesse Paul Lehrke, PhD (Tel.: 06232/654-140)

Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau* (Tel.: 06232/654-393)

Web-Auftritt

Tyko Dirksmeyer, M.A. (Tel.: 06232/654-396)

Sekretariat

Irene Eggensberger (Tel.: 06232/654-381)

Elisabeth Gerhards (Tel.: 06232/654-382)

**Weitere Informationen zum
Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
Speyer finden Sie unter:**

www.foev-speyer.de